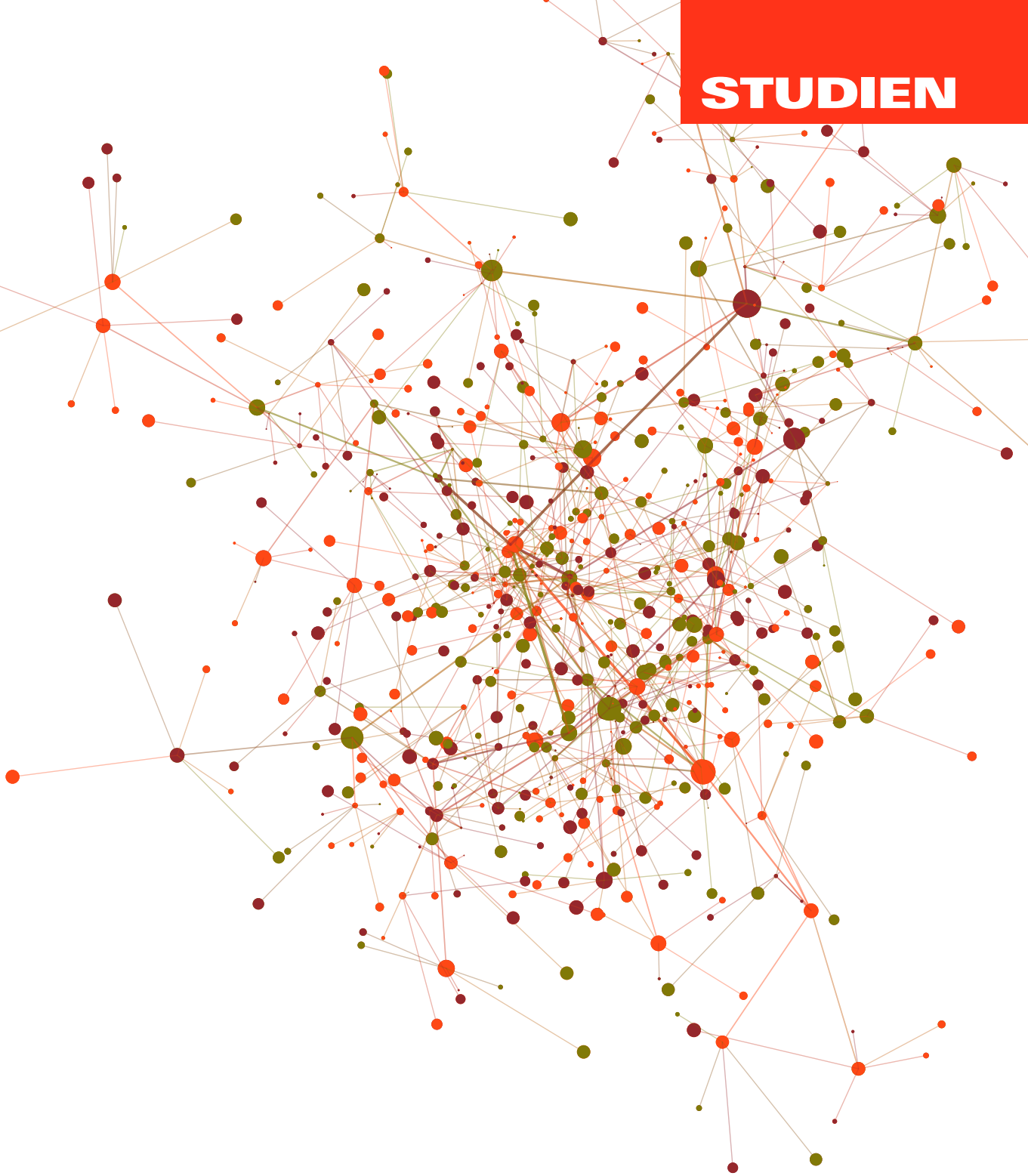


STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



SIMONE SCHLINDWEIN

DIE «GRÜNE ARMEE»

DIE MILITARISIERUNG DES NATURSCHUTZES
UND DIE FOLGEN IN AFRIKA

SIMONE SCHLINDWEIN

DIE «GRÜNE ARMEE»

**DIE MILITARISIERUNG DES NATURSCHUTZES
UND DIE FOLGEN IN AFRIKA**

SIMONE SCHLINDWEIN ist seit über zehn Jahren Korrespondentin der *tageszeitung (taz)* in der Region der Großen Seen in Afrika. Derzeit recherchiert sie systematisch die Menschenrechtsverbrechen, die durch Wildhüter*innen begangen werden, sowie die internationale Finanzierung der Naturschutzgebiete in Afrika.

IMPRESSUM

STUDIEN 3/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: April 2020

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Einleitung	5
1 Kolonien – der Grundstein für heutige Schutzgebiete?	7
1.1 Kolonien in Afrika – menschenleere, zoologische Gärten	7
1.2 Grzimeks Erben – das verklärte Afrikabild der Deutschen	9
2 Nachhaltigkeit und Kommodifizierung – das Finanzierungsdilemma	11
2.1 Deutschland – Musterland der Transferzahlungen	11
2.2 Hedgefonds, Dividenden, Börsenspekulationen – neue Finanzierungsstrategien	14
2.3 Der Nationalpark als öffentlich-private Partnerschaft	15
2.4 «Wildtiere sind das neue Öl» – das Profitdilemma	17
2.5 «Ein Geschäftsmodell für den Naturschutz» – die Win-win-Situation	18
3 Der Krieg gegen die Wilderei – die Militarisierung des Naturschutzes	22
3.1 Vom Jagd- zum Maschinengewehr – die zunehmende Hochrüstung	23
3.2 Ein «Marshallplan für den Naturschutz»	24
3.3 «Das weiße Gold des Dschihads» – wie aus Wilder*innen Terrorist*innen wurden	26
3.4 «Ein paar schlimme Jungs töten und was Gutes tun!»	29
3.5 Drohnen, Satelliten und Überwachungstechnologien – Naturschutz 2.0	30
3.6 «Shoot to kill» – ein Schießbefehl auf Wilder*innen?	32
4 Mord, Folter, Vergewaltigung – Folgen für die lokale Bevölkerung	34
4.1 Uganda: der Elefant auf dem Kürbisacker	34
4.2 DR Kongo: Fischer*innen, Bäuerinnen und Bauern im Fadenkreuz	36
4.3 Ein Umfeld der Straflosigkeit	38
4.4 Der WWF Deutschland und Menschenrechtsverletzungen im Salonga-Nationalpark	39
Fazit	42
Weiterführende Literatur	44
Abkürzungen	46

EINLEITUNG

Als im April 2016 über 100 Tonnen Elfenbein in der kenianischen Savanne auf einem riesigen Scheiterhaufen abgefackelt wurden, war das der symbolische Höhepunkt im «Krieg gegen die Wilderei». «Die steigenden Preise für illegales Elfenbein auf dem Weltmarkt führen zu Massakern in Afrikas Regenwäldern», erklärte Kenias Präsident Uhura Kenyatta während der Zeremonie. «Wenn wir jetzt nicht handeln, riskieren wir, dieses großartige Tier zu verlieren.»¹

Tierschützer*innen hatten nach einer Elefantenzählung 2016 Alarm geschlagen: Alle 15 Minuten wird in Afrika illegal ein Elefant erlegt. Mit knapp mehr als 400.000 Elefanten, die auf dem Kontinent noch übrig sind, brauche es nur noch elf Jahre, bis der letzte den Wilder*innen vor die Flinte läuft, so die Warnung der Weltnaturschutzunion IUCN, die von zahlreichen NGOs weltweit übernommen wurde.² Ähnliche Prognosen wurden auch für Nashörner aufgestellt. Zur selben Zeit zeichnete sich auf der Konferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES)³ ein Meilenstein ab: China, der weltweit größte Abnehmer von Elfenbein, trat dem Abkommen bei – und verbietet seit 2017 offiziell den Import von Elfenbein.⁴

Unter der Losung «Professionalisierung» werden seit einigen Jahren in vielen Ländern Afrikas Parkwächter*innen im Kampf gegen die Wilder*innen ausgebildet. Westliche Soldat*innen trainieren Ranger*innen im Umgang mit Scharfschützengewehren und Nachtsichtgeräten. Private Sicherheitsfirmen werden angeheuert, um Ranger*innen Kenntnisse über Drohnen und Überwachungstechnologien zu vermitteln. Diese bewaffneten Umweltschützer*innen werden in Afrika bereits die «grüne Armee» genannt. Es werden elektrische Zäune errichtet, Gesetze gegen Wilderei verschärft, Wälder und Savannen wie Herrschaftsterritorien abgesteckt und zum Schutz der Tiere militärisch verteidigt.

Die Militarisierung des Naturschutzes ist teilweise erfolgreich. Das berühmteste Beispiel ist Tansania: Das Land mit einem der zentralen Häfen des Kontinents galt bislang als Hauptumschlagplatz für Elfenbein in Ostafrika, fast täglich wurden tote Elefanten gefunden. Nachdem die Wildtierschutzbehörde mit internationalen Geldern ausgestattet wurde, konnte 2017 ein mächtiger Wilderer-Ring zerschlagen werden. Die chinesische «Elfenbeinkönigin» Yang Fenglan wurde als Chefin des Rings angeklagt und im Februar 2019 zu 15 Jahren Haft verurteilt.⁵ Seitdem vermeldet CITES einen kontinuierlichen Rückgang der Wilderei für Elfenbein – nicht nur in Tansania, sondern afrikaweit.⁶

Das ist die eine Seite der Geschichte, die Erfolgsgeschichte. Die andere ist noch wenig beleuchtet: Der Paradigmenwechsel in der Naturschutzpolitik Afrikas hilft zwar den Tieren, hat aber negative Folgen für die lokale Bevölkerung. Wer nämlich dennoch den Park betritt, und wenn er nur Feuerholz sucht, wird kriminalisiert

und mit Waffen gejagt. Rund um die aufgerüsteten Parks kommt es seit einigen Jahren zu immer mehr Menschenrechtsverbrechen durch Wildhüter*innen: unrechtmäßige Verhaftungen, Tötungen und sogar Vergewaltigungen und Folter.

Es ist ein Dilemma: Einerseits muss der Naturschutz «wehrhaft» werden. Andererseits gehen die Wildhüter*innen auch gegen die örtliche Bevölkerung vor. Der kongolesische Menschenrechts- und Umweltaktivist Natalus Makuta klagte im Juni 2019, nachdem im Ostkongo erneut Menschen von Ranger*innen getötet wurden: «Die Tiere sind besser geschützt als wir Menschen.»⁷

Die vorliegende Untersuchung zielt darauf ab, die Ursachen und Hintergründe der Militarisierung des Naturschutzes zu analysieren sowie die Zusammenhänge zwischen der zunehmenden Kommerzialisierung der Naturschutzvorhaben und den Militarisierungstendenzen herauszuarbeiten. Sie beschäftigt sich konkret mit der Frage, welche Maßnahmen getroffen wurden, um den Naturschutz wehrhaft zu machen, und welche Folgen sich daraus ergeben.

Der erste Teil untersucht die historische Pfadabhängigkeit gewisser Naturschutzkonzepte und die Herangehensweise westlicher Akteure an den Natur- und Artenschutz in Afrika von der Kolonialzeit bis heute. Er legt einen Fokus auf die Ursprünge des deutschen und europäischen Naturschutzengagements in Afrika und hinterfragt das kolonial geprägte Afrikabild in Bezug auf den Artenschutz.

Der zweite Teil erklärt die Ursachen sowie die Bereitschaft der westlichen Industrienationen, in immer größerem Umfang Transferzahlungen zu leisten, um Afrikas Natur- und Wildtierbestand zu bewahren. Hier werden die Vorhaben, Beträge und Abkommen aufgeschlüsselt, welche vonseiten der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) für den Schutz der Artenvielfalt in Afrika bereitgestellt werden. Die Problematik der Finanzierung der Naturschutzvorhaben wird analysiert und neue Finanzierungsinstrumente aufgezeigt. In diesem Teil wird unter anderem die zunehmende Kommodifizie-

¹ Duggan, Briana/Kriel, Robyn/Cuevas, Mayra: Historic ivory burn covers the sky in smoke and ash, CNN, 1.5.2016, unter: <https://edition.cnn.com/2016/04/30/af-rica/kenya-ivory-burn/index.html>. ² Vgl. Space for Giants, Elephants: Facts and Figures, 11.4.2016, unter: <https://spaceforgiants.org/2016/04/11/elephant-facts-and-figures/>. ³ CITES ist ein Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen. Die rechtliche Umsetzung des Abkommens obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten. ⁴ CITES, China moves ahead with its closure of domestic ivory market as witnessed by the CITES Secretary General, Presseerklärung, 31.3.2017, unter: www.cites.org/eng/China_moves_ahead_with_its_closure_of_domestic_ivory_market_as_witnessed_by_CITES_Secretary_General_31032017. ⁵ Schlindwein, Simone: 15 Jahre Haft, in: die tageszeitung, 20.2.2019, unter: <https://taz.de/Kampf-gegen-Elfenbeinhandel-in-Afrika/!5575038/>. ⁶ CITES, African elephant poaching down, ivory seizures up and hit record high, Presseerklärung, 24.10.2017, unter: https://cites.org/eng/news/pr/African_elephant_poaching_down_ivory_seizures_up_and_hit_record_high_24102017. ⁷ Schlindwein, Simone: Bauern, Bomben und Berggorillas, in: die tageszeitung, 11.7.2019, unter: <https://taz.de/Nationalpark-contra-Menschenrechte/!5606273/>.

rung und Kommerzialisierung der Naturschutzprojekte in Afrika erklärt. Zuletzt wird der Zusammenhang zwischen kommerziellen Naturschutzansätzen und der zunehmenden Militarisierung herausgearbeitet sowie die konkrete Fragestellung der Analyse erörtert: Inwiefern kann die Militarisierung als eine Folge der Kommerzialisierung des Naturschutzes betrachtet werden?

Im dritten Teil wird die Militarisierung untersucht: führende Akteure, die Motive, die Ansätze, aber auch die technologischen Neuerungen, die durch die militärische Herangehensweise im Naturschutz Einzug gehalten haben. Es steht hier die Frage im Raum: Wer profitiert von den stetig wachsenden finanziellen Anstrengungen, den Naturschutz in Afrika wehrhaft zu machen, und welche Konsequenzen hat dies? Welche Befürworter*innen und Gegner*innen gibt es?

Im vierten und letzten Teil werden die unmittelbaren negativen Folgen dieser Entwicklung für die in der Nähe der Parks lebenden Menschen an konkreten Beispielen aufgezeigt. Den Opfern wird eine Stimme gegeben.

Die Recherche basiert auf zahlreichen, vor Ort geführten Interviews mit verschiedenen Akteuren des Naturschutzes in Afrika (vor allem in Uganda und im Ostkongo), auf Ergebnissen von Recherchereisen innerhalb und außerhalb der Nationalparks sowie auf zahlreichen Telefoninterviews und Hintergrundgesprächen mit Akademiker*innen, Naturschützer*innen und Expert*innen.

Die Analyse soll einen Beitrag zur aktuellen Debatte leisten, welche Verantwortung sich infolge der Militarisierung des Naturschutzes für die westlichen Geber ergibt, Menschenrechtsverbrechen im Rahmen von Naturschutzprojekten in Afrika vorzubeugen.

1 KOLONIEN – DER GRUNDSTEIN FÜR HEUTIGE SCHUTZGEBIETE?

1.1 KOLONIEN IN AFRIKA – MENSCHENLEERE, ZOOLOGISCHE GÄRTEN

Um die Ansätze des Naturschutzes in Afrika zu verstehen, muss man in die Geschichte zurückgehen, denn die meisten afrikanischen Schutzgebiete sind ähnlich wie die afrikanischen Nationalgrenzen während der Kolonialzeit in Europas Hauptstädten am Reißbrett entworfen worden. Westliche Kolonialbeamte finanzierten in der Regel ihre afrikanischen Kolonien durch Mineralienausbeute und Elfenbeinhandel, weil sie aus Europa keine Gelder erhielten. So kam es, dass die meisten damals gegründeten Schutzgebiete als private zoologische Gärten und Jagdgründe der europäischen Herrscher betrachtet wurden. So werden sie oft bis heute noch von Afrikaner*innen wahrgenommen.

Eine Legende, welche Touristenführer*innen bis heute gern erzählen, besagt zum Beispiel, dass der Deutsche Kaiser Wilhelm II. das erste Wildtierschutzgebiet in Deutsch-Ostafrika (heute Tansania) zu Beginn des 20. Jahrhunderts seiner Frau zum Geschenk machte: das heutige Selous-Reservat. Im Volksmund wird das Gebiet auf der lokalen Sprache Kisuaheli nach wie vor als «Shamba la bibi» (dt. «Feld der Dame») bezeichnet. Belege dafür gibt es in deutschen Archiven nicht, dokumentiert ist hingegen die Errichtung eines ersten kleinen Schutzgebietes im Jahr 1896 südlich des Rufiji-Flusses durch den deutschen Kolonialgouverneur Hermann von Wissmann. Bei seiner ersten Erkundungsreise berichtete er von Ackerbau entlang des Flusses durch die lokale Bevölkerung. Das Gebiet war also keinesfalls menschenleer, wurde jedoch im Zuge des Aufstandes der örtlichen Bevölkerung gegen die Kolonialisten (Maji-Maji-Aufstand 1905–1907) und dessen Niederschlagung durch die deutsche Schutztruppe «entvölkert», wie dies damals genannt wurde.⁸

Nach dem Ersten Weltkrieg, als die Kolonie in britische Hände überging, wurde das Reservat nach dem britischen Großwildjäger Frederick Courteney Selous benannt, der in den 1870er Jahren dafür gerühmt wurde, rund 550 Elefanten erlegt zu haben. In seinem 1881 erschienenen Buch beschuldigt Selous hingegen die afrikanischen Einheimischen, die Zahl der Elefanten so sehr dezimiert zu haben, sodass es nun nötig sei, sie unter Schutz zu stellen.⁹

Bereits im Jahr 1900 war in London die erste internationale Konferenz zum Schutz der afrikanischen Wildtiere abgehalten und die sogenannte Londoner Konvention unterzeichnet worden.¹⁰ Sie legte den Grundstein für das westliche Naturschutzengagement in Afrika und stellte unter anderem die Gorillas unter strikten Schutz vor jeglicher Jagd, ebenso Elefanten mit Stoßzähnen unter fünf Kilo. Die Afrikaner*innen wurden nicht gefragt. In fast allen Kolonien wurden daraufhin im Laufe des 20. Jahrhunderts restriktive Jagdgesetze eingeführt, die weißen Großwildjägern die Tro-

phänenjagd gegen teures Geld ermöglichte, aber den Afrikaner*innen das Jagen mit Androhung hoher Strafen verbot. Die Monopolisierung und die Herrschaft über den lukrativen Elfenbeinhandel, der in vorkolonialer Zeit allein den afrikanischen Königen und Clanchefs vorbehalten war, war ein wichtiger Schritt für die Kolonialherren, um die Wirtschafts- und Finanzströme auf dem Kontinent zu dominieren.¹¹ Die Kontrolle über Afrikas Wildtiere, vor allem über die Elefanten, und deren Lebensräume, wurde zur tragenden Machtsäule des Kolonialismus.

Der Naturschutz in Afrika war demnach von Beginn an eine Methode, den Kontinent, dessen Gesetze, Regeln und Werte von außen formen und beeinflussen zu können, und war somit immer schon durch Rassismus gekennzeichnet.

Von Anfang an maßen die Kolonialherren die Jagd mit zweierlei Maß. Die von Kolonialisten betriebene Großwildjagd zum Erwerb von Trophäen und Elfenbein wurde erlaubt, die Jagd zur Ernährung durch die afrikanischen Einwohner*innen wurde verboten. Diese Grundhaltung, die bis heute in zahlreichen Jagdgesetzen afrikanischer Regierungen festgeschrieben ist, setzte sich auch nach der Kolonialzeit in den Ansätzen westlicher Naturschutzpolitiken fort. Sie wurde 2006 in einer soziologischen Studie unter dem Titel «Black Poachers, White Hunters»¹² untersucht. In zahlreichen Ländern finanzieren sich Schutzgebiete nach wie vor über die Großwildjagd gegen hohe Lizenzgebühren. Dabei wird gerade diese Trophäenjagd nicht nur von Afrikaner*innen kritisch beäugt.

Berühmt wurde der simbabwische Löwe Cecil, der 2015 von einem US-amerikanischen Zahnarzt gegen eine Gebühr von rund 46.000 Euro mit Pfeil und Bogen angeschossen wurde und erst nach zwölf Stunden voller Qualen seinen Verletzungen erlag. Die Bilder des sterbenden Tiers, hinter welchem der weiße Jäger stolz posiert, wurden über die sozialen Medien weltweit millionenfach geteilt und hatten einen Aufschrei zur Folge. Neben dem Aspekt der Tierquälerei erinnerte diese Zurschaustellung sehr an koloniales Gehabe.

Umstritten ist in Afrika bis heute die Aneignung großer Ländereien durch weiße Siedler*innen oder Investor*innen, um Wildtiere zur Jagd oder für den Safari-tourismus zu halten – oder gar einfach nur zum pri-

⁸ Gissibl, Bernhard: *The Nature of German Imperialism – Conservation and the Politics of Wildlife in Colonial East Africa*, New York 2016. ⁹ Selous, Frederick Courteney: *A hunters wanderings in Africa. Being a narrative of nine years spent amongst the game of the far interior of South Africa*, Los Angeles 2001. ¹⁰ Die «Convention for the Preservation of Wild Animals, Birds and Fish in Africa» ist bekannt unter dem Begriff Londoner Konvention von 1900. Es war das erste internationale Abkommen zum Schutz von Wildtieren, Vögeln und Fischen in Afrika. Unterzeichner waren allerdings nur die Kolonialmächte. Sie teilten die Tiere in fünf Kategorien ein, darunter diejenigen, die unter besonderen Schutz vor Jagd gestellt werden sollten. ¹¹ Somerville, Keith: *Ivory – Power and Poaching in Africa*, London 2016. ¹² Steinhart, Edward: *Black Poachers, White Hunters – A social History of Hunting in Colonial Kenya*, Ohio 2006.

vaten Vergnügen. Beispielhaft dafür steht der ehemalige Chef des deutschen Sportartikelherstellers Puma und leidenschaftlicher Hobbypilot und -jäger, Jochen Zeitz, der 2005 am Fuße des Mount Kenyas eine 200 Quadratmeter große Ranch erworben hat, auf welcher er Wildtiere hält und jagt.

Gleichzeitig setzen sich westliche NGOs wie der WWF stetig für eine Verschärfung der Jagdgesetze in Afrika ein. In Kenia wird derzeit debattiert, ob auf Wilderei die Todesstrafe ausgeschrieben werden soll – als Abschreckung. In Uganda wurde im Juli 2019 ein neues Wildtierschutzgesetz verabschiedet, das lebenslange Haftstrafen für Wilderei vorsieht.¹³

Die koloniale Idee der menschenleeren Naturräume und die Kriminalisierung der afrikanischen Jäger*innen erkläre zahlreiche «Geburtsfehler» der meisten afrikanischen Schutzgebiete, die bis heute immanent sind, so Linda Poppe von der NGO Survival International in Deutschland.¹⁴ Als Beispiel nennt sie die Entstehung der ersten Nationalparks der Erde: der Yosemite und der Yellowstone in Kalifornien. Mit dem Goldrausch kamen die weißen, bewaffneten Siedler, welche die indigene Bevölkerung gewaltsam vertrieben, sie in Reservate einpferchten und die Parks per Gesetz 1864 zu einem quasi menschenleeren Raum erklärten. Die NGO, die sich für die Rechte indigener Völker einsetzt, kritisiert: Eine Dekolonialisierung dieser Naturschutzansätze habe bis heute nicht wirklich stattgefunden.

Der 1909 in München von deutschen und österreichischen Naturliebhabern und Jägern gegründete Verein Naturschutzpark e. V. betrieb Lobbyarbeit bei den Kolonialverwaltungen für die Etablierung von Nationalparks nach US-amerikanischem Vorbild: Die Kolonie als zoologischer Garten – das war die Idee. In Berlin gab es 1912 die Überlegung, den Ngorongoro-Krater in der Serengeti in Tansania zum Naturschutzgebiet auszurufen. Die Umsetzung scheiterte damals nicht daran, dass die dort lebende Massai-Bevölkerung gewaltsam hätte vertrieben werden müssen, sondern an lukrativen Pachtverträgen deutscher Siedler*innen, die zu hohe Kompensationszahlungen forderten.

Viele deutsche Afrikareisende prägten zu jener Zeit in Briefen, Bildern und Erzählungen die Fantasie der Savannenlandschaften Deutsch-Ostafrikas als «Paradies», also eine vom Menschen unberührte Natur.¹⁵ Die «unberührte Wildnis» als Vorstellungsraum ist bis heute in zahlreichen Naturschutzkonzepten dominant. Doch diese Idee deckt sich nicht mit der Wirklichkeit: All diese Gebiete waren niemals menschenleer – und sind es auch heute nicht. In den meisten Nationalparks gibt es nach wie vor Dörfer und Siedlungen von Menschen, die sich nicht vertreiben lassen wollen.

Laut internationalen Standards sollen Schutzgebiete nur mit freier, vorheriger und informierter Zustimmung (free, prior and informed consent – FPIC) der dort ansässigen Menschen errichtet werden. Dies ist bei den meisten Schutzgebieten, die in der Kolonialzeit oder auch später unter den autoritären Regimen Afrikas gegründet wurden, nicht der Fall gewesen – ein Dilemma.

In zahlreichen Schutzgebieten dauern deswegen die Konflikte zwischen den vertriebenen indigenen Völkern, lokalen Bauerngemeinden und der örtlichen Verwaltung des Gebietes bis heute an. So auch im Kahuzi-Biéga-Nationalpark im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), welcher unter anderem mit deutschen Geldern unterhalten wird. Dort wurde die indigene Batwa-Bevölkerung, rund 6.000 Menschen, bei der Parkgründung 1970 zu Zeiten der Diktatur des zairischen Präsidenten Mobutu Sese Sekos gewaltsam vertrieben. Später wurden mit Geldern der damaligen deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (heute GIZ) Dörfer am Rande des Parks errichtet, in welchen ein Großteil der Batwa, ihres traditionellen Lebensstils beraubt, an Alkohol zugrunde ging. 2019 kam es erneut zu gewaltsamen Konflikten zwischen Parkwächter*innen und der Batwa-Gemeinde, die sich teilweise wieder innerhalb der Parkgrenzen niedergelassen hatten. Es gab Tote und Verletzte bei den Auseinandersetzungen, sowohl auf der Seite der Batwa als auch aufseiten der Ranger*innen. Die Antwort der Bundesregierung bezüglich dieser Problematik klingt ernüchternd: «Die Mehrzahl der Schutzgebiete, in denen die deutsche EZ heute tätig ist, wurde lange vor dem Beginn des deutschen EZ-Engagements gegründet. Eine nachträgliche Einholung der [freien, vorherigen und informierten Zustimmung] [...] der indigenen Bevölkerung ist aufgrund der Natur dieses Prozesses nicht möglich.»¹⁶

Dass die Grundrechte der örtlichen Bevölkerung bis heute nicht respektiert werden, zeigte sich jüngst an der umstrittenen Gründung des Messok-Dja-Nationalparks im Norden der Republik Kongo als Teil eines trinationalen Schutzgebietes mit den Nachbarländern Kamerun und Gabun, der vom WWF verwaltet und von der EU finanziert werden soll. In ihm leben rund 24.000 Menschen in 67 Dörfern, die meisten von der Ethnie der Baka, also traditionelle Waldbewohner*innen, so ein WWF-Evaluationsbericht.¹⁷ Sie ernähren sich von der Landwirtschaft, vom Fischen und der Jagd. Das Problem: Die Baka würden im Wald nicht nur Heilkräuter sammeln, sondern auch Elefanten jagen. Deswegen müsse mit ihnen ein Konsens gefunden werden, wie sie in einem Teil des Waldes ihrem traditionellen Lebensstil nachgehen können, ohne die Gründung des Parks generell abzulehnen, so die Empfehlung.¹⁸

¹³ Jumbo, Benjamin: Government okays life sentence for wildlife crime offenders, Daily Monitor, 27.2.2017, unter: www.monitor.co.ug/News/National/Government-okays-life-sentence-wildlife-crime-offenders/688334-3826614-8wuiq8z/index.html. ¹⁴ Interview mit Linda Poppe, Survival International Deutschland, Berlin, 24.4.2019. ¹⁵ Gissibl, Bernhard: The Nature of German Imperialism – Conservation and the Politics of Wildlife in Colonial East Africa, New York 2016. ¹⁶ Deutsche Bundesregierung, Antwort auf die Kleine Anfrage «Deutschlands Finanzierung von Schutzgebieten im Kongo-Becken» der Abgeordneten Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Heike Hänsel, Michel Brandt, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/540, Berlin, 26.1.2018, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/027/1902750.pdf>. ¹⁷ Projet D'Appui à la Conservation et la Gestion durable de la Biodiversité Dans L'Espace TRIDOM interzone Congo (ETIC), Le Massif Forestier de Messok-Dja, 2018, S. 25, unter: www.documentcloud.org/documents/5762382-Messok-Dja-Report-From-FOIA.html. ¹⁸ Ebd., S. 29.

Die Baka in den Wäldern des Messok-Dja haben sich gegen die Errichtung eines Parks ausgesprochen. Dies beweisen Briefe, die Dorfbewohner*innen 2018 an die EU geschrieben haben. Sie beschreiben Menschenrechtsverletzungen der Wildhüter*innen, wie systematische Vertreibungen und gewaltsame Übergriffe, die bereits vor der Parkgründung begangen wurden. «Wenn sie uns verbieten, in den Wald zu gehen, wo sollen wir dann leben?», fragen die Dorfbewohner*innen in den Briefen. «Wir wollen frei sein und in unserem Dorf in Frieden leben, wir wollen nicht jeden Tag geschlagen werden.»¹⁹

Diese Beschwerden seien auch dem WWF bekannt gewesen, so die Recherchen des US-Onlinemagazins BuzzFeed.²⁰ In einem vertraulichen Bericht an die EU 2018 seien diese Passagen jedoch absichtlich gestrichen worden, um finanzielle Zusagen von einer Million Euro einzuheimsen, so die Reporter*innen, die eine Kopie dieses Berichts erhielten. Dabei widerspricht dieses Vorgehen der Menschenrechtspolitik, zu der sich die NGO selbst verpflichtet.²¹

Survival International kritisiert dieses Verhalten als «Grünen Kolonialismus», wonach die Regeln dieser Schutzgebiete durch ausländische Mächte aufgestellt würden.²² In der derzeitigen Debatte um die globale Klimapolitik wird unter diesem Begriff auch die Aneignung von großen Landflächen zum Schutz des Klimas oder der Artenvielfalt verstanden.²³ Sprich: In der heutigen Zeit, in der weltweit über verstärkte Ansätze des Klima- und Artenschutzes diskutiert wird, ist es wichtig, den vom Westen finanzierten Naturschutz in Afrika zum Wohl der örtlichen Bevölkerung und nicht gegen ihre Interessen zu betreiben – sonst werden die kolonialen Methoden lediglich fortgeführt, anstatt sie auszumerzen. Die Sponsoren dieser Naturschutzpolitik haben eine wesentliche Verantwortung. Ihre Aufgabe ist es auch, ihre eigenen Ansätze und Wahrnehmungen kritisch zu hinterfragen und den Naturschutz zu entromantisieren und zu dekolonisieren.

1.2 GRZIMEKS ERBEN – DAS VERKLÄRTE AFRIKABILD DER DEUTSCHEN

Wer heute die Serengeti-Savanne in Tansania mit dem Safarijeep durchquert, fährt im Ngorongoro-Krater an einer steinernen Pyramide mit zwei Grabinschriften vorbei: Deutschlands berühmtester Tierforscher Bernhard Grzimek und sein Sohn Michael sind dort beerdigt. Nach wie vor fliegen Pilot*innen der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) mit einem schwarz-weißgestreiften Propellerflugzeug über die Savanne, einem Nachbau des zebra-ähnlichen Flugzeugs, in welchem Michael Grzimek 1959 bei einer Tierzählung aus der Luft abgestürzt war.

Bernhard Grzimek wurde vor allem durch seinen 1960 oscarprämiierten Film «Die Serengeti darf nicht sterben» sowie die spätere Fernsehserie «Ein Platz für Tiere» berühmt. Der damalige Direktor des Frankfurter Zoos, einst Veterinär in der Wehrmacht, bereiste nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges regelmäßig Afrika,

um Elefanten, Löwen und Giraffen nach Europa zu verschiffen. Der Zoo diente in der Nachkriegszeit den traumatisierten Frankfurter Großstädter*innen als Vergnügungsort. Regelmäßig brachte Grzimek Schimpansen mit in seine TV-Sendung.

Bis heute ist das Afrikabild in den deutschen Medien geprägt von Tiersendungen in der Tradition von Grzimek. Afrikaner*innen spielen darin, wenn überhaupt, nur als «Eingeborene» oder «wild lebende Stämme» eine Rolle. Allein diese Wortwahl ist kolonialistisch. Weiße Tierforscher*innen werden dagegen als Held*innen porträtiert. Diese mediale Konstruktion der ehrenwerten Naturschützer*innen wird bis heute unkritisch fortgeführt: von der biografischen Verfilmung der Gorillaforscherin Dian Fossey 1988 in dem berühmten Film «Gorillas im Nebel» bis hin zum oscar-nominierten Netflix-Film «Virunga» (2014), in denen weiße Tierliebhaber*innen heroisiert werden. Gefahren gehen in all diesen Narrativen stets von den afrikanischen Wilder*innen oder Rebell*innen aus.

Ein Bericht der Vereinten Nationen (UN) über den Zustand der Biodiversität vom Mai 2019 warnt vor dem rasanten Rückgang der Artenvielfalt. Er stellt aber auch fest, dass die Biodiversität in den Gebieten, die von einheimischen Bevölkerungsgruppen betreut werden, weniger rasch zurückgeht als in den übrigen Regionen.²⁴ Afrikanische, traditionelle Naturschutzkonzepte finden trotz dieser Tatsache in den meisten aktuellen Debatten um nachhaltigen Naturschutz kaum Beachtung, kritisieren die kenianischen Autoren John Mbaria und Mordecai Ogada in ihrem 2017 erschienen Buch «The Big Conservation Lie». ²⁵ Dabei seien der afrikanische Alltag und die afrikanische Folklore reich an Wertschätzung gegenüber der Natur: «Njogu» (dt. Elefant) ist bis heute ein beliebter Name in Kenia. In Uganda tragen die Clans und König*innen nach wie vor Löwen, Elefanten oder Gorillas als Totem. In vielen afrikanischen Kulturen und Traditionen leben Ahnen, Vorfahren oder ehemalige König*innen und Herrscher*innen als Geister in den Totems fort. Diese Tiere und deren Lebensräume galten dadurch automatisch als schützenswert und unantastbar. Wälder wie der ugandische Ziika-Wald (nach dem der Zika-Virus benannt ist, der hier ertmals entdeckt wurde) werden aufgrund ihrer heiligen «Spirits» geschützt – schon seit Jahrhunderten, ohne externe

¹⁹ Survival International veröffentlichte die übersetzten Briefe unter: <https://assets.survivalinternational.org/documents/1781/baka-letters-dec-2018-release.pdf>. ²⁰ Warren, Tom/Baker, Kathie J.M.: WWF Says Indigenous People Want This Park. An Internal Report Says Some Fear Forest Ranger «Repression», BuzzFeed, 8.3.2019, unter: www.buzzfeednews.com/article/katieimbaker/wwf-eu-messok-dja-fears-repression-ecoguards. ²¹ WWF, Indigenous Peoples and Conservation – WWF Statement of Principles, Gland 2008, unter: http://d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/183113_wwf_policyrpt_en_f_2_1.pdf. ²² Association pour la défense des droits des populations autochtones (ADPPA) u. a., Gemeinsame Erklärung zu grünem Kolonialismus im Kongo, November 2018, unter: www.survivalinternational.de/artikel/3551-gemeinsame-erklrung-zum-grnem-kolonialismus-im-kongo. ²³ Heuwieser, Magdalena: Grüner Kolonialismus in Honduras: Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons, Wien 2015. ²⁴ Diaz, Sanda u. a.: Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, New York, 6.5.2019, unter: https://ipbes.net/sites/default/files/downloads/spm_unedited_advance_for_posting_htn.pdf. ²⁵ Mbaria, John/Ogada, Mordecai: The Big Conservation Lie, Auburn 2017.

Naturschutzgelder. All diese Traditionen fänden in den heutigen Sensibilisierungsmethoden westlicher NGOs jedoch kaum Gehör, im Gegenteil. Was heute vom Naturerbe in Afrika noch übrig sei, so die Autoren, «existiert aufgrund unserer [der afrikanischen] Verwaltung und nicht aufgrund derer, die es vier Jahrhunderte lang zerstört haben und sich nun seit vier Jahrzehnten darum bemühen, es zu konservieren».²⁶

Die kenianischen Autoren spielen mit dieser Aussage auf die Hypokrisie an, die – aus afrikanischer Sicht – in der Naturschutzdebatte mitschwingt. Ein Dorn im Auge ist für sie vor allem der WWF, einer der einflussreichsten internationalen Akteure im Naturschutz. Das 2012 erschienene «Schwarzbuch WWF» von Wilfried Huismann thematisiert die dunkle Geburtsstunde der weltweit größten Naturschutzorganisation.²⁷ Sie wurde nicht zufällig 1961 gegründet – just in der Zeit, als zahlreiche Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Mithilfe des WWF konnten die Kolonialmächte weiterhin gewisse Bereiche und territoriale Gebiete der «freien» Staaten kontrollieren und Macht ausüben. Der Naturschutz in Afrika wird bis heute unter dem Panda-Logo von den einstigen Kolonialherren fortgesetzt. Weiße Großwildjäger wie der ehemalige König von Spanien und langjährige WWF-Ehrenpräsident Juan Carlos, Prinz Philip und Herzog von Edinburgh oder WWF-Gründer Prinz Bernhard der Niederlande, die früher alle gern auf Elefantenjagd gingen, werden als einstige WWF-Präsidenten bis heute ungefragt als die großen Naturschützer gefeiert.

Seit Errichtung der Schutzgebiete ist die Gretchenfrage die Finanzierung: Dazu gründete Prinz Bernhard und dessen Mitstreiter Anton Rupert, ein weißer Geschäftsmann und Zigarettenhersteller aus Südafrika mit engen Beziehungen zum Apartheidregime, 1970 den sogenannten «Club 1001», eine Art Förderverein des WWF. Ruperts Idee: 1.000 finanzstarke Spender*innen sowie er selbst sollten jeweils rund 9.000 Euro geben, um einen Fonds ins Leben zu rufen, aus dessen Zinsen die WWF-Projekte finanziert werden sollten.

Der Club 1001 wurde also quasi als Geheimbund aufgesetzt. Bis heute ist die Spenderliste des WWF ein gut gehütetes Geheimnis. Einige Namen sind im Laufe der Zeit trotzdem durchgesickert: Unter den Geldgeber*innen fand sich nicht nur Zaires (heute DR Kongo) Diktator und Großwildjäger Mobutu Sese Seko, der sich in Leopardenfellen kleidete, sondern auch das Who-is-Who der Weltwirtschaft: Von den Chefs von ThyssenKrupp, Werner von Siemens, Joachim Zahn (Daimler Benz) über den Generaldirektor von British Petroleum, den Chef von British Airways, Bierkönig Alfred Heineken, Robert McNamara, einst US-Verteidigungsminister während des Vietnamkrieges, bis hin zu zahlreichen Oligarch*innen, die mit der Mafia oder dem Apartheidregime in Südafrika in Kontakt standen. Selbst Sheik Salim Bin Laden, Osama bin Ladens älterer Bruder, steht auf dieser Liste.

Die Geheimhaltung hat vor allem in Afrika Verschwörungstheorien angeheizt. In vielen afrikanischen Ge-

sellschaften dominiert bis heute die These, dass die Grenzen der meisten Schutzgebiete einst aus strategischen Gründen gezogen wurden: entlang militärischer Positionen, nationaler Grenzen oder unter Berücksichtigung reicher Erdöl- und Mineralienreserven, die von den Kolonialmächten damals vermessen, aber nicht erschlossen wurden. In «The Big Conservation Lie» stellen Mbaria und Ogada fest, dass bei der Debatte um die Erschließung der für diese Länder wichtigen Erdölvorkommen – im Virunga-Nationalpark in der DR Kongo, im Murchison-Falls-Nationalpark in Uganda, in der Turkana-Region in Kenia sowie in den Uranminen oder beim Wasserkraftwerk im Selous in Tansania – diese Thesen erneut eine bedeutende Rolle spielen. Die Autoren klagen an, dass sich bis heute der WWF über Kampagnen und Lobbyarbeit in die Entscheidungsfindungsprozesse auf nationaler Ebene einmische und oftmals internationale NGOs mehr Einfluss hätten als die lokale Bevölkerung. Für sie ist dies ein neokoloniales System.²⁸

Gleichzeitig herrscht unter westlichen Naturschützer*innen die Meinung vor, dass die zunehmende «Bevölkerungsexplosion» in Afrika aufgrund der hohen Geburtenraten den Erhalt der Natur und Artenvielfalt in Zukunft gefährde.²⁹ Diese Wahrnehmung reicht so weit, dass Naturschutzorganisationen Kampagnen zur Familienplanung und Verhütung aufsetzen. Tatsächlich sei jedoch die Bevölkerungsdichte in Afrika gemessen an der Größe des Kontinents im Durchschnitt wesentlich geringer als die in Europa, argumentiert Stephen Corry, Gründer von Survival International.³⁰ Zudem konsumieren afrikanische Gesellschaften im Vergleich zu westlichen Industrienationen relativ wenig und produzieren damit weniger umweltschädliche Folgen: «Wenn Überbevölkerung ein Problem ist, weil sie die weltweiten Ressourcen überstrapaziert, dann liegt der erste und effektivste Weg der Lösung nicht in Afrika, sondern in der Reduzierung des Konsums im Norden.»³¹

Jérôme Tanzi, Vorsitzender der kongolesischen Umweltschutzorganisation Front Opérationnelle de Défenseurs des Écosystème Écologique (FODE), führt die Ursachen der hohen Geburtenrate auf die schlechte Regierungsführung und hohe Armutsrate zurück. Es sei daher auch kein Problem, das sich mit Naturschutzpolitik, sondern nur durch eine gut angelegte Entwicklungspolitik beheben ließe. Für ihn ist klar: Gesunder Naturschutz kann nur in einer gesunden Umgebung geschehen. Um die Natur zu erhalten, müssten Frieden, Stabilität und Entwicklung als Grundvoraussetzungen gegeben sein, um letztlich Naturschutzmaßnahmen nicht zum Nachteil der Bevölkerung durchzusetzen.³²

²⁶ Ebd., S. 186 f. ²⁷ Huismann, Wilfried: Schwarzbuch WWF. Dunkle Geschäfte im Zeichen des Panda, Gütersloh 2012. ²⁸ Mbaria/Ogada: The Big Conservation Lie, 2017. ²⁹ Population Action, Why Population matters to Biodiversity, Washington 2011, unter: https://pai.org/wp-content/uploads/2012/02/PAI-1293-BIODIVERSITY_compressed.pdf. ³⁰ Corry, Stephen: Too Many Africans?, Counterpunch, 11.7.2019, unter: www.counterpunch.org/2019/07/11/too-many-africans/. ³¹ Ebd. ³² Interview mit Jérôme Tanzi, FODE, Kiwanja, DR Kongo, 18.6.2019.

2 NACHHALTIGKEIT UND KOMMODIFIZIERUNG – DAS FINANZIERUNGSDILEMMA

Der vom Westen finanzierte und durchgeführte Natur- und Artenschutz ist in Afrika vielerorts älter als die afrikanischen Staaten selbst. Er erfährt jedoch in der heutigen Zeit eine neue Aufmerksamkeit, ausgelöst durch die aktuelle Klima- und Biodiversitätsdebatte, die ein neues Gefühl der Dringlichkeit erzeugt.

Eine ähnlich generierte Alarmstimmung herrscht hinsichtlich des Artensterbens schon seit einigen Jahrzehnten vor. NGOs wie der WWF sind weltweit berühmt für ihre aufwühlenden Kampagnen: Ob nun Pandas, Tiger, Koalas, Delfine, Gorillas, Elefanten oder Pangolin – fast jede seltene Tierart wurde von NGOs und den Medien schon beworben, um Spenden einzuwerben und Schutzanstrengungen zu forcieren.

Der im Mai 2019 veröffentlichte UN-Bericht zur globalen Biodiversität warnt: Eine Million Tier- und Pflanzenarten seien vom Aussterben bedroht. «Die Gesundheit der Ökosysteme verschlechtert sich schneller als je zuvor», so UN-Expert*innen. Der Mensch drohe, als Verursacher des sechsten Massensterbens in die Geschichte einzugehen, folgert der Bericht.³³ Diese alarmierenden Nachrichten führen in den westlichen Industrienationen zu verstärkten Anstrengungen, weltweit immer mehr Landflächen unter die Regeln des Naturschutzes zu stellen und Schutzgebiete zu etablieren, um den Rückgang der Waldflächen und das Artensterben zu stoppen. Wissenschaftler*innen publizierten im April 2019 den Bericht «Global Deal for Nature» (GDN), welcher fordert, bis 2030 die Hälfte des Planeten unter die ein oder andere Form des Schutzes zu stellen, um der Klimakatastrophe und Erderwärmung Einhalt zu gebieten.³⁴ Die meisten dieser potenziell neuen Schutzgebiete liegen in Afrika.

DIE SECHS IUCN-KATEGORIEN FÜR SCHUTZGEBIETE:

- Strenges Naturschutzgebiet: für Forschungszwecke und zum Schutz großer Wildnisareale
- Nationalparks: zum Schutz von Ökosystemen und zur Erholung
- Naturmonument: zum Erhalt von Naturphänomenen
- Biotop-/Artenschutzgebiet: zum Schutz von Lebensräumen von Tieren und Pflanzen
- geschützte Landschaften und Gewässer: zu Erholungszwecken
- Schutzgebiet mit nachhaltiger Nutzung: als schutzbedürftige Lebensräume

Die 1948 gegründete, internationale Naturschutzorganisation International Union for Conservation of Nature (IUCN) hat sechs Kategorien von Schutzgebieten definiert und bemüht sich auf ihren Weltkongres-

sen um internationale Akzeptanz der Definitionen, um diese vergleichbar zu machen.³⁵ Allen gemeinsam war bislang der Grundgedanke, dass der jeweilige Staat der Eigentümer dieser Gebiete ist und sie von staatlichen Behörden mittels legitimer Gesetze verwaltet werden. Der Wert dieser Areale ist ein ideeller: Schutz von Tieren, Pflanzen und des Klimas sowie Erholung für die Menschen.

Das zunehmende Bewusstsein, dass der Mensch und vor allem die westlichen Industrienationen für einen Großteil der Umweltzerstörung weltweit verantwortlich sind, hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich die Bereitschaft im Westen erhöht, sogenannte Transferzahlungen zu leisten: Ähnlich wie Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit soll in Zukunft mehr Geld aufgebracht werden, um weltweit die Artenvielfalt und das Klima zu retten. Dieses im Westen generierte Kapital soll möglichst dort eingesetzt werden, wo sich am effektivsten das Artensterben und der Klimawandel eindämmen lassen. In den Fokus geraten damit automatisch der Amazonas-Regenwald in Südamerika sowie das afrikanische Kongobecken, die «Lungen» des Planeten. «Die Erhaltung der Wälder des Kongobeckens als globales Gut liegt im Interesse der gesamten Weltbevölkerung», argumentiert auch die deutsche Bundesregierung.³⁶

2.1 DEUTSCHLAND – MUSTERLAND DER TRANSFERZAHlungen

In Anbetracht all dieser alarmierenden Meldungen bemüht sich die internationale Gemeinschaft um zunehmend mehr Rettungspläne im Bereich Natur- und Artenschutz: Bereits 2010 wurden in der japanischen Stadt Nagoya (im Stadtbezirk Aichi) die sogenannten Aichi-Ziele formuliert und ein Zehnjahresplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) von 1993 aufgesetzt.³⁷ Auch die deutsche Bundesregierung hat dieses Übereinkommen unterzeichnet und dafür verstärkt Mittel bereitgestellt.

Das deutsche Engagement in diesen Bereichen ist nicht neu im Inhalt, jedoch neu im Umfang. Insgesamt hat die Bundesregierung zwischen 2005 und 2018 bereits über 440 Millionen Euro allein für verschiedene Schutzgebiete im Kongobecken ausgegeben. Die

³³ Vgl. UN Report, Nature's Dangerous Decline «Unprecedented»; Species Extinction Rates «Accelerating», 6.5.2019, unter: www.un.org/sustainabledevelopment/blog/2019/05/nature-decline-unprecedented-report/. ³⁴ Dinerstein, Eric u. a.: A Global Deal For Nature: Guiding principles, milestones, and targets, in: Science Advances 4/2019, unter: <https://advances.sciencemag.org/content/5/4/eaaw2869>. ³⁵ IUCN, Richtlinien für die Anwendung der IUCN-Managementkategorien für Schutzgebiete, 2008, unter: www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/gebietsschutz/IUCN_Kat_Schutzgeb_Richtl_web.pdf. ³⁶ Deutsche Bundesregierung, Antwort auf die Kleine Anfrage «Deutschlands Finanzierung von Schutzgebieten im Kongo-Becken», 2018. ³⁷ Die sogenannte Biodiversitätskonvention (offiziell: Übereinkommen über die biologische Vielfalt, CBD) trat am 29. Dezember 1993 in Kraft. Es ist eines der umfassendsten Abkommen in Sachen Artenvielfalt. Am 22. Dezember 2010 riefen die Vereinten Nationen die Jahre 2011 bis 2020 zur «UN-Dekade der Biodiversität» aus.

Bundesregierung veröffentlichte im Oktober 2018 einen umfassenden Bericht unter dem Titel «Biologische Vielfalt – unsere gemeinsame Verantwortung», in dem auf rund 50 Seiten aufgeschlüsselt wird, wie sie die Aichi-Ziele verwirklichen will. Laut eigenen Angaben hatte die Bundesregierung von 2006 bis 2010 – also noch vor der Erklärung der Aichi-Ziele – jährlich durchschnittlich 198 Millionen Euro weltweit für den Artenschutz ausgegeben. Zwischen 2011 und 2017 waren es im Rahmen der Aichi-Vereinbarung jährlich 534 Millionen Euro, ein Anstieg um mehr als das Doppelte. Das Gesamtvolumen aller laufenden Vorhaben weltweit beläuft sich auf 1,7 Milliarden Euro (Stand Juni 2018). Davon werden rund 700 Millionen Euro allein für Maßnahmen in Afrika ausgegeben.³⁸

Interessant ist dabei der Vergleich aller deutschen Ausgaben für den afrikanischen Kontinent: Während sich der Gesamtbetrag für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gemeinhin auch Entwicklungszusammenarbeit (EZ) genannt, zwischen 2007 und 2017 etwa verdoppelt hat, stieg der Anteil der Ausgaben, der explizit für Biodiversität vorbehalten wird, im selben Zeitraum auf das Siebenfache an.

Rund 80 Prozent des deutschen Beitrags zur internationalen Biodiversitätsfinanzierung werden dabei aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereitgestellt, rund 20 Prozent aus dem des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). In einem gemeinsamen Bericht aus dem Jahr 2018 geben die beiden Ministerien an, dass Deutschland seit 2013 jährlich mehr als 500 Millionen Euro für den Erhalt von Wäldern und anderen Ökosystemen weltweit bereitstelle und damit «sein Engagement seit 2007 mehr als vervierfacht» habe.³⁹ Das Fazit: Die deutsche Bundesregierung setze damit «die Finanzierungszusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz, die 2008 in Bonn stattfand, konsequent um».⁴⁰ Der UN-Bericht über den Zustand der globalen Artenvielfalt stellt jedoch fest: Trotz all der finanziellen Anstrengungen lassen sich unter den derzeitigen Voraussetzungen die Aichi-Ziele für das Jahr 2020 nicht erfüllen.⁴¹

Mittlerweile ist die Bundesrepublik weltweit führend in der Finanzierung von Schutzgebieten. Das BMZ gibt an, mit seinem Budget weltweit Schutzgebiete im Umfang der vierfachen Fläche Deutschlands zu finanzieren. Aktuell fördert allein die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 636 Naturschutzgebiete in 54 Ländern mit einer Gesamtfläche von knapp 1,5 Millionen Quadratkilometern. «Das ist mehr als die Fläche Deutschlands, Frankreichs und Spaniens zusammen genommen», heißt es auf ihrer Internetseite. Allein in einem Jahr (von 2016 bis 2017) haben sich die Ausgaben der KfW für den Schutz von Artenvielfalt verfünffacht.⁴²

Die meisten dieser Schutzgebiete liegen in Afrika, vor allem im Kongobecken: Deutschland finanziert in der DR Kongo über die Gesellschaft für Internationale

Zusammenarbeit (GIZ) und die KfW die Naturschutzmaßnahmen der kongolesischen Naturschutzbehörde Institut Congolais pour la Conservation de la Nature (ICCN). Darin inbegriffen ist auch der Kahuzi-Biéga-Nationalpark in der krisengeplagten Provinz Süd-Kivu im Ostkongo, in dem die letzten vom Aussterben bedrohten Östlichen Flachlandgorillas leben. Im Auftrag des BMZ leitet der WWF Deutschland zusammen mit dem ICCN den Salonga-Nationalpark im Westen der DR Kongo mit einer Fläche so groß wie Belgien, berühmt für seine Bonobo-Affen-Population. Dafür wurden seit 2016 rund 5,4 Millionen Euro ausgegeben.⁴³

Offiziell hat die Bundesregierung 2016 zwar alle Zusammenarbeit mit der kongolesischen Regierung eingestellt, nachdem die anstehenden Wahlen verschleppt wurden, doch auf unterer Ebene läuft die Zusammenarbeit weiter. In Berlin geben die Verantwortlichen im BMZ zu, dass dies nicht ganz «unproblematisch» ist, doch die deutschen Gelder seien für den Erhalt der Gorillas lebensnotwendig. Mit diesem Argument finanziert Deutschland Kongos Nationalparks schon seit Jahrzehnten über alle Kriege und Korruptionsvorwürfe hinweg weiter. Derzeit beläuft sich das Engagement der Bundesregierung für Biodiversität und Waldbewirtschaftung in der DR Kongo auf 24 Millionen Euro.

In den ehemals deutschen Kolonien wie Tansania und Kamerun ist das deutsche Engagement im Naturschutz ein wesentliches Grundelement der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. So werden in Tansania das Selous-Reservat (seit 2019 Nationalpark) und der Serengeti-Nationalpark mit deutschen Steuergeldern unterstützt. WWF Deutschland und die ZGF sind in Tansania bis heute die Hauptpartner: Der Beitrag der Bundesregierung für den Serengeti-Nationalpark liegt laut Angaben der KfW bei 20,5 Millionen Euro wobei die ZGF eine Million aus eigenem Stiftungskapital zuschießt. Im Selous-Park hat das BMZ Flugzeuge, Wärmebildkameras und andere Transportmittel finanziert, um Wilderei zu unterbinden. Der deutsche Finanzierungsanteil an den geschätzten Gesamtkosten des Vorhabens von rund 19 Millionen Euro beträgt genau 18 Millionen. ZGF und WWF tragen jeweils mit rund 0,66 Millionen Euro zur Finanzierung bei.⁴⁴

In Ostafrika fördert Deutschland in Madagaskar die Fondation pour les Aires Protégées et la Biodiversité de Madagascar (FAPBM) mit 27 Millionen Euro und in

³⁸ BMZ/BMU, Biologische Vielfalt – unsere gemeinsame Verantwortung, 2018, unter: www.international-climate-initiative.com/fileadmin/Dokumente/2018/20181206_Publikation_committed_Brosch_C3%BCre_de.pdf. ³⁹ Ebd. ⁴⁰ Ebd. ⁴¹ Diaz u. a.: Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services. ⁴² Vgl. Klug, Uwe/Adam, Alina/Pons, Stephanie: Den Reichtum der Natur erhalten: Biodiversität in der KfW Entwicklungsbank, Materialien zur Entwicklungsfinanzierung 3/2018, S. 3, unter: www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/Materialien/2018_Nr.3_Biodiversität_DE.pdf. ⁴³ KfW, Stellungnahme zu den Vorwürfen betreffend den Nationalpark Salonga in der DR Kongo, Frankfurt a. M., 8.3.2019, unter: www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/News-Details_510848.html. ⁴⁴ Deutsche Bundesregierung, Antwort auf die Kleine Anfrage «Reaktion der Bundesregierung auf die Vorwürfe gegen den World Wide Fund for Nature» des Abgeordneten Markus Frohnmaier und der Fraktion der AfD, Drucksache 19/13862, Berlin, 28.10.2019, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/146/1914667.pdf>.

Mosambik die Fundação para Conservação da Biodiversidade (BIOFUND) mit 16 Millionen Euro.⁴⁵

In Westafrika wird das grenzüberschreitende, trinationale Dzanga-Sangha-Schutzgebiet (Kamerun, Republik Kongo und Zentralafrikanische Republik) und deren Stiftung Fondation pour le Tri-National de la Sangha (FTN) mit rund 64 Millionen Euro teilfinanziert und vom WWF Deutschland verwaltet. In der Elfenbeinküste fördert Deutschland die Organisation Fondation, Parcs et Réserves (FPRCI) mit 24,5 Millionen Euro sowie die für das Schutzgebiet entlang der Grenzen von Burkina Faso, Benin und Niger zuständige Stiftung Fondation des Savanes Ouest-Africaines (FSOA) mit rund 26 Millionen Euro.⁴⁶

Auch das zweitgrößte Naturschutzgebiet der Erde, der KaZa-Nationalpark im südlichen Afrika – ein länderübergreifender Zusammenschluss von mehr als 20 Schutzgebieten, die Elefanten und anderen migrierenden Wildtieren einen gewaltigen Naturraum zur Verfügung stellen – wird mit rund 36 Millionen Euro deutschen Steuergeldern finanziert.⁴⁷ Der Anteil der deutschen Unterstützung für das Training der KaZa-Wildhüter*innen liegt bei etwa zehn Millionen Euro. Fast die Hälfte davon fließt in den Ausbau des South African Wildlife Colleges (SAWC). Diese Hochschule wurde 1996 bereits mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung gegründet und ist in Afrika führend im Bereich Umwelt- und Naturschutz.

Auffallend in der Gesamtübersicht der Projekte ist die derzeit zunehmende Konzentrierung der deutschen Vorhaben auf Maßnahmen der Wildereibekämpfung. Das BMZ, das für einen Großteil der Projekte zuständig ist, hat 2018 die Wildereibekämpfung in ihren «Marshallplan mit Afrika» aufgenommen und rund 190 Millionen Euro dafür weltweit vorgesehen; davon fließen 142 Millionen Euro nach Afrika. Ein Großteil geht in die sogenannte Kapazitätsbildung von afrikanischen Parkbehörden, aber auch in den Ausbau von Strafverfolgungsmaßnahmen. Allein für Namibia wurden 15 Millionen Euro für die Ausbildung und Ausrüstung der Anti-Wilderei-Truppen ausgegeben. Gemeinsam mit dem BMU hat das BMZ für den Zeitraum 2017 bis 2021 die «Partnerschaft gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel in Afrika und Asien» aufgesetzt und rund 15 Millionen Euro dafür bereitgestellt.⁴⁸ Mehr als 200 Mitarbeiter*innen von Polizei, Zoll und Justiz aus über 20 Ländern in Afrika und Asien werden geschult, um verdächtige Sendungen zu identifizieren und Ermittlungen gegen Schmuggler*innen aufzunehmen und so die Handelswege des Elfenbeins zu zerschlagen. Sprich: Die deutschen Gelder kommen hier gar nicht dem Naturschutz an sich zugute, sondern damit werden staatliche Strafverfolgungsbehörden fit gemacht. All diese Gelder lassen sich im internationalen Vergleichssystem als Official Development Assistance (ODA) anrechnen, sprich: als «Entwicklungshilfe».⁴⁹ Dies hilft der Bundesregierung, die internationalen Vorgaben zu erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts in die wirtschaftliche Zusam-

menarbeit mit den Ländern des globalen Südens zu investieren.

Deutsche Gelder fließen auch über Naturschutzmaßnahmen der Europäischen Union nach Afrika. Die EU rühmt sich damit, der größte Geldgeber im Bereich Artenschutz zu sein. Allein die EU-Kommission hat zwischen 2002 und 2012 rund 1,3 Milliarden Euro für Artenschutz ausgegeben. Rund ein Drittel dieses Geldes floss in das Management von Schutzgebieten und Wildereibekämpfungsmaßnahmen.⁵⁰ Die EU ist beispielsweise der Hauptgeber für das Projekt Monitoring the Illegal Killing of Elephants (MIKE) von CITES im Rahmen von rund 20 Millionen Euro. Darunter werden Nationalparks in acht afrikanischen Ländern, die von Wilderei am meisten betroffen sind und einen nationalen Elfenbein-Aktionsplan ausgearbeitet haben, mit Überwachungstechnologien und Trainings unterstützt.⁵¹ Außerdem ist die EU seit 1988 Hauptpartner des Virunga-Nationalparks im Ostkongo, Heimat der bedrohten Berggorillas. Sie setzte 2014 ein neues Entwicklungsprogramm für Naturschutzgebiete im Kongobecken auf. Im November 2018 hat sie erneut 20 Millionen Euro dafür eingestellt.

Zu den staatlichen Geldern hinzu kommen Milliarden Euro privater Spenden für den Artenschutz an weltweit agierende NGOs; unter anderem an den WWF oder die ZGF. Medienwirksam stellen sie ständig neue Kampagnen auf, wodurch privates Geld akquiriert wird, um Pandas, Tiger, Elefanten oder Gorillas zu retten. In der deutschen Spendenstatistik liegt Tierschutz auf Platz zwei, direkt nach der humanitären Hilfe. Als Folge des steigenden Bewusstseins über die globale Klimaveränderung sind auch Privatpersonen in den westlichen, industrialisierten Ländern zunehmend bereit, individuelle Transferzahlungen zu leisten, um beispielsweise ihren CO₂-Fußabdruck nach Langstreckenflügen auszugleichen. Die Spendenbereitschaft für Klima- und Artenschutzprojekte nimmt also zu.

Einige Parks und NGOs wie der WWF entwickelten deswegen jüngst neue Finanzierungsideen über direkte Kundenbindung: Tierfreund*innen können sich beispielsweise auf der Facebookseite der ugandischen Wildtierschutzbehörde Uganda Wildlife Authority (UWA) per Mausclick mit einem ugandischen Gorilla für 90 Cent befreunden und erhalten regelmäßige Status-Updates.⁵² Auf der Internetseite des kongo-

⁴⁵ Ebd. ⁴⁶ Ebd. ⁴⁷ Ebd. ⁴⁸ GIZ, Factsheet: Partnerschaft gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel (in Afrika und Asien), Projektbeschreibung, o. J., unter: www.giz.de/de/downloads/giz2019_de_Factsheet_Partnerschaft%20Wildereibek%C3%A4mpfung.pdf. ⁴⁹ ODA ist eine im OECD-Entwicklungsaus-schuss (DAC) vereinbarte und international anerkannte Messgröße zur Erfassung öffentlicher Entwicklungsleistungen, die auf das im Rahmen der Vereinten Nationen 1972 international vereinbarte Ziel angerechnet werden, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Sie misst die Aufwendungen der Geberländer für Entwicklungszusammenarbeit (donor effort) und macht die Leistungen der Geber untereinander vergleichbar. Vgl. BMZ, Leitfaden «Was ist Official Development Assistance (ODA)?», unter: www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/hintergrund/leitfaden/index.html. ⁵⁰ Vgl. Europa Nu, EU-Support for Virunga and Cooperation with the Democratic Republic of Congo, 1.10.2014, unter: www.europa-nu.nl/id/vjnnoa8xe6wvp/nieuws/eu_support_for_viru... ⁵¹ Vgl. CITES, National Ivory Action Plans, o. J., unter: www.cites.org/eng/niaps. ⁵² Vgl. UWA-Webseite unter: www.ugandawildlife.org/visitor-guide-2/travel-responsibly/friend-a-gorilla.

lesischen Virunga-Nationalparks kann man sich unter der Kategorie Spenden den Zweck aussuchen: sieben Euro für Gummistiefel für eine Rangerin oder einen Ranger, 45 Euro zur Unterstützung einer Frau und ihrer Kinder eines verstorbenen Wildhüters, 137 Euro für zweiwöchige Verpflegung eines Waisengorillas, 275 Euro für eine Stunde Rundflug, um Wilder*innen aus der Luft aufzustöbern, oder 458 Euro für eine eintägige, «taktische», also militärische, Elefantenschutz-Operation.⁵³ Auf der WWF-Homepage kann man per Kreditkarte sogar die Ausbildung eines Rangers oder einer Rangerin finanzieren, sprich: Selbst Privatleute können nun dabei helfen, die Wildhüter*innen militärisch fit zu machen.

2.2 HEDGEFONDS, DIVIDENDEN, BÖRSENSPEKULATIONEN – NEUE FINANZIERUNGSSTRATEGIEN

Eine zentrale Frage bei der Transferzahlung von enormen Summen über Kontinente hinweg ist: Welche Wege nehmen die Gelder, die zu einem gewissen Datum von der Bundesregierung bereitgestellt werden, aber mit einer Laufzeit von mehreren Jahren stetig vor Ort im letzten Winkel des Dschungels ausgezahlt werden sollen? In der DR Kongo beispielsweise werden aus deutschen Mitteln monatlich sogenannte Prämien an die Wildhüter*innen gezahlt, um ihre mickrigen Gehälter aufzustocken. Im Fokus steht hier auch die Frage der Nachhaltigkeit: Wie können sich die Projekte langfristig selbst finanzieren?

In dem bereits erwähnten Bericht über die Unterstützung für biologische Vielfalt der Bundesregierung heißt es: «Deutschland unterstützt seine Partnerländer [...] bei der Entwicklung von Finanzierungsstrategien» und «berät Staaten dabei, den Wert von Ökosystemleistungen zu bewerten und diesen in Entwicklungs- und Haushaltsplänen – auch produktiver Sektoren – zu verankern.»⁵⁴ Auch innovative Finanzierungsinstrumente werden gefördert. Als Beispiele werden hier die Biodiversity Finance Initiative (BIOFIN) der Umweltagentur der Vereinten Nationen (UNEP) sowie Naturschutzfonds und zinsgünstige Kredite genannt. Parallel fördere Deutschland auch Mechanismen vor Ort, heißt es in dem Bericht, «zum Beispiel über die Beteiligung der Bevölkerung an den Einnahmen aus dem Tourismus in Schutzgebieten». Zudem sei die «Erschließung neuer Finanzierungsquellen – auch aus dem Privatsektor – dabei zentral».⁵⁵

Generell favorisiert die Bundesregierung die Einrichtung von Kapitalinstrumenten wie beispielsweise Fonds: «Naturschutzfonds können oftmals von unterschiedlichen internationalen Gebern kapitalisiert werden und gelten daher als ein geeignetes Instrument, um die Bewahrung der biologischen Vielfalt über einen längeren Zeitraum als die übliche Dauer von Projekten der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu finanzieren.»⁵⁶

Ein solcher Fonds wurde erstmals 2007 mithilfe der Bundesregierung und der Weltbank für das ländere-

übergreifende Dzanga-Sangha-Schutzgebiet entlang der Grenze zwischen Kamerun, der Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik gegründet. Dazu wurde in London eine gemeinnützige Firma unter dem Namen Sangha Tri-National Trust Fund Limited (FTNS) eingetragen. Gründungsmitglied ist Claude Martin, ehemaliger Geschäftsführer des WWF. Laut Geschäftsbericht hatte der Fonds Ende 2017 ein Volumen von rund 54 Millionen Euro, wovon ein Großteil von der deutschen Entwicklungsbank KfW eingezahlt wurde.⁵⁷

Der Fonds investiert dieses Kapital an der Londoner Börse in Hedgefonds, Dividenden sowie Anleihen. Aus den Zinsen soll der Park seine laufenden Kosten bewältigen – so die Idee. Laut Recherchen der *tageszeitung (taz)* hat dieser Fonds im Jahr 2018 jedoch umgerechnet rund vier Millionen Euro Verluste eingefahren, also Kapital verloren, welches aus deutschen Steuergeldern stammt. Diese Finanzierung ist auch im Bundestag kritisch debattiert worden. Als Antwort auf eine Kleine Anfrage vom Januar 2018 erklärt die Bundesregierung: Die Bundesregierung «finanziert Maßnahmen in diesen Nationalparks auf der Basis von deren Jahresarbeitsplänen, deren Förderfähigkeit auch von der Einhaltung von Menschenrechtsstandards abhängig ist. Darunter fallen auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Wilderei und illegalem Wildtierhandel».⁵⁸

Ein ähnlicher Fonds, der Fonds Okapi pour la Conservation de la Nature (FOCON), wurde Ende 2013 für die Schutzgebiete der DR Kongo aufgesetzt. 2014 erhielt er den Status der Gemeinnützigkeit, war bislang aber noch nicht operationell. Laut Geschäftsbericht von Ende 2018 wurde erst im Jahr 2018 in der DR Kongo ein Konto eröffnet, auf das die Zinsen aus dem in London registrierten und ansässigen Fonds ausbezahlt werden können. Im Geschäftsbericht heißt es dazu, man habe «Schwierigkeiten» gehabt, in Großbritannien ein Konto zu eröffnen, das den Einnahmen Steuerfreiheit garantiere.⁵⁹ Die ersten vorläufigen Finanzbeiträge im Rahmen von einer Million Euro wurden daher von der KfW erst im August 2019 eingezahlt. Vorgesehen sind aus deutschen Steuermitteln insgesamt 15 Millionen Euro. Die Weltbank hat 7,4 Millionen Euro zugesagt, dieser Beitrag steht jedoch noch aus.

Die Finanzierung von Naturschutzvorhaben über Fonds ist an sich nichts Neues. Neu hingegen ist die Einrichtung bestimmter zweckgebundener Fonds an den weltweiten Kapitalmärkten, mit deren Kapital an der Börse spekuliert wird. In welche Art Hedgefonds unter welchen Kriterien da investiert wird – das ist für interessierte Bürger*innen oder Journalist*innen, die wissen wollen, welche Wege diese Gelder nehmen,

⁵³ Vgl. Webseite des Virunga-Nationalparks unter: <https://virunga.org/donate>. ⁵⁴ BMZ/BMU, Biologische Vielfalt, 2018, S. 42. ⁵⁵ Ebd. ⁵⁶ Ebd., S. 38. ⁵⁷ FTNS, Annual Report 2017, Jaunde, 2018, unter: www.fondationtns.org/wp-content/uploads/2019/09/FTNS-ANNUAL-REPORT-2018-ENG-Web_2.pdf. ⁵⁸ Bundesregierung, Antwort auf die Kleine Anfrage «Deutschlands Finanzierung von Schutzgebieten im Kongo-Becken», 2018, S. 6. ⁵⁹ FOCON-Geschäftsbericht für das Jahr 2018, 31.12.2018 (Archiv der Autorin).

nicht mehr nachvollziehbar. Bei konkreten Anfragen mit Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz beauftragt sich die KfW auf das Bankgeheimnis als privatrechtliche Person. Das zentrale Problem dabei: Durch die Nichtoffenlegung der Mittel können nicht nur demokratische und öffentliche Kontrolle, sondern auch gewisse Projektstandards wie zum Beispiel die Einhaltung von Menschenrechten umgangen werden.⁶⁰ In einem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main vom 29. Mai 2019 wird jedoch klargestellt, dass die KfW-Bankengruppe eine Behörde und damit verpflichtet ist, Zugang zu ihren Informationen zu gewährleisten.⁶¹

Simon Counsell, bislang Direktor der britischen NGO Rainforest Foundation UK (RFUK), der sich intensiv mit der zunehmenden Fondsfinanzierung von Umweltprojekten beschäftigt, betrachtet diese Kapitalanlagen generell kritisch: «Die Fonds werden im Grunde genommen genutzt, um das Geld zwischen den Gebern und den Parks zu «waschen», indem Transparenz und demokratische Kontrolle außer Kraft gesetzt werden.»⁶²

2.3 DER NATIONALPARK ALS ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFT

Als Simbabwe Finanzminister Mthuli Ncube im Juli 2019 bekannt gab, dass der Staat seine Nationalparks veräußern wolle, war dies der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich seit Jahrzehnten abzeichnete: die Privatisierung des Naturschutzes in Afrika. «Wir haben entschieden, die ganzen Anteile zu verkaufen oder Joint-Venture-Vereinbarungen einzugehen», erklärte Ncube: «Es gibt traumhafte Orte, aber die Einrichtungen sind heruntergewirtschaftet und wir hoffen, durch diesen Schritt die Effizienz zu erhöhen.»⁶³ Anfang November 2019 unterschrieb Simbawbes Regierung mit der Organisation African Parks (siehe Kapitel 2.5) eine Einverständniserklärung, den Matusadona-Nationalpark mit seinen rund 1.500 Quadratkilometern Fläche zu einer Public-private-Partnership (PPP) umzustrukturieren, um «Naturschutz weiterhin als nachhaltigen Mechanismus für Wachstum, zur Förderung der Tourismusindustrie und zum Wohl der Menschen zu etablieren und gleichzeitig Simbawbes Wildtierbestand zu schützen», erklärte Fulton Mangwanya, Direktor von Simbawbes Parks and Wildlife Management Authority.⁶⁴

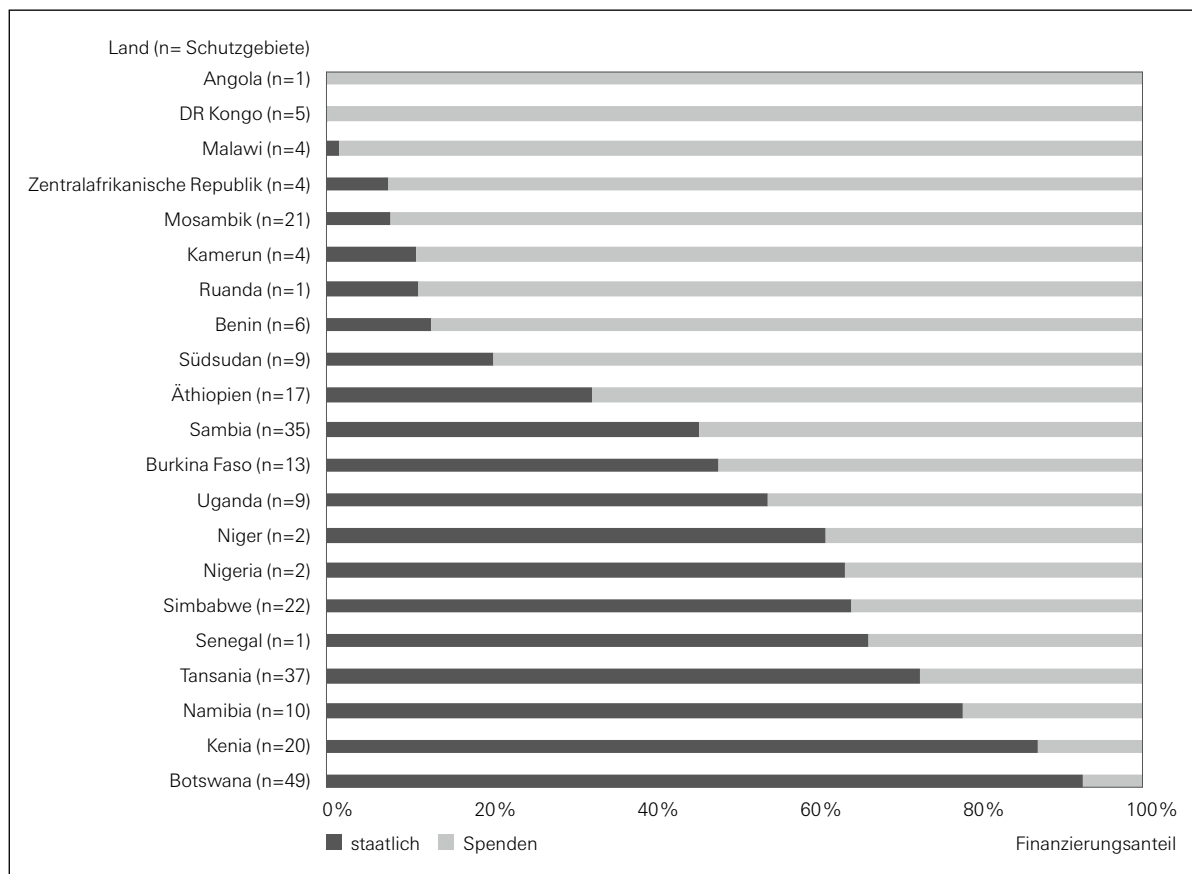
Simbabwe ist das Extrembeispiel eines wirtschaftlich ruinierten und bankrotten Staates, der nun bereit ist, 13 Prozent seiner Landmasse und seines Wildtierbestands zu verhökern. Um einen Teil seiner Staatsschulden an chinesische Staatsbanken abzustottern, verkaufte die Regierung 2019 rund 100 Elefanten an chinesische Zoos. Der Preis pro Elefant lag bei circa 36.000 Euro.⁶⁵ Dies zeigt: Wildtiere haben heutzutage auf dem globalen Kapitalmarkt keinen ideellen, sondern einen realen, finanziellen Wert, der sich quasi mit einem Preisschild versehen lässt. Die Savannenlandschaft eines Parks wird damit zum Anlageportfolio.

Im Rahmen der oben bereits erwähnten BIOFIN-Initiative von UNEP wird versucht, den Wert der Artenvielfalt zu kapitalisieren, um daraus den Artenschutz zu finanzieren. Laut BIOFIN wird der jährliche Marktpreis (Stand 2015) von durch Bienen bestäubte landwirtschaftliche Produkte weltweit auf einen Betrag zwischen 212 und 520 Milliarden Euro geschätzt. Die weltweiten Profite durch die Korallenvielfalt – angefangen vom Tourismus bis hin zur Fischerei – werden mit 27 Milliarden Euro (Stand 2010) bewertet, der Markt für in der chinesischen Medizin genutzte Heilkräuter mit 75 Milliarden Euro. Unter dem Strich macht dies laut BIOFIN einen theoretischen Kapitalwert von 22 Trillionen Euro, den die Artenvielfalt jährlich als «Renewable Natural Assets» (dt. Erneuerbare Natürliche Vermögenswerte) hergibt. UNEP schätzt wiederum den jährlichen Bedarf an Kapital, um Artenschutzvorhaben zu finanzieren, auf 135 bis 400 Milliarden Euro, wovon nur lediglich circa 47 Milliarden Euro bereitgestellt werden, wobei ein Viertel des Betrags aus staatlichen Budgets stammt. UNEP versucht mithilfe von BIOFIN, diese Lücken im Kapitalmarkt zur Erreichung der Aichi-Ziele für 2020 zu kalkulieren.⁶⁶ Sprich: Über diese Ansätze werden nicht mehr rein politische Lösungen im Natur- und Artenschutz angestrebt, vielmehr soll der globale Finanzmarkt in Zukunft zum Erhalt des Planeten beitragen und die Defizite ausgleichen.

Die meisten Staaten des afrikanischen Kontinents sind mit dem Problem der Finanzierung ihrer Schutzgebiete konfrontiert: Vielen Regierungen fehlt die Bereitschaft oder die Kapazität, Geld für den Naturschutz auszugeben. Sie haben nicht einmal genug Steuereinnahmen für Gesundheit und Bildung, investieren ohnehin lieber in Verteidigung und Sicherheit. Zugänge zu internationalen Fördergeldern oder Krediten gibt es vor allem für große Infrastrukturprojekte wie Straßen, Eisenbahnverbindungen, Erdölförderung oder Staudämme – Projekte, die zum Teil in Konkurrenz zu Natur- und Artenschutzgebieten stehen. Die Agenda vieler afrikanischer Regierungen räumt dem Naturschutz deswegen keine hohe Priorität ein, womit für ihn bei den Haushaltsdebatten daher wenig abfällt. Ein gutes Beispiel ist dafür die Regierung der DR Kongo. Die Weltbank berichtete im Haushaltsjahr 2012, dass die Regierung für die Naturschutzbehörde ICCN umgerechnet rund 916.000 Euro vorgesehen habe. Letztlich seien jedoch nur rund 16.000 Euro ausbezahlt worden. Des-

⁶⁰ Telefoninterview mit Simon Counsell, Rainforest UK, 9.5.2019. ⁶¹ Engert, Marcus: Verwaltungsgericht entscheidet nach BuzzFeed-Klage: KfW ist eine Behörde und fällt unter das IFG, BuzzFeed, 13.6.2019, unter: www.buzzfeed.com/de/marcusengert/kfw-ist-behoerde-ifg-verwaltungsgericht-frankfurt. ⁶² Telefoninterview mit Simon Counsell, Rainforest UK, 9.5.2019. ⁶³ Vinga, Alois: Zimbabwe: Govt Puts Zimparks Up for Sale, AllAfrica, 15.7.2019, unter: <https://allafrica.com/stories/201907150351.html>. ⁶⁴ African Parks, African Parks and Zimbabwe Government Partner to Manage and Restore Matusadona National Park, Pressemitteilung, 4.11.2019, unter: www.africanparks.org/african-parks-and-zimbabwe-government-partner-manage-matusadonha. ⁶⁵ Niba, William: Zimbabwe: Govt Offers Elephants and Ivory to China, AllAfrica, 18.5.2019, unter: <https://allafrica.com/stories/201905200480.html>. ⁶⁶ Vgl. BIOFIN, What is Biodiversity Finance?, o. J., unter: www.biodiversityfinance.net/index.php/about-biofin/what-biodiversity-finance.

Abbildung 1:
Anteil der nationalen und internationalen Gelder an der Finanzierung der Schutzgebiete



Quelle: Lindsey, Peter A. u. a.: More than \$ 1 billion needed annually to secure Africa’s protected areas with lions, 2018

wegen muss bis heute ein Großteil notgedrungen von internationalen Gebern finanziert werden.⁶⁷ ICCN gibt bis heute an, dass 91 Prozent des Naturschutzbudgets von ausländischen Partnern stammt.

Der Unterhalt von Schutzgebieten ist extrem kostspielig. In einer 2018 veröffentlichten Untersuchung kalkulierten Forscher*innen das Defizit für Schutzgebiete in Afrika auf bis zu 1,8 Milliarden Euro – pro Jahr! Ihre Ergebnisse aus 23 verschiedenen Ländern Afrikas zeigen, dass rund 90 Prozent der Parks mit einem Budget operieren, das gerade einmal 20 Prozent der Mittel beträgt, die benötigt werden, um den Naturschutz effektiv zu gestalten. Pro Quadratmeter werden jährlich zwischen 350 und 700 Euro benötigt, zur Verfügung stehen allerdings nur 70 Euro, so der Bericht. Dies führe zu einem Aussterben geschützter Tiere aufgrund fehlender finanzieller Mittel.⁶⁸

In den vergangenen Jahrzehnten wurde weltweit stetig über die bestmögliche Finanzierung der Schutzgebiete diskutiert. Einig ist man sich nicht, auch innerhalb Afrikas nicht. Bevor die Regierung Simbawes entschied, den Naturschutz zu privatisieren, versuchte sie, andere Finanzierungsquellen anzuzapfen, indem sie im Juni 2019 bei CITES den Antrag stellte, seine Elfenbeinreserven im Wert von 275 Millionen Euro verkaufen zu dürfen. Dadurch wurde erneut ei-

ne Debatte losgetreten, die so alt ist wie der Naturschutz in Afrika selbst. Tinashe Farawo, Sprecher von Simbawes Wildtierschutzbehörde (ZimParks), argumentiert: Der Erlös würde Geld einbringen, um weitere Schutzmaßnahmen zu finanzieren. Die Zahl der Elefanten habe sich in den vergangenen Jahrzehnten verdoppelt, die Landfläche allerdings nicht. Die Zahl der Tiere müsse damit künstlich durch Abschusslizenzen reguliert werden. Dabei falle legales Elfenbein an, welches Einkommen generieren könne.⁶⁹ Damit reiht sich das Land in die Riege seiner Nachbarn Sambia, Südafrika, Botswana und Namibia ein, die mit rasch wachsenden Elefantenbeständen umgehen müssen und schon seit Jahrzehnten von CITES verlangen, den zwischenstaatlichen und zertifizierten Elfenbeinhandel wieder zuzulassen. CITES hatte 1986 begonnen, den Elfenbeinhandel mit zertifizierten Dokumenten zu

⁶⁷ Weltbank, Democratic Republic of Congo – Additional Financing for National Parks Network Rehabilitation Project, 14.11.2013, unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/917761468246349141/Democratic-Republic-of-Congo-Additional-Financing-for-National-Parks-Network-Rehabilitation-Project>. ⁶⁸ Lindsey, Peter A. u. a.: More than \$ 1 billion needed annually to secure Africa’s protected areas with lions, in: Proceedings of the National Academy of Sciences 2018, unter: www.pnas.org/content/pnas/115/45/E10788.full.pdf. ⁶⁹ AFP, Zimbabwe demands right to sell \$ 300m of ivory to fund game reserves, in: The East African, 11.6.2019, unter: www.theeastafrican.co.ke/news/africa/Zimbabwe-ivory/4552902-5154284-2rd7wg/index.html.

kontrollieren. Mit sinkender Nachfrage und sinkenden Preisen sollte der Wilderei Einhalt geboten werden, so die Idee.⁷⁰ Doch Recherchen der Environmental Investigation Agency (EIA) beweisen, dass trotz der Zertifikate weiterhin mit Elfenbein gehandelt wurde – oft sogar mit falschen Papieren «gewaschen» wurde.⁷¹ Letztlich entschied die Mehrheit der CITES-Mitglieder 1989, Elefanten in die Liste der absolut geschützten Arten aufzunehmen und damit den Handel mit Elfenbein komplett zu verbieten. Damit fielen die Preise für Elfenbein zwar in den Keller, die Wilderei konnte allerdings nicht eingedämmt werden.

Seitdem betreiben die südafrikanischen Staaten Lobbyarbeit, um das Verbot teilweise aufzuheben oder den Handel unter neuen Regeln wieder zuzulassen. Als Experiment wurde 1997 und 2006 der Verkauf von Elfenbeinbeständen aus Simbabwe nach Japan erlaubt. Doch mit begrenztem Erfolg. Bereits beim weltweiten CITES-Gipfel in Südafrika 2016 war die Diskussion um einen legalen Elfenbeinhandel erneut hochgekocht. Die Mehrheit der Mitglieder war gegen eine Aufweichung des Verbots. Kenia stellte sich an die Spitze der Gegner dieser Idee und verbrannte, wie bereits in der Einleitung erwähnt, symbolisch Stoßzähne im Wert von rund 90 Millionen Euro – eine Kampfansage. Kenias Präsident Kenyatta betonte: «Für uns ist das Elfenbein wertlos, außer es befindet sich an unseren Elefanten.»⁷² CITES lehnte im August 2019 bei seiner Jahreskonferenz all die Vorschläge zum legalen Elfenbeinhandel vehement ab.⁷³ Simbabwes Regierung drohte daraufhin, aus dem 1963 aufgesetzten Washingtoner Artenschutzabkommen auszusteigen.

Trotz internationaler Kritik und der CITES-Übereinkunft entschied Botswana im Mai 2019, die Jagd auf Elefanten wieder zuzulassen, um Einkommen aus regulierten Abschusslizenzen zu generieren. Die Elefantenpopulation in Botswana sei nicht in Gefahr; im Gegenteil. Die Zahl habe sich in den vergangenen 30 Jahren mehr als verdoppelt, so das Umweltministerium: Sie sei «weit größer als Botswanas zerbrechliche Umwelt, die bereits unter Dürre und Folgen des Klimawandels leidet, sicher verkraften kann», heißt es in der Presseerklärung.⁷⁴ Wichtig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die extreme Trockenheit, die 2019 im südlichen Afrika herrschte. Die Dürre führt zunehmend zu Konflikten zwischen Wildtieren und Menschen um Wasserquellen und Ernteeinkünfte. Die Regierung wollte die Bevölkerung bevorzugen und die Tiere dezimieren, Umweltschützer*innen weltweit gingen jedoch gegen dieses Vorhaben auf die Barrikaden, allen voran die Naturschutzorganisation IUCN.⁷⁵ Hingegen kommen Forscher*innen wie der Tourismusprofessor Peet Van Der Merwe nach Untersuchungen vor Ort zu dem Schluss, dass Trophäenjäger*innen weitaus mehr Geld ausgeben als Tourist*innen. Die Jagd würde sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung rund um die Parks auswirken.⁷⁶

2.4 «WILDTIERE SIND DAS NEUE ÖL» – DAS PROFITDILEMMA

Im Spannungsfeld zwischen den Interessen des Naturschutzes und dem Finanzierungsdilemma steht also stets die Frage, wie sich am meisten Geld aus den zu schützenden Gebieten extrahieren lässt. Der Betrag, den der Unterhalt eines Schutzgebietes kostet und der beispielsweise durch Einnahmen aus Eintrittsgebühren in den Nationalpark oder aus der Trophäenjagd generiert werden kann, wird von lokalen Regierungen mitunter mit den Profiten aufgewogen, die durch die Exploration der natürlichen Ressourcen wie Erdöl oder Mineralien aus den Gebieten gewonnen werden könnten. Die meisten afrikanischen Regierungen stellen sich konkret die Frage: Wie lassen sich auf dieser Landfläche die größten Profite erzielen? Im Sommer 2019 entschied beispielsweise die tansanische Regierung, das Selous-Reservat zu teilen und den einen Teil zum Nationalpark zu deklarieren, den anderen Teil aber für den Bau eines Staudamms zur Energiegewinnung als Schutzgebiet aufzugeben. Die vom Westen finanzierten Naturschutzmaßnahmen stehen in Afrika in unmittelbarer Konkurrenz zu Infrastrukturprojekten, die die afrikanischen Regierungen für ihre wirtschaftliche Entwicklung gegebenenfalls als prioritär definieren.

«Wildlife ist das neue Öl»,⁷⁷ argumentiert in diesem Zusammenhang der Brite Michael Keigwin, Gründer und Direktor der NGO Uganda Conservation Foundation (UCF) und einer der führenden Entscheidungsträger in Ugandas Wildtiersektor.⁷⁸ Der ehemalige Offizier, ausgezeichnet 2017 von der britischen Queen für sein Engagement für die Elefanten in Ostafrika, entstammt einer einflussreichen Familie, die bereits zu Kolonialzeiten in Ostafrika Nationalparks gegründet und verwaltet hat. Neben seinem Engagement in der NGO ist der promovierte Elefantenforscher Lobbyist im Hotelgewerbe sowie Vermittler zwischen lokalen Behörden, wie der Wildtierschutzbehörde UWA, und internationalen Gebern. Sein Bruder arbeitet für die französische Ölfirma TOTAL, die im ugandischen Murchison-Falls-Nationalpark zwischen den Weidegebieten von Büffeln und Giraffen Erdöl pumpt. Jahrelang war in Uganda gestritten worden, ob Firmen

⁷⁰ CITES, Convention on International Trade of Endangered Species of Wild Fauna and Flora, Sixth Meeting of the Conference of the Parties, Ottawa, 24.7.1987, unter: <https://cites.org/sites/default/files/eng/cop/06/doc/E06-21.pdf>. ⁷¹ EIA – Environmental Investigation Agency: How Ivory Hanks destroyed Africa's Elephants and Drives Japan's illegal Ivory trade, 2018, unter: https://content.eia-global.org/posts/documents/000/000/788/original/EIA_Hanko_Report_Final_HiRes.pdf?1539140961. ⁷² Nuwer, Rachel: Kenya Sets Ablaze 105 Tons of Ivory, in: National Geographic 30.4.2016, unter: <https://news.nationalgeographic.com/2016/04/160430-kenya-record-breaking-ivory-burn/>. ⁷³ Pro Wildlife e. V., Krachende Absage an Lockerung des Elefantenschutzes, Pressemitteilung, Genf/München, 22.8.2019. ⁷⁴ Botswana Ministry of Environment, Natural Resources Conservation and Tourism: Why we lifted the ban on Elephant Hunting, Presseerklärung, 25.5.2019, unter: https://web.facebook.com/www.mewt199.co.bw/?__tn__=%2Cd%2CP-R&eid=ARCVxEk6vwNsm2Fggw1qBigUumWGP_ybkw7y4gv-onQbApu5DTsBhSFL5U3joaEYPQ3OKklvdtP2-c0yD. ⁷⁵ IUCN, Informing decisions on trophy hunting, IUCN-Briefing Paper, April 2019, unter: https://www.iucn.org/sites/dev/files/iucn_sept_briefing_paper_-_informingdecisions_trophyhunting.pdf. ⁷⁶ Merwe, Peet Van Der: Counting the contribution of hunting to South Africa's economy, in: The Conversation, 15.11.2018, unter: <https://theconversation.com/counting-the-contribution-of-hunting-to-south-africas-economy-106715>. ⁷⁷ Interview mit Michael Keigwin, Gründer von UCF, Kampala, Uganda, 24.3.2019. ⁷⁸ Ebd.

im Park das Erdöl anzapfen dürfen. Die Regierung versprach sich davon in den nächsten Jahrzehnten Milliardenereinnahmen. Umweltschützer*innen und Tourismusunternehmer*innen waren dagegen, denn die Förderung würde die Wildtiere stressen. Chinesische, britische und französische Ölkonzerne versprachen deswegen, die Produktion umweltverträglich zu gestalten und den Naturschutz finanziell zu unterstützen. Letztlich entschied die ugandische Regierung, ein Experiment zu wagen und die Ölförderung inmitten des Nationalparks zuzulassen: Sie brauchte das Geld.⁷⁹

Keigwin war skeptisch, ob sich der Schutz der Tiere und deren Lebensraum mit der industriellen Ölförderung vereinbaren ließe. Mittlerweile bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen: Safari-Unternehmen und Wildtierschützer*innen klagen, die zahlreichen Lastwagen, die voll beladen durch den Murchison-Falls-Nationalpark holpern, störten die Wildtiere. Keigwin beschwert sich über eine neu gebaute Straße für die Öltransporter, die den Migrationskorridor der Elefanten unterbricht. Er ist sich sicher, dass der Ökotourismus in Nationalparks langfristig mehr Profite abwerfen würde als Erdöl: «Wenn der Sektor gut gemanagt wird», wendet er ein. Doch genau das sei in Uganda nicht der Fall. Die Eintrittsgebühren, die die UWA von den Tourist*innen verlangt, reichen gerade aus, um die Gehälter der Parkwächter*innen zu bezahlen. «Die Regierung will kein Geld ausgeben, um die Infrastruktur zu erneuern», so Keigwin. Er spricht von Patrouillenfahrzeugen, Benzin, Funkgeräten, Ausstattung, Drohnen, Trainings – all dies müsse von internationalen NGOs wie seiner Stiftung UCF gespendet werden. Die meisten westlichen Geber, darunter die britische Regierung, die ein Hauptgeber der UCF ist, würden «ein paar Tausend Euro pro Jahr geben», dabei benötigten die Parks eine «Start-up-Finanzierung von einigen Millionen Euro, um in Zukunft nachhaltig wirtschaftlich zu sein».⁸⁰

Laut den 19 Autor*innen der oben genannten Studie über den Finanzierungsbedarf der Schutzgebiete gibt es zwei Lösungen für das Problem: Entweder müssten westliche Sponsoren, darunter auch die Weltbank, noch mehr finanzielle Verantwortung übernehmen, um den Naturschutz aufrechtzuerhalten. Afrika erhalte derzeit 46 Milliarden Euro an «Entwicklungshilfe» pro Jahr, so die Studie. Würden davon nur zwei Prozent in den Naturschutz fließen, ließe sich die Krise abwenden.⁸¹ Die andere, nachhaltigere Möglichkeit sei hingegen die Umsetzung des Ökotourismus-Modells in den Nationalparks, schlussfolgert die Studie. Damit könne man auch afrikanische Regierungen von der Rentabilität des Naturschutzes überzeugen, da das Konzept langfristig Profite erziele. Der Tourismussektor in Subsahara-Afrika sei eine «Milliardenindustrie», er schaffe sechs Millionen Arbeitsplätze und fördere dadurch die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Gebieten, meist im Umfeld der Parks, argumentieren die Wissenschaftler*innen.

Ein Arbeitspapier der Naturschutzorganisation Space for Giants schätzt, dass der Umsatz aus dem Tourismussektor in Subsahara-Afrika von rund 113 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 240 Milliarden Euro im Jahr 2030 zunehmen wird. Bis dahin soll die Zahl der Tourist*innen in Afrika auf 134 Millionen steigen.⁸² Die UN-Tourismusorganisation (UNWTO) geht davon aus, dass 80 Prozent der Tourist*innen zur Wildtiersafari nach Afrika reisen.⁸³ Das Problem: Die Branche sei in den meisten Ländern unterentwickelt – es müssten zuerst gewaltige Investitionen in Hotels, Straßen und Flugplätze getätigt werden. Doch wo könnte eine solche Startfinanzierung herkommen?

2.5 «EIN GESCHÄFTSMODELL FÜR DEN NATURSCHUTZ» – DIE WIN-WIN-SITUATION

«Ein einziger Mensch – zugegebenermaßen ein sehr wohlhabender – könnte buchstäblich die Lösung für die Herausforderungen eines ganzen Kontinents darstellen», kommentierte Peter Fearnhead, Geschäftsführer der NGO African Parks die bereits erwähnte Studie über den Finanzierungsbedarf und kommt zum Fazit: «Das macht Hoffnung.»⁸⁴

Fearnhead meinte mit diesem «einzigem Menschen» seinen guten Freund, den niederländisch-britischen Milliardär Paul Fentener van Vlissingen. Bei seinem Tod 2006 galt er als einer der reichsten Europäer. Seine niederländische Familie war im 19. Jahrhundert mit einem Schifffahrtsunternehmen wohlhabend geworden. Der bekannte Klimaaktivist und Tierliebhaber unterhielt in den 1990er Jahren in Schottland ein Modell-Wildtierschutzgebiet und ging in Afrika auf Großwildjagd. Sein größter Coup gelang ihm 1998 in Südafrika, wo er in den 1980er Jahren einen Großteil seines Kapitals in Unternehmen investiert hatte, die das Apartheidregime unterstützten. Als der Freiheitskämpfer Nelson Mandela an die Macht kam, musste Vlissingen seine Anlagemodelle ändern und liebäugelte mit dem Naturschutz: Die Nationalparks befanden sich in einem miserablen Zustand, die Regierung war pleite. Die Frage stand im Raum, ob sie überhaupt zu erhalten seien.

Mandela erklärte van Vlissingen bei einem Treffen 1998, dass die sozialen Bedürfnisse der Menschen wichtiger seien als der Artenschutz. Daraufhin schlug Vlissingen dem Präsidenten vor: «Der Staat könnte Expertise, Wissenschaftler und Tiere von anderen Parks und Ländern beschaffen, während ich die Verwaltung

⁷⁹ Ssekika, Edward: Ugandan firms to bid for oil licences, in: The Observer, 25.11.2012, unter: www.observer.ug/index.php?option=com_content&view=article&id=22261%3Augandan-firms-to-bid-for-oil-licences&Itemid=96. ⁸⁰ Interview mit Michael Keigwin, Gründer von UCF, Kampala, Uganda, 24.3.2019. ⁸¹ Lindsey, Peter A. u. a.: More than \$ 1 billion needed annually to secure Africa's protected areas with lions, 2018. ⁸² Space for Giants, Building a wildlife Economy, Working Paper 1, Developing Nature-Based Tourism in Africa's State Protected Areas, 2019, unter: <https://spaceforgiants.org/wp-content/uploads/2019/06/Building-Africas-Wildlife-Economy-Space-for-Giants-Working-Paper-1.pdf>. ⁸³ UNWTO, Towards Measuring the Economic Value of Wildlife Watching Tourism in Africa, Briefing Paper, 2014, unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1882unwtowildlifepaper.pdf>. ⁸⁴ Nuer, Rachel: In Africa, «Paper Parks» Are Starved for Cash, in: The New York Times, 22.10.2018, unter: www.nytimes.com/2018/10/22/science/africa-conservation-parks-funding.html.

Abbildung 2:
Schutzgebiete unter Verwaltung von African Parks



Quelle: African Parks, Geschäftsbericht, November 2018, S. 3,
unter: www.africanparks.org/sites/default/files/uploads/resources/2018-11/20181029_African%20Parks%20Booklet_Update_V18_General%20Booklet_Web_English_Single%20Pages.pdf

und den Willen mitbringe, es zu realisieren.»⁸⁵ Mandela willigte ein. «Ich strebe nicht nach Wohlstand, sondern ich will etwas Gutes für den Planeten und die Menschheit tun», erklärte van Vlissingen sein Engagement.⁸⁶

Es war die Geburtsstunde von African Parks, dem größten, quasi privatwirtschaftlich verwalteten Naturschutzunternehmen auf dem Kontinent. Das im Jahr 2000 in Johannesburg gegründete, gemeinnützige Unternehmen ging aus van Vlissingens Firma African Parks Management and Finance Company hervor, die er damals zur Stiftung umstrukturierte und dieses Modell in ganz Afrika vermarktete.⁸⁷ Mittlerweile verwaltet African Parks 16 Naturschutzgebiete in zehn Ländern als PPPs mit einer Gesamtfläche von über zehn Millionen Hektar (Stand: November 2019). Bis 2020 will African Parks 20 Nationalparks auf dem Kontinent betreuen: «African Parks hat ein klares Geschäftsmodell», heißt es auf der Internetseite, mit einem «starken Fokus auf wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung in den umliegenden Gemeinden, um sicherzugehen, dass der Park langfristig ökologisch, sozial und finanziell nachhaltig ist».⁸⁸

Knapp 20 Jahre später ist van Vlissingens PPP-Modell in Afrika quasi zum Standard geworden. Im Juni 2019 kamen in Simbabwe an den Victoriafällen afrikanische und internationale Staats- und Regierungschefs, Geschäftsleute, Wissenschaftler*innen und Gemeindevertreter*innen für den African Wildlife Economy Summit zusammen. Unter Schirmherrschaft des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) sowie der Afrikanischen Union (AU) erklärte Simbawwes Präsident Emmerson Mnangagwa in seiner Eröffnungsrede den Gipfel zum Auftakt der «African Wildlife Economy Initiative» – eine «afrikanisch angeführte Vision von Naturschutz, die den Privatsektor mit staatlichen Stellen und lokalen Gemeinden verbindet, um Naturschutz-kompatible Investitionen zu entwerfen und zu finanzieren, die nachhaltige wirtschaftliche und ökologische Profite für die Länder, die Menschen und die Umwelt ausschütten».⁸⁹ Joyce Msuya, tansanische Umweltforscherin und Vizeschäftsführerin von UNEP, erklärte in ihrer Rede: «Wir müssen eine neue und effektive Wildtierwirtschaft aufbauen.»⁹⁰

Die von African Parks als PPP verwalteten Schutzgebiete haben in den vergangenen Jahren zunehmend marktwirtschaftliche Strategien übernommen: Sie entwerfen Logos und Slogans, machen weltweit Werbung, um «Kund*innen» anzuziehen. Als Beispiele, wo dieser Ansatz funktioniert, gelten Kenia und Ruanda. Letzteres war vor 25 Jahren noch ein von Bürgerkrieg und Völkermord vollkommen zerstörtes, bettelarmes Land: Heute erwirtschaftet Ruanda 15 Prozent seines Bruttosozialprodukts aus dem Tourismus.⁹¹ Um dies zu erreichen, wurden folgende Maßnahmen eingeleitet: Die vier ruandischen Nationalparks wurden direkt der Investmentbehörde Rwanda Development Board (RDB) unterstellt. Die Regierung investierte 34 Millionen Euro in einen Werbedeal mit dem englischen Fußballklub Arsenal, um Tourist*innen anzulocken. Die

Eintrittsgebühren für den Gorillabesuch im Volcanoes-Nationalpark, einem Nachbarpark des kongolesischen Virunga, wurden im Jahr 2017 erhöht: von 343 Euro auf 1.375 Euro pro Person. Zahlreiche Luxus-Lodges wurden gebaut, meist mit Hubschrauberlandeplatz. Sie werben mit Übernachtungskosten von 1.250 Euro pro Person – «persönlicher Butler inklusive», heißt es auf der Webseite der Virunga-Lodge im Volcanoes-Nationalpark.⁹²

Für den Akagera-Nationalpark im Süden des Landes ist das RDB im Jahr 2009 mit African Parks eine Partnerschaft eingegangen und hat den Park als PPP aufgesetzt. African Parks hat in den vergangenen Jahren in den dortigen Wildtierbestand investiert: 2015 wurden aus Südafrika Löwen eingekauft, 2017 kamen 18 schwarze Nashörner dazu. Mittlerweile rühmt sich der Park wieder für seine «Big Five»-Safaritouren – unter Wildtierliebhaber*innen ein wichtiges Kriterium.⁹³ So generierte der Akagera-Park in Ruanda im Jahr 2018 rund 1,8 Millionen Euro an Einnahmen.⁹⁴ Der Park könne sich mittlerweile zu 75 Prozent selbst finanzieren, heißt es auf der Webseite. In nur wenigen Jahren würde der Park sogar Gewinne abwerfen.⁹⁵

Die Stiftung African Parks erhält einen Großteil ihrer Gelder von westlichen Philanthrop*innen, wie dem US-amerikanischen Milliardär Howard Buffett, oder aus van Vlissingens eigenem Stiftungskapital. Aber auch die EU zählt zu den Gebern. Der Jahresumsatz von African Parks betrug 2018 rund 55 Millionen Euro, wovon rund 20 Prozent von der EU investiert wurden.⁹⁶ Dem Geschäftsbericht von 2018 zufolge unterhält die NGO rund 1.000 bewaffnete Ranger*innen, die bisher rund 800 Menschen verhaftet und angeklagt haben. African Parks hat 278 Schulen gebaut, über 80.000 Menschen eine Krankenversicherung ermöglicht, 4.800 Arbeitsplätze geschaffen und 4,3 Millionen Euro Einkommen für die jeweiligen Staatshaushalte erwirtschaftet.⁹⁷ Sprich: African Parks übernimmt in seinen Schutzgebieten nicht nur das Management des Naturschutzes, um langfristig Profite zu erzielen, sondern auch fundamentale staatliche Aufgaben wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Strafverfolgung.

Der Virunga-Park im Ostkongo ist zwar nicht unter Verwaltung von African Parks, hat aber das PPP-Modell kopiert. Die «Unabhängige Republik Virunga» nennen Kongoles*innen den Nationalpark – zu Recht.

⁸⁵ Mbaria/Ogada: The Big Conservation Lie, 2017, S.167 f. ⁸⁶ Ebd., S. 169. ⁸⁷ African Parks, A Business Approach to Conservation, 13.1.2016, unter: www.youtube.com/watch?v=JvrxVD0-5sY. ⁸⁸ Vgl. Webseite von African Parks unter: www.africanparks.org/about-us/our-story. ⁸⁹ UNEP, Wildlife Economy Summit to launch African-led vision for conservation, Pressemitteilung, 23.6.2019, unter: www.unenvironment.org/news-and-stories/press-release/wildlife-economy-summit-launch-african-led-vision-conservation. ⁹⁰ Ebd. ⁹¹ Space for Giants, Building a Wildlife Economy, 2019, S. 12. ⁹² Vgl. Webseite der Virunga-Lodge unter: <http://volcanoessafaris.com/virunga-lodge-rwanda/>. ⁹³ Zu den «Großen Fünf» gehören Elefant, Nashorn, Büffel, Löwe und Leopard. ⁹⁴ Karuhanga, James: Rwanda: Akagera Park Records 20 Per Cent Growth in Revenue, in: The New Times, 10.1.2019. ⁹⁵ Vgl. Profil des Akagera-Nationalparks in Ruanda auf der Webseite von African Parks unter: www.africanparks.org/the-parks/akagera. ⁹⁶ African Parks, Unlocking the value of protected areas, Annual Report, 2018, S. 108, unter: www.africanparks.org/sites/default/files/uploads/resources/2019-06/AFRICAN%20PARKS%20-%202018%20Annual%20Report%20-%20Full%20-%2005062019%20-%20Digital_0.pdf. ⁹⁷ Ebd., S. 21.

Denn mittlerweile ist der Park mit seinen Wasserkraftwerken, seinen Kaffee- und Palmölplantagen sowie einer eigens geschulten Strafverfolgungsbehörde zu einem «Staat im Staat» mutiert. Und genau das war das Ziel von Emmanuel de Merode, dem Chef des Virunga-Nationalparks, der im Jahr 2015 auch Geschäftsführer der sogenannten Virunga-Alliance wurde. Der Belgier rechnete damals vor: Durch den Wegfall des fruchtbaren Ackerlandes würden der Bevölkerung rund 550 Millionen Euro Einnahmen pro Jahr entgehen.⁹⁸ «Was wir hier also haben, ist ein extremer Fall von Ungerechtigkeit, den es auszugleichen gilt», so de Merode. Der einzige Weg, diese Ungerechtigkeit auszugleichen, sei «ungefähr denselben Betrag aus dem Nationalpark durch Tourismus zu generieren».⁹⁹

Auf der Internetseite präsentiert die Virunga-Alliance ihre Zehnjahresziele wie ein simples mathematisches Rechenispiel: Jedes Megawatt erzeugter Strom würde 1.000 Arbeitsplätze schaffen, heißt es dort. In zehn Jahren würden also 100.000 Jobs entstehen. Kongos Jugend würde dann nicht mehr zur Waffe greifen – und damit würde in dem Land Frieden einkehren, so die Idee. Wenn zusätzlich 28.000 Tourist*innen pro Jahr den Virunga-Park besuchten, dann leiste dies einen Beitrag von bis zu einer Milliarde Euro zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das Versprechen an die rund vier Millionen Kongoles*innen, die im Umkreis des Parks leben, lautet: Ein Drittel der Einnahmen soll in die Entwicklung ihrer Gemeinden fließen.

Doch bis heute hinkt der Virunga-Park seinen selbst gesteckten Zielen weit hinterher: Laut eigenen Angaben sind bis Ende 2017 lediglich 13.000 Jobs entstanden, nur circa 3.000 Kongoles*innen seien direkt vom Park angestellt, ein Großteil als Ranger*innen. 2018 seien nur rund 500 Tourist*innen gekommen, wodurch nur ein kleiner Prozentsatz der kalkulierten Eintrittsgelder tatsächlich eingenommen wurde. Die Allianz stand Anfang 2019 kurz vor dem Bankrott. Sie ist derzeit ein Zuschussgeschäft, das von der EU finanziert wird.

Dieser neoliberale Ansatz, der Naturschutz zum Geschäftsmodell erklärt, ist nicht unumstritten: Akademiker*innen der Sheffield Universität haben mithilfe von EU-Recherchegeldern die Forschungsgruppe BioSec gegründet, die die neuen Naturschutzkonzepte kritisch beleuchtet. Die führenden BioSec-Professor*innen Dan Brockington und Rosaleen Duffy

kritisieren in ihrem Aufsatz «Capitalism and Conservation» (2010), dass der Kapitalismus im Zeitalter der Industrialisierung die Natur zerstört habe. Insofern sei es «schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, dass er [der Kapitalismus] eine Lösung des Problems darstellt». Sie stellen ganz grundsätzlich die Idee infrage, dass man Naturschutz «verkaufen» müsse, um ihn zu betreiben.¹⁰⁰

Unter westlichen Regierungsakteuren und NGOs herrscht die Annahme vor, dass Tourismus langfristig zur wirtschaftlichen Entwicklung der afrikanischen Länder beitrage. In einer 2018 veröffentlichten Broschüre des BMZ wird der weltweite Tourismussektor als einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektoren weltweit charakterisiert, noch vor der Automobilindustrie. Über elf Millionen Deutsche reisen laut BMZ mindestens einmal im Jahr in ein sogenanntes Entwicklungs- oder Schwellenland. Sie tragen dort 19 Milliarden Euro zum BIP bei und sichern rund 1,8 Millionen Arbeitsplätze.¹⁰¹ Dass mit dieser Idee, über den Tourismus wirtschaftliche Entwicklungen zu garantieren, auch Nachteile verbunden sind, wird vom BMZ nicht einkalkuliert. Wichtig zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang unter anderem die CO₂-Emissionen, die durch Langstreckenflüge und Safarireisen anfallen, sowie der Bedarf an Sicherheit, der von den afrikanischen Regierungen bereitgestellt werden muss, um Tourismus möglich zu machen. Der ugandische Geheimdienst investiert beispielsweise in Überwachungstechnologien, um den Tourismussektor vor Terrorangriffen zu schützen. Jean Byamugisha, Geschäftsführerin des ugandischen Hotelverbands, erklärt: Die Hotels und Lodges in den zwölf Nationalparks Ugandas stellen rund 1.500 Zimmer zur Verfügung, von denen durchschnittlich jedoch nur zehn Prozent belegt sind. Jenseits der Hauptsaison in den Weihnachts- und Sommerferien stehen die Hotels meist leer, schließen daraufhin oft komplett und bieten daher keine sicheren Arbeitsplätze. Im Wahljahr 2016, als es in Uganda vermehrt zu Straßenschlachten zwischen Polizei und Oppositionellen kam, lag die Belegungsrate gerade einmal bei sieben Prozent.¹⁰² Gleichzeitig baute die Regierung jedoch Touristenstraßen in den Parks aus und förderte eine neue staatliche Fluggesellschaft – was zur enormen Verschuldung des Landes beitrug.

⁹⁸ Interview Emmanuel de Merode, Direktor des Virunga-Nationalparks, Goma, DR Kongo, 15.2.2015. ⁹⁹ Ebd. ¹⁰⁰ Brockington, Dan/Duffy, Rosaleen: Capitalism and Conservation – The Production and Reproduction of Biodiversity Conservation, in: *Antipode* 5/2010, S. 469–484, unter: www.researchgate.net/publication/229452600_Capitalism_and_Conservation_The_Production_and_Repoduction_of_Biodiversity_Conservation. ¹⁰¹ BMZ, Tourismus in der Entwicklungszusammenarbeit, Berlin 2018. ¹⁰² Interview mit Jean Byamugisha, Uganda Hotel Owner Association, Kampala, Uganda, 14.2.2019.

3 DER KRIEG GEGEN DIE WILDEREI – DIE MILITARISIERUNG DES NATURSCHUTZES

«Es ist Krieg da draußen», beurteilt Michael Keigwin, Ugandas führender Elefantenforscher und Gründer von UCF, die Situation zwischen Ranger*innen und Wilder*innen. Im Queen-Elisabeth-Nationalpark war ein Elefant erlegt worden. Tagelang war der ehemalige britische Elitesoldat mit einer Rangereinheit durch den Busch marschiert, um die Spuren der Wilder*innen ausfindig zu machen. «Wir sind auf dem Kampfpfad», schrieb er von seiner Mission per SMS. «Wir werden sie kriegen – wir bringen sie alle um», drohte er später.¹⁰³ Wer mit Afrikas Naturschützer*innen spricht, der wird oft das Gefühl nicht los, in den Parks sei der Krieg in vollem Gange.

Der Vorfall geschah im Februar 2019. Es war das erste Mal seit zwei Jahren, dass in Uganda ein Elefant wegen seines Elfenbeins getötet worden war. Der Notstand, der von Naturschützer*innen in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Elefantenbestände ausgerufen wurde, wird also nach wie vor als Realität verkauft, auch wenn dies nicht mehr den Tatsachen entspricht. Internationale Naturschutz-NGOs geben einen nicht geringen Teil ihrer Gelder dafür aus, Aufmerksamkeitskampagnen zu lancieren, die das Bedrohungsszenario aufrechterhalten – ein typisches Instrument der psychologischen Kriegsführung.

Trotz des Zwischenfalls rühmt sich Ugandas Wildtierschutzbehörde UWA wiederum, den sogenannten Krieg gegen die Wilderei gewonnen zu haben. «Bis 2016 hatten wir ein großes Problem mit der Wilderei für Elfenbein, sie benutzen nicht nur Speere, sondern auch Gewehre», erläutert Eduard Asalu, Direktor des Queen-Elisabeth-Nationalparks. Doch 2016 sei das von CITES aufgelegte und von der EU finanzierte Projekt MIKE in Uganda eingeführt worden. «Damit konnten wir dann unsere Ranger losschicken, die den Elefantenherden gefolgt sind. Wer auch immer die Elefanten jagen wollte, traf auf unsere Ranger. Jetzt haben wir Frieden. Wir sitzen hier monatelang, ohne einen einzigen Schuss zu hören. Früher hörten wir sie täglich.»¹⁰⁴

Es ist eine gute Nachricht: CITES meldete 2017 zum ersten Mal seit Jahrzehnten einen Rückgang der Wilderei für Elfenbein auf dem afrikanischen Kontinent, vor allem in den Ländern Ostafrikas, die aufgrund der direkten Schifffahrtsverbindungen nach Asien am meisten betroffen waren. Laut Schätzungen von IUCN starben in Subsahara-Afrika in der Zeit von 2006 bis 2016 über 111.000 Elefanten. Die Hochphase der Elefantenjagd war im Jahr 2011. Seit 2016 liegen die Zahlen der getöteten Elefanten zum ersten Mal wieder unter dem Wert von 2008.¹⁰⁵ Seitdem nehmen die Bestände in den meisten Ländern, auch in Uganda, wieder zu. Ein Anstieg der Population lässt sich auch bei den Berggorillas verzeichnen. Ende 2011 vermeldete IUCN, dass sich die Zahl der Gorillas so sehr vermehrt habe, dass sie nicht mehr unter die Kategorie *critically*

endangered, sondern nun nur noch unter *endangered* fallen.¹⁰⁶

Tansania war bislang von der Wilderei am meisten betroffen, besonders das Selous-Reservat. Dort war die Zahl der Elefanten 2011 auf einen alarmierenden Bestand zurückgegangen. Der 2016 vom WWF veröffentlichte Bericht «Saving Selous» vermeldete einen Rückgang um 90 Prozent in den vergangenen vier Jahrzehnten. Wenn die Wilderei so weiterginge, seien die Elefanten bis zum Jahr 2022 ausgerottet.¹⁰⁷

Die Ursachen für die massive Elefantenwilderei sind vielfältig und komplex. Und: Sie sind nicht nur in Afrika selbst zu suchen, sondern weltweit. Der Elfenbeinhandel war schon immer Teil des Welthandels, es ist ein nachfrageorientiertes Geschäft.

Masegeri Rurai, Projektmanager der ZGF im Serengeti-Nationalpark, erinnert sich an die Nullerjahre, als Tansania sich wirtschaftlich für Investoren aus China öffnete, die große Infrastrukturprojekte im Landesinneren bauten. Mit dem zunehmenden chinesischen wirtschaftlichen Engagement in Ostafrika stieg auch die Nachfrage nach Elfenbein auf dem gesamten Kontinent. «Die Wilderer organisierten sich damals, plötzlich trugen sie Maschinengewehre statt Pfeil und Bogen», berichtet Rurai. Der Tansanier ist in einem Dorf am Rande der Serengeti aufgewachsen und erinnert sich heute noch an das letzte Nashorn, das in seiner Heimatregion in den späten 1990er Jahren erschossen wurde. «Die Regierung hat die örtlichen Gemeinden beschuldigt, Teil des Problems zu sein – dabei war das für sie einfach nur schnelles Geld», so Rurai.¹⁰⁸ Johannes Kirchgatter, im WWF Deutschland für Ostafrika zuständig, erklärt in diesem Zusammenhang, die Wilder*innen hätten sich infolge der Nachfrage gut ausgerüstet, auch mit Nachtsichtgeräten und Maschinengewehren. «Es waren, wie gesagt, keine armen Bauern, die versuchen, sich ihr Abendbrot ein bisschen aufzubessern oder sich vor dem Verhungern zu retten», so Kirchgatter: «Das ist wirklich eine Mafia mit hohen Gewinnspannen.»¹⁰⁹

Das zentrale Argument der internationalen Naturschutzorganisationen für die Notwendigkeit der Ausrüstung der nationalen Wildtierbehörden Afrikas war in den vergangenen Jahren stets: Die Wilder*innen hätten sich hochgerüstet. Über 1.000 Ranger*innen seien in Afrika und Asien im vergangenen Jahrzehnt getötet worden, so eine Erhebung von IUCN aus dem

¹⁰³ Interview mit Michael Keigwin, Gründer von UCF, Kampala, Uganda, 24.3.2019. ¹⁰⁴ Interview mit Eduard Asalu, Direktor des Queen-Elisabeth-Parks, Uganda, 22.1.2019. ¹⁰⁵ CITES, African elephant poaching down, 2017. ¹⁰⁶ Vgl. IUCN, Red List: Mountain Gorilla, 31.7.2018, unter: www.iucnredlist.org/species/39999/17989719. ¹⁰⁷ WWF, Saving Selous – African lion under threat, 2016, unter: http://d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/wwf_dalberg_saving_selous_en_lr_singles.pdf. ¹⁰⁸ Interview mit Masegeri Rurai, Projektmanager der ZGF, Berlin, 5.6.2019. ¹⁰⁹ Interview mit Johannes Kirchgatter, WWF-Vertreter Deutschland, Berlin, 8.5.2019.

Jahr 2014.¹¹⁰ Naturschutzorganisationen fordern seitdem eine bessere Ausrüstung zur Selbstverteidigung der Ranger*innen. Ilka Herbinger vom WWF Deutschland, zuständig für das Kongobecken, erklärt, man habe als Partner eine «Sorgfaltspflicht» gegenüber den Ranger*innen, die sich verteidigen müssten. Sie nennt das Beispiel des Salonga-Nationalparks in der DR Kongo, wo sich mitunter fünf Ranger*innen eine Waffe teilen.¹¹¹

Der WWF veröffentlichte 2018 die Studie «Life on the Frontline» über die weltweiten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Wildhüter*innen mit Ergebnissen einer Umfrage unter mehr als 1.300 Ranger*innen in Afrika.¹¹² Weniger als ein Viertel der Befragten gibt an, Zugang zu einer Waffe zu haben. Knapp drei Viertel tragen eine Waffe während Patrouillengängen und 66 Prozent sind bewaffnet, wenn sie in abgelegenen Stationen postiert werden. Das Fazit der Studie lautet: Bessere Ausrüstung – von den Schuhen, über Funkgeräte bis hin zur Waffe – führen zu besseren Ergebnissen und Verhaltensweisen der Wildhüter*innen. Hinsichtlich des Trainings gibt nicht einmal ein Viertel der befragten afrikanischen Ranger*innen an, eine ausreichende Ausbildung genossen zu haben. Auffällig ist, dass die Ranger*innen melden, über 30 Prozent ihrer Trainingseinheiten für den Gebrauch der Schusswaffen aufzuwenden, 23 Prozent für die Kampfausbildung und rund 40 Prozent für die Sammlung von relevanten Daten für den Naturschutz. Auch hier lautet das Fazit: Mehr Ausbildung führt zu besserem Verhalten und trägt zum Sicherheitsgefühl der Wildhüter*innen bei.

Im Zuge des sogenannten Krieges gegen die Wilderei reagierten internationale Geber und NGOs in den vergangenen Jahren auf die massive Hochrüstung der Wilder*innen mit mehr Mitteln für eine bessere Ausrüstung und Ausbildung für die Wildhüter*innen. «Die Gefahr ist natürlich, dass es dann zu einem Wettrüsten kommt», lenkt Kirchgatter vom WWF ein.¹¹³ «Das heißt, es ist oft sinnvoller, statt in technische Ausrüstung zu investieren, die echten Knackpunkte zu adressieren.»¹¹⁴

Doch was sind diese echten Knackpunkte? Ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Wilderei seit 2016 ist laut CITES nicht die Aufrüstung der Wildhüter*innen in Afrika, sondern in erster Linie der Importstopp für Elfenbein in China, bislang größter Abnehmer weltweit. Seitdem die Volksrepublik Ende 2016 dem Washingtoner Artenschutzabkommen beigetreten ist, sind die Weltmarktpreise für Elfenbein gesunken. Außerdem werden zunehmend illegale Elfenbeinlieferungen entlang der Handelsrouten zwischen Afrika und China sichergestellt.¹¹⁵ Im Juli 2019 wurde am Hafen von Singapur eine Containerladung mit 8,8 Tonnen Elfenbein von über 300 Elefanten mithilfe von Informationen des chinesischen Zolls beschlagnahmt – ein Meilenstein.¹¹⁶ Insgesamt, so chinesische Angaben, haben Chinas Zollbehörden im Jahr 2019 rund 1.200 Tonnen Elfenbein sichergestellt.¹¹⁷

Diese Zollkontrollen in Asien haben in Afrika einen unmittelbaren Effekt: Im Juni 2019 verkündete Tansa-

nias Minister für Natürliche Rohstoffe und Tourismus, Hamisi Kigwagal, den «Sieg im Krieg gegen die Wilderei». Die Zahl der erlegten Elefanten sei um 70 Prozent zurückgegangen, sagte er stolz. Er wiederum dankte nicht den Bemühungen des chinesischen Zolls, sondern lobte die lokalen Geheimdienstabteilungen und Anti-Wilderei-Einheiten, die in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet hätten, die «Multi-Millionen-Dollar-Tourismusindustrie des Landes zu schützen», die zu 90 Prozent von den Wildtieren abhängen.¹¹⁸

Die Frage steht hier also im Raum, mit welchen Mitteln und Methoden dieser «Krieg gegen die Wilderei» geführt wurde und warum manche Akteure nach wie vor den Eindruck des Krieges aufrechterhalten, der in Afrikas Nationalparks geführt werden muss, anstatt vermehrt auf dem globalen Markt nach Lösungen zu suchen.

3.1 VOM JAGD- ZUM MASCHINEN-GEWEHR – DIE ZUNEHMENDE HOCHRÜSTUNG

In zahlreichen Ländern Afrikas lässt sich seit 2012 eine Tendenz beobachten, die in wissenschaftlichen und journalistischen Berichten als «Militarisierung» des Naturschutzes bezeichnet wird. Dabei geht es in der Definition nicht nur um die simple Ausrüstung der Wildhüter*innen mit Waffen. Sie umfasst auch Maßnahmen, die sich militärischer Taktiken, Überwachungstechnologien und militärischem Gerät bedienen, sowie die zunehmende Beteiligung – ausländischer wie nationaler – militärischer Akteure im Naturschutz- und Tourismussektor.¹¹⁹ In vielen Ländern wurden die Wildtierschutzbehörden als paramilitärische Institutionen in die nationalen Sicherheitsstrukturen eingebunden. Zahlreiche Wildtierschutzbehörden haben für ihre Anti-Wilderei-Einheiten Offizier*innen der Armee angeheuert, die gegen Wilder*innen militärische Operationen planen und durchführen.

Beraten werden diese mitunter von privaten Sicherheitsfirmen, die von ehemaligen Militärs als Söldnerfirmen aufgesetzt wurden (siehe Kapitel 3.3). Zudem ist festzustellen, dass vermehrt afrikanische Armeegeneräle in Hotels und Lodges innerhalb der Nationalparks investieren, um ihr illegal aus Korruption erwirtschaftetes Geld zu waschen und in das Tourismusgeschäft einzusteigen. In der führenden ugandischen Wildtier-

¹¹⁰ IUCN, Rising murder toll of park rangers calls for tougher laws, 29.7.2014, unter: www.iucn.org/content/rising-murder-toll-park-rangers-calls-tougher-laws. ¹¹¹ Interview mit Ilka Herbinger, WWF, zuständig für das Kongobecken, Berlin, 2.5.2019. ¹¹² Belecky, Mike/Singh, Rohit/Moreto, William: Life on the Frontline – A global survey of the working conditions of rangers, WWF 2018, unter: http://d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/wwf_rangers_survey_report_181005_hires_page_2.pdf. ¹¹³ Interview mit Johannes Kirchgatter, WWF-Vertreter Deutschland, Berlin, 8.5.2019. ¹¹⁴ Ebd. ¹¹⁵ Belecky/Singh/Moreto: Life on the Frontline, 2018. ¹¹⁶ Chinese tip off led to Singapore blood ivory seizure, Atcnnews, 27.7.2019, unter: <https://atcnnews.org/2019/07/27/chinese-tip-off-led-to-singapore-blood-ivory-seizure/>. ¹¹⁷ Chinese customs officials seize over 9 tons of blood ivory during first 10 months of 2019, Atcnnews, 5.12.2019, unter: <https://atcnnews.org/2019/12/05/chinese-customs-officials-seize-over-9-tons-of-blood-ivory-during-first-10-months-of-2019/>. ¹¹⁸ Ubwani, Zephania: Poaching has gone down by 70 percent in Tanzania, The Citizen, 18.6.2019, unter: www.thecitizen.co.tz/news/1840340-5161936-8rtef/index.html. ¹¹⁹ Duffy, Rosaleen: War by Conservation, in: Geoforum 69, 2015, S. 238–248.

schutz-NGO UCF des britischen Elitesoldaten Keigwin sitzen sogar die höchsten Generäle im Aufsichtsrat und prägen die Entscheidungen mit.

Der Begriff Militarisierung sei unter Naturschützer*innen unbeliebt, weil er das positive Image ankratze, so der Forscher Christopher Day, der die Militarisierungstendenzen in verschiedenen Parks Afrikas untersucht hat.¹²⁰ Naturschützer*innen sprechen daher lieber von «Law Enforcement», von «Strafverfolgung» im Sinne einer polizeiähnlichen Tätigkeit. Doch bei der Planung von Anti-Wilderei-Operationen sowie der Installation von Gemeindebetreuer*innen, die ähnlich einem Geheimdienstnetzwerk Informationen von der lokalen Bevölkerung sammeln, würden vermehrt militärische Kriegsführungstaktiken im Sinne der *counterinsurgency*, also «Aufstandsbekämpfung», benutzt.¹²¹

Es gibt mittlerweile zahlreiche Wissenschaftler*innen, die die Militarisierung im Naturschutz untersuchen. Führend ist darunter das bereits erwähnte Kollektiv BioSec an der Universität Sheffield, welches die Zusammenhänge zwischen Artenschutz und Sicherheit unter die Lupe nimmt.¹²² «Wir stellen fest, dass Naturschutz früher mehr ein ganzheitlicher Ansatz war», so Francis Massé von BioSec. Doch seitdem zunehmend mehr militärische Akteure die Entscheidungen treffen, verändere sich auch die Rolle der Wildhüter*innen. «90 Prozent seiner Zeit verbringt [der Ranger] mit Anti-Wilderei-Operationen, fast alle finanziellen Mittel werden dafür eingesetzt und auch in der Ausbildung nehmen militärische Taktiken einen zunehmend größeren Stellenwert ein», stellt Massé in seinen Erhebungen fest. «Die Geldflüsse der Geber gehen zunehmend in Anti-Wilderei-Maßnahmen, die jedoch teuer sind, sodass kaum mehr Mittel für Gemeindeprojekte übrig bleiben.»¹²³

Die Forscher*innen von BioSec kritisieren, dass immer mehr kostenintensive, zivile wie militärische, Sicherheitstechnologien im Naturschutzbereich Anwendung finden. Dies sei die langfristige Folge der zunehmenden Kommerzialisierung des Naturschutzsektors, so ihre Schlussfolgerung: Wenn Schutzgebiete sowie deren Wildtierbestand wie ein Warenkorb als Einkommensfaktor eines Staates, einer NGO oder einer PPP betrachtet werden, dann müssen die «Produkte» – also Flora, Fauna, Tiere – vor Plünder*innen geschützt werden.¹²⁴

Umso dringlicher wird dieser Schutz, wenn ein Großteil des Staatshaushaltes vom Tourismussektor abhängt, sind sich die Wissenschaftler*innen einig. Um Tourismus erfolgreich zu betreiben, ist Sicherheit eine Grundvoraussetzung, vor allem in unsicheren Krisenregionen. Dies zeigte sich nicht zuletzt in Kenia nach den Terrorangriffen zwischen 2011 und 2013, als die Touristenzahlen rapide sanken, oder auch in Uganda, wo im April 2019 eine amerikanische Touristin im Queen-Elisabeth-Park nahe der Grenze zum Kongo entführt wurde und die Geiselnahmer umgerechnet rund 450.000 Euro Lösegeld forderten. Im benachbarten,

kongolesischen Virunga-Park waren im Mai 2018 zwei britische Touristen entführt worden. Daraufhin war der Park fast neun Monate geschlossen, was große Verluste erzeugte. Die Parkverwaltung investierte daraufhin erneut Millionen in neue Sicherheitsmaßnahmen: eine speziell trainierte Leibwächereinheit für Tourist*innen, elektrische Zäune rund um die Hotels und Lodges – Geld, das eigentlich dem Naturschutz dienen sollte.

Ein ugandischer Ranger brachte diese Veränderung in seinem Beruf mit einem einzigen Satz auf den Punkt: «Meine Hauptaufgabe ist nicht, die Tiere zu schützen, sondern die Einnahmen der Regierung.» Dafür sei er von der Regierung mit einer Waffe ausgestattet worden.¹²⁵

Die Ausbildung und Ausstattung von Wildhüter*innen mit militärischen Methoden und Mitteln ist in Afrika nicht neu. Bereits in den ehemaligen britischen Kolonien – darunter Kenia, Uganda, Tansania – waren die Wildtierhüter*innen – damals Einheiten der königlichen Marine – bewaffnet. Als diese Staaten in die Unabhängigkeit entlassen wurden, wurden die Ranger*innen verfassungsrechtlich als eine Säule des Sicherheitsapparats in den Staat integriert. In Uganda beispielsweise trugen sie zur Zeit der Unabhängigkeit einfache Jagdgewehre, um Elefanten zu töten, die ausbrachen und Äcker und Ernten der Bevölkerung zerstörten. Erst als sich in den 1990er Jahren bewaffnete Rebell*innen wie die Lord Resistance Army (LRA) im Murchison-Falls-Nationalpark oder die Allied Democratic Forces (ADF) im Rwenzori-Park verschanzten, wurden die Ranger*innen mit Kalaschnikows ausgestattet, also mit automatischen Maschinengewehren, um gegen bewaffnete Rebell*innen vorzugehen. Bis vor wenigen Jahren wurde zur Verteidigung des Wildtierbestands in Uganda noch die reguläre Armee entsandt, so zum Beispiel auch bei den Militäroperationen 2006, durch welche die LRA aus dem Murchison-Falls-Nationalpark vertrieben wurde. Mittlerweile sind die Ranger*innen der UWA ähnlich gut ausgebildet und ausgestattet wie die Soldat*innen.

3.2 EIN «MARSHALLPLAN FÜR DEN NATURSCHUTZ»

Am Beispiel des Virunga-Parks in der DR Kongo kann man die zunehmende Militarisierung gut nachverfolgen. Dort übernehmen die Ranger*innen mittlerweile innerhalb des Parks fast vollständig die Aufgaben der Armee. Dies ist eine radikale Kehrtwende in der Geschichte des Naturschutzes.

Während der belgischen Kolonialzeit waren die meisten Parks in Belgisch Kongo von Zoologen und

¹²⁰ Telefoninterview mit Christopher Day, Politikwissenschaftler, 18.7.2019. ¹²¹ Ebd. ¹²² Weitere Informationen zu BioSec auf ihrer Webseite unter: www.biosecproject.org. ¹²³ Telefoninterview mit Francis Massé, BioSec, 18.8.2019. ¹²⁴ Massé, Francis/Lunstrum, Elisabeth: Accumulation by securitization: Commercial poaching, neoliberal conservation, and the creation of new wildlife frontiers, in: *Geoforum* 69, 2015, S. 227–237, unter: www.researchgate.net/publication/275280779_Accumulation_by_securitization_Commercial_poaching_neoliberal_conservation_and_the_creation_of_new_wildlife_frontiers. ¹²⁵ Interview mit einem UWA-Wildhüter, Queen-Elisabeth-Park, Uganda, 21.1.2019.

Biologen gegründet worden, es gab zunächst keine bewaffneten Parkranger*innen. In der Zeit des Diktators Mobutu, der die Parks als seine eigenen Jagdgründe betrachtete, wurde die Einheit der Ecoguards als Leibgarde seiner Tiere aufgesetzt. Sie waren ihm direkt unterstellt, nicht der Armee. Erst in den 1970er Jahren, als zunehmend mehr Finanzmittel von außen in die kongolesischen Parks flossen, wurden die Ecoguards in der Behörde ICCN in die Strukturen des Tourismusministeriums integriert. Sie trugen nur vereinzelt Waffen zum Selbstschutz. Als zum Ende der Mobutu-Ära 1994 während des Völkermordes in Ruanda Millionen von ruandischen Flüchtlingen aus dem Nachbarland in den Ostkongo eindringen, waren die beiden Nationalparks – der Virunga sowie der Kahuzi-Biéga – entlang der Grenze quasi ungeschützt, sodass die Flüchtlinge Unmengen an Bäumen für Feuerholz abholzen konnten. Auch die ruandischen Völkermörder, die samt ihren Waffen in die DR Kongo geflohen waren, versteckten sich in den Wäldern und formten dort die Hutu-Miliz Forces Démocratiques de la Libération du Rwanda (FDLR), die bis heute die größte Bedrohung für Mensch und Natur in der DR Kongo darstellt und den illegalen Holzkohlehandel kontrolliert. Laut Angaben der Virunga-Parkleitung erwirtschaftet die FDLR jährlich rund 27 Millionen Euro durch illegalen Holzkohlehandel.¹²⁶

Die nationale Armee war mit dem Sturz Mobutus 1996 zerfallen und bis heute ist sie nicht willig oder in der Lage, es mit den über Hundert Rebellengruppen im Land aufzunehmen. Es kam infolge zu zahlreichen Kriegen. Inmitten des dritten Kongokrieges fanden 2007 Wildhüter*innen in den Bergen des Virunga die Kadaver einer Gorillafamilie, erschossen und verstümmelt von Rebell*innen, wahrscheinlich der FDLR. Der belgische Gorillaforscher de Merode, damals Chef der NGO WildlifeDirect im Kongo und später Leiter des Virunga-Parks, mutmaßte, die FDLR wolle die Gorillas ausrotten, damit der Nationalpark aufgegeben werde und sie den Holzkohlehandel ausweiten könne.¹²⁷ Die Bilder der Toten Gorillafamilie gingen um die Welt, erzeugten einen Aufschrei – und führten langfristig zu einem verstärkten finanziellen Engagement westlicher Geber für den Virunga-Park. Von einer militärischen Aufrüstung der Parkbehörde war damals noch nicht die Rede, die Naturschutzbehörde ICCN unterstand zu jener Zeit dem Tourismusministerium.

Der Schlüsselmoment für diese Entscheidung ereignete sich 2012. Damals eroberten Rebell*innen der Bewegung des 23. März (M23) weite Teile des Ostkongos und schlugen mitten im Virunga-Park ihr Hauptquartier auf, direkt neben dem Hauptsitz der Parkverwaltung in Rumangabo. Doch anstatt die Gorillas zu massakrieren, boten die M23-Rebell*innen nun ausländischen Tourist*innen Gorillatouren für einen Dumpingpreis von 360 Euro pro Person an und erwirtschafteten daraus Einnahmen. Der Tourismusminister der M23, Stanislas Baleke, rühmte sich damit, seine Rebellarmee würde die Gorillas besser schützen als

die Parkverwaltung.¹²⁸ Zur selben Zeit verhandelte die britische Ölfirma SOCO in der Hauptstadt Kinshasa um Förderkonzessionen, um die Reserven unter dem Virunga-Park anzuzapfen. Der Park stand durch diese unterschiedlichen Ereignisse nun wirklich kurz vor dem Aus.

«Ein Marshallplan für den Ostkongo» nannte US-Milliardär und Ex-Coca-Cola-Direktor Howard Buffett damals seinen Rettungsplan.¹²⁹ 2015 erzählte er im Interview, wie er mit dem belgischen Prinzen de Merode, mittlerweile Direktor des Virunga-Nationalparks, im Jahr 2012 abends am Kamin in einer leeren Fünf-Sterne-Lodge die Idee ausgebrütet hatte. Es war das dritte Mal, dass der Milliardär und Hobbynaturschützer Buffett in den Kongo gereist war, um «endlich einmal die Gorillas zu sehen». Vergeblich, denn wieder herrschte Krieg. «Wir konnten von Weitem das Feuergefecht hören», erinnert sich Buffett.¹³⁰

Buffett erkannte: Der Park sei nur zu retten, wenn es Frieden gäbe, damit Tourist*innen kämen. Doch dazu musste eine Lösung für die Rebell*innen gefunden werden. Das M23-Hauptquartier lag nur einen Steinwurf von der Parkstation entfernt. Die M23-Offiziere kamen abends in die Lodge zum Whiskeytrinken. Howard Buffett lud M23-Rebellenchef Sultani Makenga kurzerhand ein und bot ihm an, seine Rebellarmee als Parkwächter*innen einzustellen, um gegen rivalisierende Milizen wie die FDLR vorzugehen. Doch Makenga lachte nur: «Ich kämpfe für politische Ziele und nicht für Gorillas», sagt er. Die Idee flopte. Buffett und de Merode entschieden daraufhin, eine spezielle Rangereinheit zu trainieren, die es mit den Rebell*innen aufnehmen konnte.¹³¹

Von britischen, belgischen und französischen Militärtrainern*innen wurde daraufhin eine aus 300 Soldat*innen bestehende Spezialtruppe ausgebildet, die sogenannte Quick Response Unit (QRU), die «Schnelle Eingreiftruppe». Sie ist besser geschult als die Soldat*innen der kongolesischen Armee und war zu Beginn von den übrigen Sicherheitsorganen und dem Verteidigungsministerium unabhängig. Ausgestattet mit Scharfschützengewehren, Raketenwerfern und Infrarot-Nachtsichtgeräten wurden die Ranger*innen wie Soldat*innen in den Krieg geschickt. Dies machte das Verteidigungsministerium in Kinshasa hellhörig. Kongos führende Generäle argwöhnten, der US-amerikanische Milliardär und der belgische Parkdirektor würden eine Privatarmee aufbauen. Im Dokumentarfilm «Guns for Hire» muss sich auch der Vertreter der ZGF, die damals noch den Virunga unterstützte, die Frage gefallen lassen, ob er eine «Armee für Frankfurt» im Kongo trainiere.¹³²

¹²⁶ Schlindwein, Simone: Afrikas schwarzes Gold, in: die tageszeitung, 22.2.2015, unter: <https://taz.de/Das-Geschaef-mit-der-Holzkohle/!5019603/>. ¹²⁷ Lovgren, Stefan: Congo Gorilla Killings Fueled by Illegal Charcoal Trade, in: National Geographic, 16.8.2017. ¹²⁸ Schlindwein, Simone: Kongos Rebellen im Tourismusgeschäft – Gorillatour zum Guerilla-Preis, in: die tageszeitung, 23.10.2012, unter: <https://taz.de/!5081256/>. ¹²⁹ Telefoninterview mit Howard Buffett, Milliardär und Hobbynaturschützer, 21.3.2015. ¹³⁰ Ebd. ¹³¹ Ebd. ¹³² Kiley, Sam: Guns For Hire, Film, 2014, unter: www.youtube.com/watch?v=GTAX4lyRqrA.

Ende 2014, kurz nach der Oscarnominierung des Netflix-Films «Virunga», geriet de Merode mitten im Park in einen Hinterhalt. Er überlebte gerade so mit fünf Kugeln im Leib. Als er wenige Monate später wieder Interviews gab, wurde er von zwölf schwer bewaffneten Leibwächtern begleitet. Sie trugen Maschinengewehre und Panzerfäuste. Aus dem Naturschützer war der Kommandant einer paramilitärischen Truppe geworden.

Durch ein Dekret des Premierministers wurde 2015 schließlich das kongolesische Naturschutzinstitut ICCN reformiert und unter die Hoheit des in der DR Kongo einflussreichen und für Korruption und Kriegsverbrechen berüchtigten Verteidigungsministeriums gestellt. Sämtliche Ecoguards wurden dadurch in die nationalen Sicherheitsstrukturen integriert. Es wurde das Ziel formuliert, die Zahl der Ecoguards landesweit von 4.000 auf 10.000 zu erhöhen.¹³³ Oberste Funktionen der neu ausgebildeten QRU-Einheiten sei der «Kampf gegen die Wilderei» und «andere Verbrechen» in den Schutzgebieten, so das Dekret.¹³⁴ Mittlerweile planen und exekutieren die QRU-Offizier*innen entweder eigenständig oder gemeinsam mit der Armee militärische Operationen gegen Rebell*innen und Milizen innerhalb des Parks, wobei die QRU-Offizier*innen auch gegenüber der Armee die Befehlshoheit innehaben. Kongos einst unbewaffnete Ecoguards ziehen mittlerweile mit Panzerfäusten durch den Dschungel.

Viele Wildhüter*innen im Virunga-Park sagen, ihre Arbeit habe sich durch diese Reform grundlegend geändert: «Ich wollte Ecoguard werden, wie mein Großvater und mein Vater», so einer der QRU-Ranger. «Doch anstatt die Natur und die Tiere zu schützen, haben sie mich zur Kampfmaschine gemacht.»¹³⁵ Heute – nach beinhardter Militärausbildung, Schießübungen, Überlebenstraining im Wald und über zwei Jahren Kampferfahrungen – ist er ernüchtert: Er leide an posttraumatischem Stress. «Mit Naturschutz hat mein Job fast gar nichts mehr zu tun», klagt er. In seinen zwei Dienstjahren habe er keinen einzigen Gorilla zu Gesicht bekommen, dafür aber unzählige Menschen erschossen.¹³⁶

3.3 «DAS WEISSE GOLD DES DSCHIHADS» – WIE AUS WILDER*INNEN TERRORIST*INNEN WURDEN

2012, im selben Jahr, in dem die Schnelle Eingreiftruppe gegründet wurde, wurden im ostkongolesischen Garamba-Nationalpark die Kadaver von 26 Elefanten entdeckt. Anstatt ihrer Stoßzähne klafften blutige Stümpfe. Es war eines der größten Massaker der jüngsten Zeit. Der Garamba-Park galt einst als Kronjuwel unter Mobutus Jagdgebieten. Auch der ehemalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß war in den 1980er Jahren dort öfter zur Elefantenhatz. 2005 hatte African Parks den Garamba-Nationalpark übernommen und wollte ihn mithilfe des Tourismus finanziell auf Vordermann bringen. Dann hatten sich 2006 die LRA-Rebell*innen in den dichten Wäldern einge-

nistet, nachdem sie aus Uganda geflohen waren. Kurz nach der Entdeckung der Kadaver bezeichnete African Parks den Garamba als «Ground Zero» im Krieg gegen die Wilderei.¹³⁷

Schnell wurden damals Vermutungen laut, LRA-Rebell*innen hätten die Elefanten erlegt. Die ugandische Miliz war gerade von US-Behörden zur Terrororganisation deklariert worden. Es war die Hochphase des weltweiten Krieges gegen den Terror, auch in Afrika. 2010 hatte die somalische, islamistische Miliz Al-Shabaab in Ugandas Hauptstadt Kampala Selbstmordbomben gezündet und dabei 74 Menschen getötet. 2011 waren US-Spezialeinheiten über Uganda und die DR Kongo in die Zentralafrikanische Republik vorgeückt, um Konys LRA zu zerschlagen. Von seinen Stützpunkten am Horn von Afrika aus flog das US-Militär Drohnenangriffe auf Al-Shabaab-Einheiten in Somalia. 2013 griff die Miliz, die allem Anschein nach Kontakte zur al-Qaida in Afghanistan unterhielt, das unter Ausländer*innen beliebte und von israelischen Geschäftsleuten aufgebaute Einkaufszentrum «Westgate» in Kenias Hauptstadt Nairobi an und tötete 71 Menschen. Westliche Botschaften gaben Reisewarnungen heraus. Als Folge knickte Kenias Tourismussektor ein, der immerhin rund zehn Prozent des BIP ausmacht.¹³⁸

Inmitten dieser Ereignisse wurde im Mai 2012 der britische Zoologe und Gründer der NGO Save the Elephants, Iain Douglas-Hamilton, nach Washington eingeladen. Der für Afrika zuständige Senatsausschuss hielt eine Sitzung zur Problematik der Wilderei und der Sicherheit in Afrika ab. In seiner «Zeugenaussage» vor dem Senat nannte Douglas-Hamilton Umsatzzahlen im Elfenbeinhandel von bis zu neun Milliarden Euro pro Jahr. Dies sei sogar mehr, als durch illegalen Waffen- oder Drogenhandel gewonnen würde. Als Akteure nannte er asiatische Syndikate, die nun vermehrt in Afrika tätig seien, sowie afrikanische Wilder*innen, die Beziehungen zu «kriminellen Gangs und Milizen in Ländern wie Sudan und Somalia» unterhielten.¹³⁹ Gemeint waren die islamistische Al-Shabaab-Miliz in Somalia, die Dschandschawid-Milizen in Sudans Bürgerkriegsregion Darfur sowie die ugandische LRA unter ihrem vom Internationalen Strafgerichtshof (ISStGH) gesuchten Anführer Joseph Kony, der sich zu jener Zeit in den dichten Wäldern zwischen der DR Kongo, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik verschanzt hatte.

Der Elefantenforscher stützte seine Aussagen auf Recherchen, die Nir Kalron und Andrea Crosta zwi-

¹³³ Matata Ponyo, Augustin: Portant Création d'un Corps Chargé de la Sécurisation de Parcs Nationaux et Réserves Naturelles Apparentées, Dekret Nr. 15/012, Art. 3, 15.6.2015, unter: <http://extwprlegs1.fao.org/docs/pdf/Cng175058.pdf>. ¹³⁴ Ebd. ¹³⁵ Schindwein, Simone: Bauern, Bomben und Berggorillas, 2019. ¹³⁶ Ebd. ¹³⁷ African Parks, Garamba. A story of hope and resilience, o. J., unter: www.africanparks.org/garamba-story-resilience-and-hope. ¹³⁸ Buigut, Steven: How Kenya's tourism industry has felt the impact of terrorist attacks, in: The Conversation, 23.1.2019, unter: <https://theconversation.com/how-kenyas-tourism-industry-has-felt-the-impact-of-terrorist-attacks-110151>. ¹³⁹ Zeugenaussage von Iain Douglas-Hamilton vor dem Ausschuss des US-Senats zur Außenpolitik: Ivory and Insecurity: The Global Implications of Poaching in Africa, Washington, 24.5.2012, unter: www.govinfo.gov/content/pkg/CHRG-112shrg76689/html/CHRG-112shrg76689.htm.

schen 2010 und 2012 in Kenia durchgeführt hatten, einem Transitland für Elfenbein. Ihr 2011 nur in Auszügen veröffentlichter Bericht mit dem Titel «Africa's White Gold of Jihad» besagt, dass sich diese afrikanischen Terrorgruppen durch den Elfenbeinhandel finanzierten. Angeblich handle Al-Shabaab mit rund drei Tonnen des weißen Goldes pro Monat.¹⁴⁰

Der Israeli Nir Kalron ist bis heute eine der einflussreichsten Persönlichkeiten im Krieg gegen die Wilderei. Bereits sein Vater hatte als Oberst der israelischen Luftwaffe die kenianischen Pilot*innen der Wildtierschutzbehörde Kenya Wildlife Services (KWS) trainiert. Der 39-jährige israelische Ex-Elitesoldat, Sicherheitsberater sowie Waffenhändler war letztlich 2013 nach einem weiteren Elefantenmassaker in der Zentralafrikanischen Republik und Kamerun nach Afrika gerufen worden. Muslimische Rebellen hatten im Dzanga-Sangha-Nationalpark über 20 Elefanten erlegt, mit Maschinengewehren und Raketenwerfern. WWF-Projektmanager Jean-Bernard Yarissem kam gerade so mit dem Leben davon. Er floh in den Dschungel und versteckte sich dort im Unterholz.

Der Park war gerade dabei gewesen, sich für den Tourismus zu öffnen, und hatte im Rahmen des trinationalen Fonds FTNS Gelder aus Deutschland erhalten. Verwaltet wird der Dzanga-Sangha-Park vom WWF Deutschland und der Wildlife Conservation Society (WCS) – diese sahen ihre Projekte durch die Präsenz der Rebell*innen in Gefahr.

In Tel Aviv sah Kalron die Bilder der Elefantenkadaver im Fernsehen und stieg kurz entschlossen ins Flugzeug. Der ehemalige Elitesoldat, der sich in Geheimdienstkreisen in Afrika gut auskennt, mutierte in jenem Moment vom Agenten und Researcher zum Söldner, der im Auftrag von WWF und WCS in den Dschungel vorrückt und die Rebell*innen verjagt. Begleitet wurde er dabei von Fotograf*innen und Journalist*innen. Gemeinsam mit einer Handvoll Kamerad*innen der israelischen Spezialeinheiten durchkämmte er den zentralafrikanischen Dschungel. Zwischen den leeren Patronenhülsen fand er welche, die aus Waffenfabriken im Iran stammten, Israels Erzfeind.¹⁴¹

Nur wenige Monate später war das Problem offenbar unter Kontrolle – zumindest im Dzanga-Sangha-Park. Was genau in diesen Tagen in den dichten Wäldern des Bürgerkriegslandes geschah, lässt sich bis heute nicht nachvollziehen. Bekannt ist, dass der WWF 2014 ein siebenwöchiges Training für Anti-Wilderei-Einheiten finanzierte, das von Kalrons Elitesoldat*innen durchgeführt wurde, auch zum Umgang mit Waffen und zu Erster Hilfe. 2015 meldete der WWF: «Friede ist eingekehrt im Dzanga-Sangha.»¹⁴²

«Maisha bedeutet Leben» – wird auf der Webseite der Maisha Group Ltd. erklärt. Kalrons private Sicherheitsfirma, die er Ende 2012 mit Sitz in Tel Aviv gründete, ist mittlerweile die erste Adresse für die Ausbildung von Anti-Wilderei-Einheiten in Afrika. Präsident von Maisha ist James Dutton, britischer Marineoffizier und ehemaliger Kommandant der NATO-Mission in Afgha-

nistan (ISAF). «Wir operieren nicht als private Armee oder unterlaufen die staatliche Souveränität der Länder», erklärt Kalron seine Geschäftsidee. «Wir arbeiten mit Partnern wie der WCS in verschiedenen Hotspots zusammen, bauen Verbindungen zu staatlichen Stellen auf, um spezielle Trainings zu geben, Geheimdienstinformationen zu teilen oder gemeinsame Operationen durchzuführen.»¹⁴³ In einem Interview erklärte er damals seine Motivation: «Wir hatten das Gefühl, dass die Situation der Elefanten uns zu den Waffen gerufen hat.»¹⁴⁴

In seinem mittlerweile multinationalen Team habe er Expert*innen für jegliche Disziplin, so Kalron: «Analysten aus israelischen Geheimdiensten, Spezialkräfte, Technikexperten». Sie sprächen arabisch, aber auch afrikanische Sprachen wie Hausa und Somali. Die meisten seien jedoch keine einfachen Söldner*innen, sondern arbeiteten für Maisha «weil sie emotional involviert sind».¹⁴⁵

Auch Kalrons Co-Autor, der in den USA wohnhafte Italiener Andrea Crosta, stieg in das Wildtiergeschäft ein. Der damalige Sicherheitsberater für verschiedene Regierungen in Sachen Piratenbekämpfung gründete 2012 die NGO Elephant Action League in Kalifornien, die später in Earth League International (ELI) umbenannt wurde. Seit 2014 betreibt sie die Internetseite «Wildleaks», eine Whistleblower-Plattform gegen Wilderei, die eine «mögliche finanzielle Zuwendung von der US-Regierung» für Informationen über Wilderei verspricht.¹⁴⁶ Sein Team bestehe aus Geheimdienstler*innen und ehemaligen Mitgliedern der Strafverfolgungsbehörden wie dem Federal Bureau of Investigation (FBI), schreibt Crosta unter dem Stichwort «Berufserfahrung» auf dem Onlinenetzwerk LinkedIn. Er bezeichnet ELI als «innovative gemeinnützige Organisation, die die Welten der Geheimdienste und des Naturschutzes zusammenbringen – im Dienste der Wildtiere, der Ozeane, der Wälder und der Menschen, die sie verteidigen».¹⁴⁷

Mittlerweile sind zahlreiche, oft dubiose private Sicherheitsfirmen dieser Geschäftsidee gefolgt und haben sich auf Wildtierschutz spezialisiert. Die meisten dieser Firmen werden von ehemaligen Militärs betrieben, die ihre militärischen Fähigkeiten auf dem inter-

¹⁴⁰ Kalron, Nir/Crosta, Andrea: Africa's White Gold of Jihad: Al Shabaab and Conflict Ivory, Elephant Advocacy League, 2011, unter: <https://web.archive.org/web/20130525175158/http://elephantleague.org/project/africas-white-gold-of-jihad-al-shabaab-and-conflict-ivory/>. ¹⁴¹ Lang, Chris: How WWF and WCS came to hire a private security firm in Dzanga-Sangha, Central African Republic, Conservation Watch, 4.11.2016, unter: www.conservation-watch.org/2016/11/04/how-wwf-and-wcs-came-to-hire-a-private-security-firm-in-dzanga-sangha-central-african-republic/. ¹⁴² WWF, Peace has returned to Dzanga Sangha but the battle to conserve its wildlife goes on, 18.2.2015, unter: www.wwf-congobasin.org/?239452/Peace-has-returned-to-Dzanga-Sangha-but-the-battle-to-conserve-its-wildlife-goes-on. ¹⁴³ Hammer, Joshua: The Fight Against Elephant Poachers Is Going Commando, Smithsonian Magazine, 2016, unter: www.smithsonianmag.com/science-nature/fight-against-elfphant-poaching-going-commando-180959071/#63GrgW7JkD0v6CJB.99. ¹⁴⁴ Glazer, Hilo: Heart of Darkness: Israeli Expedition Hunts Elephant Killers in Africa, Haaretz, 11.9.2013, unter: www.haaretz.com/.premium-the-israeli-who-hunts-elfphant-poachers-1.5329157. ¹⁴⁵ Ebd. ¹⁴⁶ Beschreibung des Projekts «Wildleaks» unter: <https://earthleagueinternational.org/wildleaks/>. ¹⁴⁷ LinkedIn-Profil von Andrea Crosta, unter: www.linkedin.com/in/acrostaael.

nationalen Markt anbieten und den Naturschutzsektor als Nische für sich entdeckt haben. Sicherheitsfirmen wie Maisha oder Geheimdienst-NGOs wie ELI sind afrikaweit aktiv. Sie bieten ihre Dienste – von Antiterrorismusmaßnahmen über den Kampf gegen Internetkriminalität – nicht mehr nur Regierungen an, sondern auch NGOs wie WWF, WCS und African Parks. Wo immer es in den dichten Regenwäldern darum geht, entweder gezielt gegen Wilder*innen und Rebell*innen vorzugehen oder Parkranger*innen auszubilden, sind heutzutage private Sicherheitsfirmen involviert, die sich auch als Söldner*innen für andere Zwecke anheuern lassen. Auf den Internetseiten dieser Firmen tauchen als Kunden nicht nur afrikanische Nationalparks oder Wildtierschutzbehörden auf, sondern auch die libysche Regierung, damals noch unter der Herrschaft von Muhammad Gaddafi.¹⁴⁸ Sprich: Internationale Naturschutzorganisationen, die im Auftrag ihrer Spender*innen oder westlicher Geber*innen in Afrika tätig sind, sind mittlerweile Akteure im weltweiten Kampf gegen den Terror.

Ohne eigene Recherchen einzuleiten oder an den Berichten der Kriegspropaganda zu zweifeln, übernahmen zahlreiche Naturschutzorganisationen die von Kalron und Costa aufgestellten Thesen – und wiederholen sie bis heute, dabei sind die meisten längst widerlegt. Die Akademikerin Natasha White, die 2014 einen kritischen Artikel verfasste, in dem sie die Zusammenhänge zwischen dem Krieg gegen den Terror und dem Krieg gegen die Wilderei untersuchte, kam hinsichtlich Kalrons und Crostas Engagement zu dem Schluss: «Die Rechtfertigung des Krieges basierte auf einer Serie unhaltbarer Annahmen.»¹⁴⁹

Wie sich nämlich herausstellte, stützten Kalron und Crosta ihre Thesen, die LRA sowie die Al-Shabaab würden sich vom Elfenbeinhandel finanzieren, lediglich auf ein Gespräch mit zwei anonymen Informanten in einem Hotel in Nairobi. ELI veröffentlichte erst 2016 in einer aktualisierten Version des Berichts den einsichtigen Kommentar: «Elfenbein spielte im Gesamtbudget von Al-Shabaab eine relativ kleine Rolle.»¹⁵⁰

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kam 2015 auch der LRA-Experte Ledio Cakaj in seinem Bericht «Tusk Wars» für die NGO Enough Project. Er interviewte systematisch LRA-Deserteur*innen und fragte sie nach dem Elfenbeinhandel. Sie bestätigten: LRA-Führer Kony würde kongolesisches Elfenbein bei Sudans Militärs gegen Waffen und Munition eintauschen. Die konkrete Menge sei schwer nachvollziehbar, aber «die Schätzungen sind recht gering im Vergleich zu anderen Wilderer-Netzwerken in der Region», heißt es in der Studie. Die Deserteur*innen nannten eine Zahl, die weit unter der im Bericht geschilderten drei Tonnen monatlich liegt, nämlich: «insgesamt ungefähr 100 Stück».¹⁵¹

Unhaltbare Annahmen sind das eine Problem. Das andere ist die gezielte Manipulation von Informationen durch militärische Akteure, um militärische Operationen zu rechtfertigen – ähnlich der Propaganda

im Krieg gegen den Terror. Wie sich nämlich im Nachhinein durch Recherchen von Journalist*innen und Wissenschaftler*innen herausstellte, waren die 26 Elefanten im Garamba-Nationalpark gar nicht von der LRA erlegt worden. Sie wiesen Schusswunden von Scharfschützengewehren im Schädel auf. Offenbar waren sie vom Hubschrauber aus erschossen worden. Die UN-Mission im Kongo (MONUSCO) ist im Besitz von Radaraufzeichnungen von ugandischen Armeehubschraubern, die zu jener Zeit unerlaubt in den kongolesischen Luftraum eingedrungen waren. Der Helikopter mit der Registrierungsnummer AF 605 gehörte zu Ugandas Luftwaffe, die zu jener Zeit unter amerikanischer Beratung bereits die Militäroperationen gegen die LRA jenseits ihrer eigenen Landesgrenzen anführte. LRA-Experte Kristof Titeca, der sich in den vergangenen Jahren intensiv bemühte, die Zusammenhänge klarzustellen, kommt 2019 wie viele andere Forscher*innen, die sich mit der Verbindung zwischen der Terrorismus-Saga und dem illegalen Elfenbeinhandel auseinandersetzen, zu dem Schluss, dass all die Falschaussagen, warum wer Elefanten tötet, eine «klare Agenda [haben] – nämlich Lobbyarbeit zu leisten für ugandische und amerikanische Militärs, um ihnen Zugang zur DR Kongo zu ermöglichen, wo sie die LRA jagen sollen».¹⁵²

Diese propagandistische Kriegsführung erzielte politische Erfolge: Nur wenige Tage nach dem Elefantenmassaker 2012 verkündete die Afrikanische Union (AU) die Entsendung einer regionalen Eingreiftruppe bestehend aus 5.000 Soldat*innen. Mit Ugandas Spezialeinheiten an der Spitze und von 100 Berater*innen der US-Streitkräfte unterstützt, wurde die sogenannte Jagd auf Kony letztlich zum gigantischen Plünderungsfeldzug im ressourcenreichen Drehkreuz zwischen Uganda, der DR Kongo, Südsudan und Zentralafrikanischer Republik. Sowohl ugandische als auch südsudanesischen Militärs bereicherten sich laut Recherchen von Journalist*innen am Elfenbein, ließen systematisch den Regenwald abholzen, suchten in den Minen im Wald nach Gold. Ugandas Armee verneint die Vorwürfe vehement.¹⁵³

Im Gegensatz zum Dzanga-Sangha-Park, wo die Wilderei unter Kontrolle gebracht wurde, gingen die Elefantenmassaker im Garamba-Park im großen Stil weiter. Dabei war auch hier Maisha von African Parks angeheuert worden, die Wilder*innen aktiv zu be-

¹⁴⁸ Vgl. Webseite der Firma Conservation Outcomes, Some of our clients, unter: <https://conservationoutcomes.org/conservation-clients>. ¹⁴⁹ White, Natasha: The «White Gold of Jihad»: violence, legitimisation and contestation in anti-poaching strategies, in: *Journal of Political Ecology* 1/2014, unter: <https://journals.ualr.arizona.edu/index.php/JPE/article/view/21146>. ¹⁵⁰ Crosta, Andrea/Sutherland, Kimberly: The White Gold of Jihad – Al Shabaab and the illegal Ivory trade, *Elephant Action-League* 2016, S. 8, unter: <https://earthleagueinternational.org/wp-content/uploads/2016/02/Report-Ivory-al-Shabaab-Oct2016.pdf>. ¹⁵¹ Cakaj, Ledio: Tusk Wars: Inside the LRA and the Bloody Business of Ivory, 26.10.2015, S. 12, unter: https://enoughproject.org/files/Tusk_Wars_10262015.pdf. ¹⁵² Titeca, Kristof/Edmond, Patrick: Outside the Frame: Looking Beyond the Myth of Garamba's LRA Ivory-Terrorism Nexus, in: *Conservation and Society* 3/2019, S. 258–269, unter: www.conservationandsociety.org/text.asp?2019/17/3/258/261497. ¹⁵³ UPDF in Kony hunt accused of rape, looting, *The Observer*, 2.3.2012, unter: www.observer.ug/news/headlines/17456-updf-in-kony-hunt-accused-of-rape-looting.

kämpfen und die Ranger*innen zu trainieren. Obwohl afrikaweit die Zahl der getöteten Elefanten nach 2016 deutlich zurückging, wurden allein im Garamba-Park 2017 rund 120 tote Elefantenkadaver gezählt. Mittlerweile sind im Garamba-Nationalpark gerade noch 1.200 Elefanten übrig. Forscher*innen wie Titeca sind sich sicher: «Der Garamba ist ein Honigtopf für Wilder*innen.» Doch die meisten von ihnen trugen Armeeuniformen der ugandischen oder südsudanesischen Streitkräfte.¹⁵⁴ Erst *nachdem* die Militäroperationen 2017 vorbei waren, ließ die Zahl der getöteten Elefanten im Garamba-Park nach. «In nur 18 Monaten ging die Wilderei auf Elefanten um 50 Prozent zurück – im Jahr 2018 wurden bislang nur zwei getötet», heißt es auf der Webseite anlässlich des 80-jährigen Bestehens des Parks im Jahr 2018.¹⁵⁵ Das falsche Narrativ, Terrorist*innen würden mit Kampfhubschraubern Elefanten jagen, hat sich jedoch bis heute gehalten. Auch Kirchgatter vom WWF Deutschland erwähnte es erneut 2019 im Interview als Beispiel für die extreme Hochrüstung der Mafia-ähnlichen Wildereinetzwerke, die als Grund dienten, warum es notwendig war, die Anti-Wilderei-Einheiten auszurüsten.

3.4 «EIN PAAR SCHLIMME JUNGS TÖTEN UND WAS GUTES TUN!»

Die vom Westen finanzierte und geförderte Militarisierung des Natur- und Artenschutzes geht mittlerweile so weit, dass ein Teil der Spezialausbildung für die Anti-Wilderei-Einheiten Ostafrikas nicht indirekt über Sicherheitsfirmen, sondern direkt von westlichen Militärs durchgeführt und zum Teil aus deren Verteidigungsbudgets finanziert wird. Der Militärattaché der britischen Botschaft in Uganda erklärt: «Wir trainieren nur – die Ausrüstung kommt von den Amerikanern.»¹⁵⁶ Er habe seit 2017 acht Trainingspakete für jeweils rund 30 Ranger*innen der verschiedenen Parks in Uganda organisiert. Die Parkranger*innen bekämen von der ugandischen Armee zuerst eine zehnwöchige Grundausbildung, anschließend würden drei britische Militärinstrukteur*innen aus der Infanterie die Offizier*innen sowie Spezialeinheiten ausbilden. Die Brit*innen müssen nicht von weit her einfliegen: Im Rahmen des Krieges gegen den Terror sind britische Ausbilder*innen ohnehin in Kenia stationiert. Sie kommen regelmäßig nach Uganda, um ugandische Soldat*innen der UPDF für ihren AU-Friedenseinsatz in Somalia fit zu machen. Danach reisen sie in die Nationalparks, um dort die Ranger*innen in denselben Methoden zu unterrichten. Man erhoffe sich neben Geldern aus dem Verteidigungsbudget mehr Unterstützung aus dem britischen Umweltministerium (DEFRA) oder von dritten Partnern, so der Attaché.¹⁵⁷ DEFRA bezahlt mittlerweile das 2018 in Malawi gestartete Trainingsprojekt für die dortigen Parkranger*innen durch britische Soldat*innen sowie ein ähnliches Projekt in Gabun.¹⁵⁸ Hier fließen also internationale Gelder, die für den Naturschutz vorgesehen sind, unter dem Deckmantel des Artenschutzes direkt in militärische

Unternehmungen im Rahmen des Krieges gegen den Terror.

In Tansania hatte die Ausbildung der Anti-Wilderei-Einheiten einen schlechten Start. 2012, kurz nach Douglas-Hiltons Rede im US-Senat, entschied sich eine kleine Gruppe US-Soldat*innen, die ihren Dienst in Afghanistan beendet hatte, ihre Kampferfahrungen in Ostafrika anzubieten. Sie gründeten die NGO Veterans Empowered to Protect African Wildlife (VETPAW), um «die unbestrittenen Fähigkeiten und Erfahrungen der 9/11-Veteranen zu nutzen», wie auf der Internetseite beschrieben wird.¹⁵⁹ Ihre Mission: Den Wildtierbestand in Tansania zu retten. Die Handvoll Veteran*innen, die in Tansania aufschlugen, hinterließen einen gemischten Eindruck: tätowiert, Kaugummi im Mund, ordinärer Jargon. Die vom Sender Animal Planet produzierte Dokumentarserie «Blood Ivory» (2017), die die Veteran*innen in die tansanische Savanne begleitet, zeugt von jungen Männern und Frauen mit unbehandelter posttraumatischer Stresssyndrom-Symptomatik (PTSD). VETPAW-Gründer Ryan Tate, damals gerade einmal 30 Jahre alt, erklärte, er habe sich in Afrika zu einem neuen «Krieg» gemeldet: «Jeder leidet unter PTSD, wenn er aus einem Krieg zurückkehrt [...]. Es gibt all diese Veteranen, die mit Milliarden von US-Dollar ausgebildet wurden, aber die Regierung braucht sie nicht mehr – ich habe Verwendung für sie gefunden.»¹⁶⁰

Seine Verwendung ließ sich täglich auf den sozialen Medien wie Instagram, YouTube oder Twitter mitverfolgen, wodurch VETPAW mehr Spenden einheimen wollte. Kurz bevor die ehemalige Mechanikerin der US-Armee, Kinessa Johnson, 2015 ins Flugzeug nach Ostafrika stieg, gab sie in den USA ein TV-Interview. Sie erklärte: «Wir werden ein paar schlimme Jungs töten und was Gutes tun!»¹⁶¹

Diese Medienöffentlichkeit wurde VETPAW letztlich zum Verhängnis. Tansanias Ministerium für Natürliche Ressourcen und Tourismus sowie die Polizei hatten VETPAW zuerst das Okay gegeben, die Ranger*innen im Ngorongoro-Schutzgebiet und im Rungwa-Game-Reserve zu trainieren. Mit ihrer Hilfe wurden 25 Wilder*innen festgenommen – ein Erfolg, der von VETPAW medial ausgeschlachtet wurde. Doch damit wurden die Medien auch auf das Zitat von Johnsons aufmerksam. Im Mai 2015 wurde VETPAW-Chef Tate morgens um drei Uhr in New York aus dem Bett geklingelt. Tansanias Tourismusminister Lazaro Nya-

¹⁵⁴ Interview mit Kristof Titeca, LRA-Experte, Kampala, Uganda, 28.11.2018. ¹⁵⁵ African Parks, DRC's Garamba National Park Hails Hopeful Turning Point at 80th Year Anniversary Commemoration, 13.6.2018, unter: www.africanparks.org/press-release/garamba-park-80-year-anniversary-commemoration. ¹⁵⁶ Hintergrundgespräch mit Militärattaché der britischen Botschaft in Uganda, Kampala, 12.2.2019. ¹⁵⁷ Ebd. ¹⁵⁸ Pressemitteilung des britischen Verteidigungsministeriums: Ministry of Defence expands counter-poaching training into two new parks in Malawi, London, 16.2.2018. ¹⁵⁹ Vgl. Webseite von VETPAW unter: www.vetpaw.org. ¹⁶⁰ Burke, Jason: US army veterans find peace in protecting rhinos from poaching, in: The Guardian, 30.5.2017, unter: www.theguardian.com/environment/2017/may/30/us-army-veterans-find-peace-protecting-rhinos-poaching-south-africa. ¹⁶¹ Anti-poaching project misfires in Tanzania, Aljazeera, 2.9.2015, unter: <http://america.aljazeera.com/articles/2015/9/2/anti-poaching-project-misfires-in-tanzania.html>.

landu gab in Daressalam eine Pressekonferenz: Er sei «erschüttert» und «enttäuscht» über diese Aussage und erklärte die Zusammenarbeit mit VETPAW für beendet.¹⁶² Angaben auf der VETPAW-Internetseite zufolge ist die NGO nach wie vor in Afrika aktiv. Wo genau, das wird allerdings nicht beschrieben.

US-Botschafter Mark Childress in Tansania ließ nach dem Skandal um VETPAW das 403. Bataillon für zivile Angelegenheiten vom US-amerikanischen Afrika-Kommando (AFRICOM) aus Stuttgart einfliegen. «Ich sage euch eins», erklärte er in seiner Kampfansage, «wenn ich ein Wilderer in Tansania wäre und morgens aufwachen würde und in den Nachrichten hören würde, dass AFRICOM hier ist – dann wäre das für mich eine wirklich schlechte Nachricht.»¹⁶³

Von 2015 bis 2018 sollten US-Militärs mit umgerechnet rund 13 Millionen Euro aus dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit USAID die tansanische Wildtierschutzbehörde Tansania Wildlife Management Agency (TAWA) fit machen. Eine 300-Soldat*innenstarke Anti-Wilderei-Einheit wurde ausgebildet. Rekrutiert wurden die Wildhüter*innen durch die tansanische Armee.¹⁶⁴ Neben Stiefeln, Ferngläsern, Taschenlampen und Uniformen erhielt TAWA Patrouillenfahrzeuge und Telekommunikationssysteme aus den USA.¹⁶⁵

Mit deutscher Hilfe wurden zur selben Zeit die Wildtierschutzbehörde TAWA und die Strafverfolgungsbehörden umorganisiert. Seit 2016 gibt es ein Komitee, in dem sich sowohl Vertreter*innen der TAWA als auch des WWF, der ZGF, der KfW sowie der tansanischen Regierung und Vertreter*innen der lokalen Bevölkerung vierteljährlich treffen. Es wurde ein Notfallplan aufgesetzt, berichtet der WWF in Berlin, die Rollenverteilung koordiniert und die Maßnahmen im Bereich Strafverfolgung und Gemeindeprojekte abgestimmt. Das BMZ hat über die KfW dafür 18 Millionen Euro für vier Jahre bereitgestellt.¹⁶⁶ Haupteinnahmequelle der TAWA soll jedoch in Zukunft der Tourismus sein, so der für Tansania zuständige WWF-Vertreter Kirchgatter.¹⁶⁷ Das Land hat mittlerweile ein Viertel seiner Fläche als Schutzgebiet deklariert.

Immerhin: In Tansania ist die Trendwende im Kampf gegen die Wilderei geschafft. Symbolisch steht dafür das Urteil in einem Prozess gegen den womöglich größten Wilderer-Ring Afrikas: 15 Jahre Haft und eine Geldstrafe von umgerechnet 11,6 Millionen Euro – so lautet der Richterspruch im Fall der sogenannten Elfenbeinkönigin im Februar 2019. Das Gericht in Daressalam verurteilte sie zudem wegen Führung einer kriminellen Vereinigung.¹⁶⁸ Die Chinesin Yang Fenglan galt jahrzehntlang als die Patin eines chinesischen Mafiarings aus chinesischen Investor*innen und Politiker*innen, der den Elfenbeinhandel aus Ostafrika nach China und Vietnam wie ein Kartell dominierte und über 2,25 Millionen Euro Profit erwirtschaftet hatte. Laut Gerichtsurteil hatte sie 840 Stoßzähne zwischen 2000 und 2014 außer Landes geschmuggelt – dafür wurden 420 Elefanten getötet.

Im Zuge des Verfahrens wurde auch die Zusammenarbeit der Chines*innen mit tansanischen Offiziellen im Geschäft um das Elfenbein bekannt: Als 2014 der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas Xi Jinping auf seiner ersten Auslandsreise nach Tansania geflogen war, verdoppelten sich die Elfenbeinpreise am Tag vor seiner Ankunft auf umgerechnet 631 Euro pro Kilo. Tausende Kilogramm Elfenbein wurden im Diplomatengepäck der Präsidentenmaschine nach China ausgeflogen.¹⁶⁹ Ohne die tief verwurzelte Korruption in der politischen Elite in Tansania wären solche Megadeals unmöglich, so Rebeca Sandoval von EAGLE, einer NGO, die sich gegen Korruption im Wildtiergeschäft einsetzt. Sie erklärt: «Im Handel mit Wildtierprodukten ist Korruption überall zu 100 Prozent garantiert.»¹⁷⁰ Ohne die schützenden Hände zahlreicher Offizieller in den Wildtierschutzbehörden, im Zoll und in der Politik wäre das Problem mit dem Elfenbeinhandel deutlich geringer. Für sie geht Naturschutz nur Hand in Hand mit gezielter Korruptionsbekämpfung.¹⁷¹

Die Game Rangers Association of Africa lobte in einer Pressemitteilung zwar das zunehmende Engagement ausländischer Ausbilder*innen im Wildtierschutz, klagte jedoch: «Auch wenn es sich um ehrenwerte Intentionen handele, gebe es zunehmend Bedenken.»¹⁷² Der Hauptkritikpunkt: Die Arbeit der Ranger*innen unterscheidet sich kaum noch von der eines Soldaten oder einer Soldatin in einem Kriegsgebiet. Der Gebrauch von Scharfschützengewehren würde aber im Einsatz gegen Wilder*innen unmittelbar zur Verhaftung der Ranger*innen führen, denn «Ranger müssen stets die grundlegenden Menschenrechte respektieren, wenn sie mit Verdächtigen umgehen», so die Empfehlung.¹⁷³

3.5 DROHNEN, SATELLITEN UND ÜBERWACHUNGSTECHNOLOGIEN – NATURSCHUTZ 2.0

Bereits Elefantenforscher Douglas-Hamilton hatte in seiner Rede vor dem US-Senat 2012 ein ganzes militärisches Arsenal für die Parks verlangt: Hubschrauber, Flugzeuge, Drohnen, GPS-Sender, die in Wildtiere eingepflanzt werden, um via Satellitenverbindung ihre Bewegung zu verfolgen, sowie andere «Hightechlösun-

¹⁶² Pressemitteilung des tansanischen Umweltministeriums, Waziri aagiza kikundi cha Kimarekani kifutike Ngorongoro, Wavuti 2015. ¹⁶³ Pressevideo der Combined Joint Task Force – Horn of Africa, AFRICOM Provides Supplies and Training for Game Rangers in Tanzania, Stuttgart, 5.2.2015, unter: www.hoa.africom.mil/video/10592/africom-provides-supplies-and-training-for-game-rangers-in-tanzania. ¹⁶⁴ Namkwahe, John/Nyakeke, Beldina: Tanzania launches 300-man strong anti-poaching force, in: The Citizen, 17.11.2018, unter: www.thecitizen.co.tz/News/1840340-4856190-j08xqz/index.html. ¹⁶⁵ Pressemitteilung der US-Botschaft in Tansania, US and Tanzania Cooperate to Combat Poaching and Illicit Wildlife Trafficking, Daressalam, 4.4.2018. ¹⁶⁶ Deutsche Bundesregierung, Antwort auf die Kleine Anfrage «Großwildjagd auf bedrohte Arten und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit» der Abgeordneten Steffi Lemke, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/13379, Berlin, 11.9.2017, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813552.pdf>. ¹⁶⁷ Interview mit Johannes Kirchgatter, WWF-Vertreter Deutschland, Berlin, 8.5.2019. ¹⁶⁸ Schindwein, Simone: 15 Jahre Haft, 2019. ¹⁶⁹ Ebd. ¹⁷⁰ Interview mit Rebeca Sandoval, EAGLE, Kampala, Uganda, 18.2.2019. ¹⁷¹ Ebd. ¹⁷² Game Rangers Association of Africa, The use of military and security personal and tactics in the training of Africa's Rangers, unter: www.gameranger.org/news-views/media-releases/170-media-stat. ¹⁷³ Ebd.

gen». Konkret nannte er Softwareanwendungen, die seine NGO gerade entwickelt: «Ein Algorithmus, der Verletzungen und Tod» feststellen und dann automatisch Patrouillen alarmieren könne.¹⁷⁴

Seine Forderungen waren erfolgreich: 2016 wurde in den USA das Globale Anti-Wilderei-Gesetz verabschiedet, das letztlich die US-Entwicklungsagentur USAID beauftragte, auch in Afrika gegen die Wilderei vorzugehen.¹⁷⁵ In Paragraf 401 heißt es ausdrücklich: «Die USA sollen weiterhin militärische Güter (jedoch keine signifikante Ausrüstung), Verteidigungsdienste und relevante Ausbildung von angemessenen Sicherheitskräften in die afrikanischen Länder liefern, die dem Zweck des Kampfes gegen den Wildtierhandel und die Wilderei dienen.»¹⁷⁶

Wer heute den Kontrollraum eines modernisierten afrikanischen Nationalparks betritt, glaubt seinen Augen kaum. «Es erinnert an einen James-Bond-Film oder an «Jurassic Park», so Politikwissenschaftler Christopher Day, der zahlreiche solcher Kontrollzentren besucht hat.¹⁷⁷ Auf gigantischen Bildschirmen können die Sicherheitsanalyst*innen von Maisha oder anderer privater Firmen die Bewegung von Elefantenherden als grüne Punkte nachvollziehen. Vor allem die großen und wertvollen Tiere wie Löwen, Gorillas oder Elefanten sind mittlerweile in den meisten Parks mit GPS-Sendern ausgestattet. An strategischen Wasserstellen, wo sich Tiere in großen Herden sammeln und eine leichte Beute für Wilder*innen darstellen, sind Kameras installiert. Ranger*innen tragen ebenso GPS-Sender, um auch ihre Bewegung zu überwachen und sie im Notfall per Funk zu verständigen. Dank ausgefeilter Überwachungstechnologie lassen sich Eindringlinge aufspüren: Betritt eine Wilderin oder ein Wilderer mit Handy den Park, registrieren die Funkmasten ein nicht identifiziertes Signal. Drohnen werden gestartet, um die Person ausfindig zu machen. Mittels Kleinflugzeugen, Hubschrauber oder Geländewagen können dann Anti-Wilderei-Einheiten losgeschickt werden. Diese sind mit schusssicheren Westen, Scharfschützengewehren, Nachtsicht- sowie Wärmebildkameras ausgestattet. So viele Hightechgeräte haben manch afrikanische Armeen und Geheimdienste nicht.

All diese Ausrüstung ist extrem teuer. Ihre Anschaffung wird in der Regel über internationale Gelder zur Anti-Wilderei-Bekämpfung finanziert. Die nationalen Budgets vieler Wildtierschutzbehörden sind aus Sicherheitsgründen nicht für die Öffentlichkeit einsehbar. Daher ist es schwer zu sagen, wie viel in jeden Park investiert wird; nicht nur in die Anschaffung, sondern auch in die Wartung der Geräte sowie die Ausbildung von Expert*innen, die mit der Technik umgehen können. Ugandas «Elephant Actionplan» von 2016 bis 2026, den die UWA im Rahmen des MIKE-Projekts von CITES aufgesetzt hat, ermöglicht einen kleinen Einblick: Die Anschaffung der Geräte und Software ist dort zwar nicht aufgeschlüsselt, dafür aber die Ausbildungsprogramme – von Hundestaffeln über Geheimdienstabteilungen bis hin zu Gemeinde-

Pfadfinder*innen in den Dörfern, die den Behörden Informationen über potenzielle Wilder*innen liefern. Das Budget umfasst umgerechnet rund 4,5 Millionen Euro.¹⁷⁸

Finanziert wird dies fast ausschließlich von westlichen Gebern. In den acht ostafrikanischen Fokusländern, die von CITES für das sogenannte MIKE-Projekt auserkoren wurden – unter anderem Kenia, Tansania und Uganda –, wurde die Anschaffung der Drohnen und Überwachungstechnologien über ein Projekt der EU finanziert und vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sowie WCS implementiert.¹⁷⁹ USAID hat über die WCS wiederum von Maisha durchgeführte Trainings bezahlt. Die NGO Save the Elephants setzte gemeinsam mit WCS sowie der Stiftung Earth Alliance von Leonardo DiCaprio den Elephant Crisis Fund auf, der «schnell» die «besten Ideen fördert», wie auf der Webseite angepriesen wird. In den vergangenen Jahren wurden umgerechnet rund 18 Millionen Euro ausgezahlt, um 257 Anti-Wilderei-Projekte in Afrika zu ermöglichen.¹⁸⁰

Die Ausstattung der afrikanischen Wildtierschutzbehörden mit Hochtechnologie, die in westlichen Industrienationen hergestellt wird, führt zunehmend zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsakteuren der Verteidigungsindustrie, westlichen Naturschutzorganisationen sowie den internationalen Gebern. Seit 2016 werden die amerikanischen Super-Bat-DA-50-Drohnen von der US-Firma Bathawk Recon, die eine Partnerschaft mit den örtlichen Behörden eingegangen ist, direkt nach Tansania geliefert. Mike Chambers, der sowohl Leiter von Bathawk Recon als auch Vorsitzender der NGO Elephant Survival Organisation (ESO) ist, sieht darin den Vorteil, dass so auch andere NGOs die Fluggeräte nutzen könnten, um weitere Naturschutzmaßnahmen zu unterstützen.¹⁸¹

Mit der zunehmenden Technologisierung des Naturschutzes sehen mittlerweile auch Techkonzerne in Afrikas Naturschutzbehörden ihre zukünftigen Kunden: Mithilfe des WWF und einer Spende von über 4,5 Millionen Euro von Google wurden 2017 Bathawk-Drohnen an African Parks geliefert, um ein umfassendes Experiment in Malawi zu starten, das die Wirksamkeit von Drohnen im Kampf gegen die Wilderei untersuchen soll.¹⁸² Seit 2017 arbeitet die Onlineplattform Instagram mit Naturschutz-NGOs wie WWF und TRAFFIC zusammen und meldet ihnen, wenn Nutzer*innen Suchmel-

¹⁷⁴ Zeugenaussage von Iain Douglas-Hamilton vor dem Ausschuss des US-Senats zur Außenpolitik, 2012. ¹⁷⁵ Vgl. den Gesetzestext: H.R. 2494 (114th): Eliminate, Neutralize, and Disrupt Wildlife Trafficking Act of 2016, 23.9.2016, unter: www.govtrack.us/congress/bills/114/hr2494/text. ¹⁷⁶ Ebd. ¹⁷⁷ Telefoninterview mit Christopher Day, Politikwissenschaftler, 18.7.2019. ¹⁷⁸ UWA, Elephant Conservation Action Plan for Uganda 2016–2016, Kampala 2016. ¹⁷⁹ Anderson, Lauren: EU Funds CITES, UNODC and CMS Collaboration on Wildlife Conservation, IISD, 14.12.2017, unter: <https://sdg.iisd.org/news/eu-funds-cites-unodc-and-cms-collaboration-on-wildlife-conservation/>. ¹⁸⁰ Elephant Crisis Fund, Overview Report, 2018, unter: <https://assets.takeshape.io/207c4ff8-bdf4-4529-970e-b992d4539152/dev/114333f4-1d26-424c-8d05-ed54b1c4d21c/Elephant%20Crisis%20Fund%202018%20Overview.pdf>. ¹⁸¹ Mike from Bathawk Recon talking about the Super Bat DA-50 trial, Youtube, 14.11.2015, unter: www.youtube.com/watch?v=o64hQeKVzF8. ¹⁸² Nuwer, Rachel: High Above, Drones Keep Watchful Eyes on Wildlife in Africa, in: The New York Times, 13.3.2017, unter: www.nytimes.com/2017/03/13/science/drones-africa-poachers-wildlife.html.

dungen eingeben, die in Zusammenhang mit Wilderei gebracht werden könnten.¹⁸³

Der WWF ist mittlerweile ein großer Kunde für die Drohnentechnologie. Seit 2012 testet die NGO im Rahmen seines Projekts Wildlife Crime Technology die Anwendung von Hochtechnologien im Artenschutz. Die Erfolgsgeschichten werden auf der WWF-Webseite veröffentlicht.¹⁸⁴

Afrikas führendes Rüstungsunternehmen hat die Parkbehörden als neue Kunden gewinnen können. Ivor Ichikowitz ist der Gründer und Geschäftsführer der südafrikanischen Paramount Group und einer der reichsten Unternehmer des Kontinents. Seine Firma produziert Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe und gepanzerte Fahrzeuge. Zu ihren Abnehmern gehören Regime wie in Saudi Arabien und Kasachstan und neuerdings auch afrikanische Nationalparks. Ichikowitz' gleichnamige Familienstiftung will sich in Zukunft für den Artenschutz in Afrika einsetzen, verkündete der Milliardär auf einem Forum in Griechenland zu Beginn des Jahres 2019. Bereits 2016 lieferte Paramount Kampfhubschrauber zur Wildereibekämpfung an die National Parks Agency in Gabun. Auf der Webseite der Stiftung prangt eine lange Liste afrikanischer Parkbehörden und NGOs, die von Paramount mit Trainings und Ausrüstung versorgt wurden. Berühmt geworden ist die weltweit erste K9-Hundestaffel zum Aufspüren von Wilder*innen, die mithilfe von Fallschirmen aus dem Flugzeug oder Hubschrauber heraus abspringen kann.¹⁸⁵

Mittlerweile sind auch deutsche Rüstungsunternehmen an den afrikanischen Nationalparks interessiert. Der führende Rüstungskonzern Rheinmetall AG hat 2016 ein Gesamtkonzept für die Rundumüberwachung der Parks entworfen: Drohnen, Satellitenüberwachung sowie elektrische, mit Sensoren ausgestattete Zäune.¹⁸⁶ Der ehemalige Entwicklungsminister und heutige Cheflobbyist von Rheinmetall, Dirk Niebel, hat dem BMZ im Jahr 2016 ein 20 Millionen Euro umfassendes Konzept für den Etosha-Park in Namibia vorgelegt, wofür sich das Unternehmen eine Anschubfinanzierung aus deutschen Steuergeldern erhoffte. Auch mit WWF, GIZ, KfW und dem US-Außenministerium habe Niebel gesprochen. «Wir stellen wie in einem Warenhaus vor, was möglich ist», so Niebel, ein Baukastensystem, «in dem man dann modulartig aussuchen kann, was man haben möchte und was man gebrauchen kann».¹⁸⁷ Namibia sei ein «gutes Umfeld», um die «teure Variante des Wildtierschutzes» anzuwenden, heißt, die präventive Verhinderung der Wilderei sowie die Wilder*innen dingfest zu machen und einzusperren. «Es gibt andere Länder, da kostet die Bekämpfung der Wilderei den Preis einer Patrone.»¹⁸⁸ Das BMZ stellt jedoch auf Anfrage klar, die Rheinmetall-Vorschläge würden nicht weiterverfolgt.¹⁸⁹

Doch auch die Deutschen haben über den WWF neue Technologien geliefert. Drohnen, Nachtsicht- und Infrarotkameras seien zwar effektiv, aber nur das i-Tüpfelchen, so Kirchgatter, nachdem die Wildhüter*innen,

Fahrzeuge und Stromanschluss bezahlt seien. Oft fehle es an Gummistiefeln. «Eine Militarisierung ist nicht Ziel und Lösung des Problems», erklärt er.¹⁹⁰ Vonseiten des BMZ heißt es klar: Es werden keine militärischen Geräte geliefert. Als Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN listet die Bundesregierung die Gegenstände auf, die sie seit 2009 in Kooperation mit der ZGF bereitgestellt habe: Darunter Kleinflugzeuge, Motorräder und Lastwagen, Satelliten-Internet-Verbindungssysteme, Rangeruniformen, Wärmebildkameras, Navigationsausrüstung, Funkgeräte sowie Ausrüstungsgegenstände zum Aufbau von Artenschutz-Spürhundeeinheiten.¹⁹¹

3.6 «SHOOT TO KILL» – EIN SCHIESS-BEFEHL AUF WILDER*INNEN?

In ihrem Aufsatz «Waging War to Save Biodiversity» kommt die Wissenschaftlerin Rosaleen Duffy von BioSec zu dem Schluss: Die Zunahme militärischer Akteure im Naturschutzsektor führte in den vergangenen Jahren zu einem grundlegenden Richtungswechsel in den Naturschutzansätzen. Waren in den 1980er und 1990er Jahren noch mehr partizipative Ansätze gepflegt worden, mit denen die lokale Bevölkerung in die Anstrengungen des Natur- und Artenschutzes mit einbezogen werden sollte, werden die Menschen mittlerweile zunehmend als Feinde betrachtet und die Schutzgebiete mithilfe ausgefeilter Überwachungstechnologien wie Festungen verteidigt.¹⁹²

Die mutmaßliche Verbindung zwischen Wilder*innen, Rebell*innen und Terrorist*innen rechtfertigte zudem den erneuten Einsatz brutaler Methoden, der schon vor Jahrzehnten als unhaltbar galt. Bereits 1988 hatte der damalige kenianische Präsident Daniel Arap Moi der Wildtierschutzbehörde KWS einen Schießbefehl gegen Wilder*innen erteilt. In Simbabwe und Tansania wurden in den 1980er und 1990er Jahren gezielte Operationen gegen Wilder*innen in den Parks und den umliegenden Gemeinden durchgeführt, ebenfalls mit der Erlaubnis zu schießen. Berühmt geworden ist die 1987 in Südafrika durchgeführte «Operation Lock», die vom WWF als Anti-Wilderei-Mission finanziert wurde. Der WWF heuerte damals die private südafrikanische Sicherheitsfirma KAS Enterprises an, die enge Beziehungen zum Apartheidregime unterhielt. Sie nutzten Kampfhubschrauber, um mutmaßliche Wilder*innen

¹⁸³ Burton, Bonnie: How Drones, Instagram, and Google's AI Are Helping Endangered Animals, Inc, 29.6.2018, unter: www.inc.com/bonnie-burton/how-drones-instagram-googles-ai-are-helping-endangered-animals.html. ¹⁸⁴ Vgl. WWF, Wildlife Crime Technology Projects, o. J., unter: www.worldwildlife.org/projects/wildlife-crime-technology-project. ¹⁸⁵ Vgl. Webseite der Ichikowitz-Stiftung unter: <https://ichikowitzfoundation.com/index.php/conservation/>. ¹⁸⁶ Projektvorschlag der Rheinmetall AG: Anti Poaching Concept – Rheinmetall International Engineering, April 2016. ¹⁸⁷ Interview mit Dirk Niebel, ehemaliger Entwicklungsminister, Berlin, 5.6.2019. ¹⁸⁸ Ebd. ¹⁸⁹ BMZ, Schreiben von Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin des BMZ an MdB Eva-Maria-Schreiber, Betreff: Ihre schriftliche Anfrage Nr. 3/336 vom 23.3.2019, Berlin, 3.4.2019. ¹⁹⁰ Interview mit Johannes Kirchgatter, WWF-Vertreter Deutschland, Berlin, 8.5.2019. ¹⁹¹ BMZ, Schreiben von Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin des BMZ an MdB Eva-Maria-Schreiber, 3.4.2019, Berlin. ¹⁹² Duffy, Rosaline: Waging War to Save Biodiversity – The Rise of Militarised Conservation, in: International Affairs 4/2014, S. 819–834, unter: <http://eprints.whiterose.ac.uk/109071/1/Duffy-Int%20Affairs%20pre%20publication%20version.pdf>.

in den Parks aufzustöbern. Bereits damals wurde bekannt, dass die KAS-Söldner*innen vor allem Jagd auf Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung, also auf politische Gegner*innen, machten.¹⁹³

In Ländern wie Botswana ist diese «Shoot to Kill»-Politik, die dort 2013 ausgerufen wurde, aber keine gesetzliche Grundlage hat, nach wie vor aktuell. 2015 wurde in den Medien publik, dass botsuanische Wildhüter*innen 30 Namibier*innen und 22 Simbabwe*innen getötet hatten, die sie in den grenznahen Parks als Wilder*innen angetroffen hatten.¹⁹⁴ Tshakedi Khama, Botswanas Umwelt- und Tourismusminister und Bruder des damaligen Präsidenten Ian Khama, erklärte: «Wenn du nach Botswana kommst, um zu wildern, dann besteht die Möglichkeit, dass du nicht lebend zurückkehrst.»¹⁹⁵

Diese Politik hatte Erfolg: Jahrelang wurde in Botswana kein Elefant erlegt. Die botsuanischen Parks galten als so sicher, dass ganze Herden aus den Nachbarländern migrierten, vor allem Elefanten und Nashörner. Das Land beherbergt mittlerweile die größten Elefantenbestände Afrikas. Als Botswanas neuer Präsident Mokgweetsi Masisi 2018 diesen Schießbefehl wieder aufhob und die Parkranger*innen radikal entwaff-

nen ließ, wurden kurz darauf rund 90 Elefantenkadaver gefunden. In einer Pressemitteilung kritisierte die Regierung Medienberichte, wonach die Wilder*innen wieder nach Botswana gekommen seien, da dort die Ranger*innen keine Waffen mehr tragen würden. Vielmehr sei mittlerweile die Armee beauftragt worden, gegen Wilder*innen vorzugehen, so die Erklärung der Regierung.¹⁹⁶ Die «Shoot to kill»-Politik wurde also gar nicht aufgegeben, statt den Wildhüter*innen übernimmt die Armee nun offiziell diese Aufgabe.

2018 wurde im Queen-Elizabeth-Park in Uganda eine Gruppe unbewaffneter Wilder*innen, die einen Büffel mit Fallen erlegt hatte, von den Ranger*innen erwischt und erschossen. Präsident Yoweri Museveni bekräftigte daraufhin bei einem Besuch des Parks die «Shoot to kill»-Politik, tadelte aber den Parkchef Eduard Asalu mit den Worten: «Wenn jemand eine Waffe trägt, dann sollt ihr schießen – doch wenn sie nur Speere und Netze tragen, warum tötet ihr sie?»¹⁹⁷ Auch Asalu bestätigt im Interview indirekt die «Shoot to kill»-Politik: «Diejenigen, die bewaffnet in den Park kommen, die kann man nicht einfach verhaften. Ich denke, Sie wissen das», sagt er und deutet damit an, dass es in diesem Fall üblich ist, auf bewaffnete Eindringlinge zu schießen.¹⁹⁸

¹⁹³ Hanks, John: Operation Lock and the War against Rhino-Poaching, Kapstadt 2015. ¹⁹⁴ Tebele, Mpho: Masisi revokes «Shoot to kill policy», Africa Sustainable Conservation News, 25.5.2018, unter: <https://africasustainableconservation.com/2018/06/01/botswana-masisi-ends-shoot-to-kill-approach-to-conservation/>. ¹⁹⁵ Chiu, Allyson: Nearly 90 elephants killed for tusks near Botswana wildlife sanctuary, group says. Government disputes claim, in: The Washington Post, 7.9.2018, unter: www.washingtonpost.com/news/morning-mix/wp/2018/09/04/its-open-season-for-poachers-nearly-90-elephants-killed-for-tusks-near-botswana-wildlife-sanctuary/?noredirect=on. ¹⁹⁶ Lang, Chris: The strange story of Botswana's elephant massacre, Conservation Watch, 11.9.2018, unter: www.conservation-watch.org/2018/09/11/the-strange-story-of-botswanas-elephant-massacre/. ¹⁹⁷ Schlindwein, Simone: Der Elefant im Kürbisacker, in: die tageszeitung, 12.3.2019, unter: <https://taz.de/Park-Ranger-schiessen-auf-Einheimische/!5576494/>. ¹⁹⁸ Interview mit Eduard Asalu, Direktor des Queen-Elizabeth-Parks, Uganda, 22.1.2019.

4 MORD, FOLTER, VERGEWALTIGUNG – FOLGEN FÜR DIE LOKALE BEVÖLKERUNG

Seit 2016 steigt die Elefantenpopulation wieder. Es kommt afrikaweit dadurch allerdings zu immer mehr Konflikten zwischen Wildtieren und der Bevölkerung, denn vielen Nationalparks fehlt es an den nötigen Pufferzonen. Der Übergang von Ackerland zum Nationalpark ist oftmals fließend. Deshalb vermeldet CITES derzeit wieder in ganz Afrika steigende Zahlen erlegter Elefanten durch die lokale Bevölkerung. Sie werden jedoch nicht wegen ihrer Stoßzähne getötet, sondern weil sie sich bei der Ernte der Bäuerinnen und Bauern bedienen.¹⁹⁹

Jüngste Entwicklungen in Simbabwe zeigen, dass aufgrund des fortschreitenden Klimawandels der knallharte Artenschutz kaum aufrechterhalten werden kann. Im November 2019 meldete Zimbabwes Parks and Wildlife Management Authority (ZimParks), dass über 200 Elefanten in diesem Jahr aufgrund anhaltender Dürre und Wassermangel verendet seien.²⁰⁰ Doch ZimParks-Pressesprecher Tinashe Farawo fügt hinzu: Nicht alle Tiere seien aufgrund von Hunger und Durst gestorben, viele seien von Bäuerinnen und Bauern rund um die Nationalparks getötet worden. In jüngsten Konflikten zwischen aggressiven Dickhäutern und der örtlichen Bevölkerung, die von Dürre, Hunger und Durst ebenso betroffen ist, seien mindestens 20 Menschen durch Elefantenattacken gestorben. ZimParks begann daraufhin, tonnenweise Heu als Futtermittel in die Parks zu liefern und 6.000 Tiere in weniger betroffene Schutzgebiete umzusiedeln.²⁰¹ Eine gezielte Dezimierung der zweitgrößten Elefantenbestände des Kontinents ist aufgrund des Artenschutzabkommens CITES, das Simbabwe unterzeichnet hat, jedoch nicht möglich. In dem bettelarmen Land zeigt sich derzeit, dass der von westlichen Gebern finanzierte Artenschutz in Afrika zunehmend mehr zum Nachteil der Menschen aufrechterhalten und ausgeweitet wird. Die negativen Folgen dieser Ansätze werden jedoch nur selten in den Medien publik, Zahlen und Statistiken gibt es kaum. Die Schicksale der leidtragenden Menschen bleiben meist unbeleuchtet. Deswegen legt diese Studie darauf Wert, die Entwicklungen im Artenschutz auch aus der Perspektive der Betroffenen zu erzählen. Denn klar ist: Der vom Westen finanzierte Natur- und Artenschutz in Afrika hat von Beginn an Konflikte und Konkurrenzsituationen zwischen Menschen und Tieren angeheizt, die sich durch den zunehmenden Klimawandel in der Zukunft noch verschärfen werden.

4.1 UGANDA: DER ELEFANT AUF DEM KÜRBISACKER

Der Queen-Elisabeth-Park in Uganda ist eines jener Naturschutzgebiete in Afrika, in denen sich als Folge des erfolgreichen Kriegs gegen die Wilderei die Elefantenpopulation extrem vergrößert hat. In den vergangenen zwei Jahren ist sie von 2.000 auf

4.000 Stück gestiegen – ein Erfolg für Regierung und Naturschützer*innen. Doch für Januario Twinomuhangi, Vorsteher des Dorfes Katara am Rande des Parks, ist es eine Katastrophe. Denn aus bislang nicht erforschten Gründen ernähren sich die Elefanten immer weniger vom Savannengras und immer mehr von Melonen, Kürbissen und Mais – seit Neuestem sogar von Kaffeebohnen, die die Tiere aggressiv machen, so Twinomuhangi.²⁰²

«Es ist ein Krieg zwischen Mensch und Tier», fasst er die Lage zusammen und hockt sich am Rande seines Kürbisackers auf die Lauer. Jede Nacht müssen die Einwohner*innen der an den Park grenzenden Dörfer Wache schieben, um ihre Ernte und damit ihr Überleben zu sichern. Sie sind mit Speeren, Macheten und Stöcken bewaffnet, zur Notwehr: «Wenn wir Elefanten töten, werden wir verhaftet oder erschossen», wissen die Bewohner*innen. Eigentlich seien die Parkwächter*innen mit ihren Kalaschnikows zuständig, die Wildtiere im Park zu halten, erklärt der Dorfvorsteher. «Doch wenn wir sie anrufen, dann fordern sie Geld, sonst kommen sie nicht».²⁰³

Die Menschen rund um den Queen-Elisabeth-Park fühlen sich in jeder Hinsicht als Verlierer der Militarisierung des Naturschutzes. Bis vor Kurzem hatte die Stiftung UCF noch einen Großteil ihrer Gelder in Gemeindeprojekte investiert. Sie schulte die Bäuerinnen und Bauern in Bienenzucht und spendierte ihnen Schutzanzüge und Materialien für die Imkerei. Da Elefanten Angst vor Bienen haben, wurden zwischen Park und Äckern über 100 Bienenstöcke aufgestellt, die durch einen Draht miteinander verbunden sind – ein sogenannter Bienenzaun. Aus dem Erlös des Honigverkaufs erwirtschaften die Bäuerinnen und Bauern das Schulgeld für ihre Kinder. Sie erhofften sich eine Verlängerung des Projekts für das Jahr 2019, um weitere Dörfer rund um den Park mit Bienenzäunen auszustatten. Doch UCF stellte das Gemeindeprojekt ein, um mehr Geld in die militärische Ausstattung und Ausbildung der Parkranger*innen zu investieren.²⁰⁴ Einige internationale und nationale UCF-Mitarbeiter*innen haben als Reaktion auf diesen Paradigmenwechsel bereits ihre Anstellung gekündigt.

Seit Januar 2019 errichtet die Parkverwaltung mit Finanzmitteln der NGO Space for Giants einen 20 Kilometer langen elektrischen Zaun, der 2020 mit Überwa-

¹⁹⁹ CITES, African elephant poaching down, 2017. ²⁰⁰ Dzirutwe, McDounald: Zimbabwe set to move hundreds of starving animals owing to drought, Business Day, 11.11.2019, unter: www.businesslive.co.za/bd/national/2019-11-11-zimbabwe-set-to-move-hundreds-of-starving-animals-owing-to-drought/. ²⁰¹ Nature World News, Death from Elephant-Man Conflict Rises as Drought Worsens in Zimbabwe, 26.10.2019, unter: www.natureworldnews.com/articles/42386/20191026/death-elephant-man-conflict-rises-drought-worsens-zimbabwe.htm. ²⁰² Interview mit Januario Twinomuhangi, Dorfvorsteher, Katara, Uganda, 20.1.2019. ²⁰³ Ebd. ²⁰⁴ Interview mit Judith Amanya, UCF-Projektmanagerin für die Gemeindeprojekte, Katara, 21.1.2019.

chungskameras bestückt werden soll. Er soll die Tiere drinnen und die Menschen draußen halten. Ein Starkstromzaun ist im Vergleich zu den Bienenstöcken das teurere und aufwendigere Konzept, um die Ernte der Bäuerinnen und Bauern vor den Wildtieren zu schützen. Die Vorsteher der angrenzenden Gemeinden versprechen sich viel davon: vor allem wieder mehr nächtlichen Schlaf und eine sichere Ernte.

Doch der Zaun demarkiert letztlich auch das Hoheitsgebiet des Parks. Die Landenteignung im Zuge der Kolonialisierung wird durch die feste Installation nun endgültig. Teilweise versucht die Parkleitung, diese Grenzen sogar auszuweiten: «Mein Vater hat den britischen Kolonialherren 1952 Teile unseres Gemeindefeldes für den Park überlassen und damals die Grenze dort unten festgelegt», berichtet Richard Akureeba, Vorsteher des Dorfes Bihingo, einige Kilometer von Kataka entfernt, und deutet den Hügel hinab auf die Savanne.²⁰⁵ Doch dann seien 2004 die Geolog*innen der Regierung mit bewaffneten Parkwächter*innen nach Bihingo gekommen. Sie zeigten Akureeba GPS-Koordinaten für die Grenze – mitten im Dorf. Heute liegt dort, wo früher noch Häuser standen, ein Grenzstein. Die Einwohner*innen hatten keine Wahl: Einige mussten umsiedeln, Hütten wurden abgerissen. 15 Jahre später zieht ein reicher Investor sein Luxushotel rund um den Grenzstein hoch. Tourist*innen dürfen gegen Gebühr im Park ein und aus gehen. Dorfvorsteher Akureeba hingegen gelang es lediglich, mit der Parkverwaltung auszuhandeln, dass seine Gemeindemitglieder an einem Tag in der Woche Feuerholz im Park suchen dürfen: «Immer montags», sagt er, «wenn wir dienstags Holz holen, riskieren wir unser Leben.»²⁰⁶

Durch die zunehmend befestigten Zaunanlagen rund um die Parks kommt es vielerorts zu verstärkten Landkonflikten. Dies zeigt sich im ugandischen Dorf Nyakahita: Nur einen Steinwurf vom Elektrozaun entfernt sitzt im Januar 2019 Dorfvorsteher Medard Akampurira mit einem UWA-Vertreter unter einem Akazienbaum auf Plastikstühlen, um die Grenzziehung zu besprechen. In Zukunft soll auch hier der Elektrozaun entlanggeführt werden – quer durch die Baumwollfelder. Beide Seiten sind sich einig: Der Zaun könne die Konflikte zwischen Tier und Mensch entzerren. Doch jetzt geht es um jeden Quadratmeter Land.

Im Zuge der Militarisierung sind die bislang schlecht ausgestatteten und daher ineffektiven Parkverwaltungen Afrikas nun immer besser in der Lage, ihre territorialen Ansprüche in den Schutzgebieten durchzusetzen. Die zunehmend bessere militärische Ausrüstung schafft neue Machtverhältnisse, denen sich die Anwohner*innen unterlegen und willkürlich ausgesetzt fühlen. Auch dies zeigt sich in Nyakahita in Uganda. Parkvertreter Jackson Maate in grüner Uniform hat zum Treffen mit der Gemeinde zwei bewaffnete Ranger mitgebracht. Sie sitzen etwas abseits im Schatten, dennoch wirken ihre Maschinengewehre einschüchternd und bedrohlich. Zwischen dem Parkvertreter und dem Dorfvorsitzenden gibt es

seit Langem Streit: 2017 wurde ein Mann mutmaßlich von UWA-Ranger*innen angeschossen, als er ein Nilpferd von seinem Kartoffelacker mit einem Speer verjagen wollte. Akampurira zeigt Fotos des Schwerverletzten auf seinem Handy. Der Mann starb drei Tage später. Parkvertreter Maate streitet die Beteiligung seiner Ranger*innen ab. Doch der Dorfvorsteher beharrt darauf, dass, seitdem die Parkwächter*innen von britischen Spezialkräften trainiert wurden, diese Vorfälle zugenommen hätten, und stellt die Frage: «Haben die Briten sie ausgebildet, um uns zu töten?»²⁰⁷

Beispiele wie diese aus Uganda gibt es viele in Afrika. Die Auseinandersetzung zwischen der örtlichen Bevölkerung und den Wildhüter*innen sind je nach Region unterschiedlich, vielschichtig und komplex. Stets flammen neue Konflikte auf, wenn Erwartungen auf wirtschaftliche Einnahmen durch Tourismus geweckt und dann nicht erfüllt werden, wie zum Beispiel vielerorts im Zuge der Kommodifizierung des Naturschutzes. Wildtierschützer*innen weltweit argumentieren, dass der teure Safariturismo dazu beitragen würde, die lokalen Gemeinden zu stärken. So würden die Parks Arbeitsplätze schaffen und die im Park benötigten Lebensmittel von den Bäuerinnen und Bauern beziehen. «Die Wahrheit ist eine andere», so Akureeba. Er sei der Einzige, der aus seiner Gemeinde in der Lodge eine Anstellung gefunden habe. Er ist nun nachts als Wachmann am Eingangstor eingestellt, um mögliche Eindringlinge aus den Nachbargemeinden fernzuhalten. Die Lebensmittel kaufe der Manager im Supermarkt: Bohnen und Champions aus der Dose; Eier, Tomaten und Obst vom Großmarkt in der Hauptstadt. Nur nach ein paar Avocados würde Akureeba manchmal gefragt, wenn der Vorrat nicht reicht, erzählt er.

Ugandas Hotelverband bestätigt: Die im Tourismussektor etablierten Arbeitsplätze würden in der Regel an die Bewerber*innen vergeben, die über einen höheren Bildungsgrad verfügen als die Schulabsolvent*innen der örtlichen Gemeinden rund um die Parks. Den meisten Bauernfamilien fehlen die finanziellen Mittel für ein Studium. Jean Byamugisha, Geschäftsführerin des Hotelverbands, erklärt, Uganda verfüge nur über eine einzige Hochschule für Tourismus und «die Gebühren für diese Einrichtung sind extrem hoch und die Konkurrenz enorm».²⁰⁸ Insofern seien die meisten Absolvent*innen Kinder der betuchten Mittelschicht in der Hauptstadt. Die hohe Nachfrage junger Ugander*innen, eine Beschäftigung in Hotels und Lodges zu finden, führe letztlich dazu, dass die Angestellten unterbezahlt seien und selbst diejenigen, die die Hochschule erfolgreich durchlaufen haben, lediglich eine Anstellung als Zimmermädchen, Küchenpersonal oder Bedienung bekommen. Die Folge: «Die meisten kündigen nach einer Saison, weil die Arbeit unbefrie-

²⁰⁵ Interview mit Richard Akureeba, Dorfvorsteher, Bihingo, Uganda, 20.1.2019. ²⁰⁶ Ebd. ²⁰⁷ Interview mit Medard Akampurira, Dorfvorsteher, und Jackson Maate, Parkvertreter Queen-Elizabeth-Park, Nyakahita, Uganda, 22.1.2019. ²⁰⁸ Interview mit Jean Byamugisha, Vorsitzende des ugandischen Hotelverbands, Kampala, 14.2.2019.

digend und unterbezahlt ist und die Lebensbedingungen in den abgelegenen Lodges in den Parks oft nicht den Ansprüchen der städtischen Elite entspricht – oder weil die meisten Hotels und Safarilodges jenseits der Hauptsaison, also drei Viertel des Jahres, so unterbezahlt sind, dass die Anstellungszeiten nur wenige Monate im Jahr betragen». ²⁰⁹ Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung sieht anders aus.

Im September 2018 war Ugandas Präsident Museveni in den Queen-Elisabeth-Nationalpark gereist. Von örtlichen Dorf- und Bezirksvorstehern wurden ihm Beschwerden der Bevölkerung gegen die UWA-Wildhüter*innen vorgetragen. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte er erneut, dass diejenigen, die unbewaffnet in den Park eindringen, verhaftet werden müssten, und ermahnte die Wildhüter*innen, deren oberster Befehlshaber er ist, dass nur auf diejenigen geschossen werden dürfe, die Waffen tragen.

Der rücksichtslose Schutz des Wildtierbestands hat in Uganda immer öfter tödliche Folgen. Als Fall CRB-575-2018 verzeichnete die Mordkommission im Juni 2018 vier Vermisste in ihren Registrierbüchern. Hinter der Nummer verbergen sich die Schicksale von vier Familien, die bis heute ihre Angehörigen nicht bestatten konnten. Es gibt einen Überlebenden und Augenzeugen: der 22-jährige Jean Bosco Byamurama. Noch immer traumatisiert und hinkend wegen einer Kugel im rechten Knie sitzt er mit seinem Vater vor dem kleinen Haus in Kyema, rund sechs Kilometer vom Queen-Elisabeth-Park entfernt. Sie wären früh aufgestanden und mit Fallen, Speeren und Macheten ausgerüstet in den Park marschiert. Dort ging ihnen ein Büffel in die Falle – Fleisch, mit dem sämtliche Schulgebühren hätten bezahlt werden können. «Wir sind arm, wir wollten es verkaufen», so Byamurama. Die vier Männer müssen das Schulgeld für insgesamt 27 Kinder bezahlen. ²¹⁰

«Als wir das Tier zerlegten, kamen die Ranger», erzählt er. Ohne Warnung hätten sie geschossen. Er habe gesehen, wie eine Kugel seinen Bruder in die Brust traf, eine andere erwischte ihn selbst am Knie, er konnte durch das Gebüsch davonkriechen. Als er nach Hause kam, «fuhren wir mit der Polizei zum Parkeingang – doch die Ranger ließen uns nicht hinein», berichtet sein Vater. Am Tag darauf seien dann Parkwächter*innen gekommen, hätten eine Dorfversammlung einberufen und erklärt: Wer illegal in den Park gehe, riskiere sein Leben. «Sie versicherten uns, den Tatort besichtigen zu dürfen», erinnert sich der Vater. Als sie mit den Polizist*innen die Stelle im Park begutachteten, fanden sie Blutspuren, aber keine Leichen. «Wir hatten das Gefühl, sie hatten die Leichen schon den Krokodilen vorgeworfen.» ²¹¹

Parkdirektor Asalu hingegen erklärt, die Männer seien von Wildtieren getötet worden und er habe die Drohnen losgeschickt, um die menschlichen Überreste zu finden, vergeblich. «Hyänen fressen sogar Knochen, da bleibt nichts übrig.» ²¹² Seine Ranger*innen würden nicht auf Menschen schießen. Er gibt an, dass seit 2016 über 450 illegale Eindringlinge festge-

nommen wurden, darunter auch Fischer*innen und Kuhhirt*innen. Davon wurden 172 wegen Wilderei zu jeweils drei Jahren Gefängnis verurteilt. 627 Fallen und lediglich vier Jagdgewehre wurden beschlagnahmt. Von ermordeten Wilder*innen ist in der Statistik nicht die Rede, sie werden nirgendwo verzeichnet. Asalu verteidigt sich: «Für diejenigen, die nicht legal durch unsere Parkpforten kommen, Eintritt zahlen und in unseren Registrierbüchern unterschreiben – für diese Menschenleben bin ich nicht verantwortlich!» ²¹³

4.2 DR KONGO: FISCHER*INNEN, BÄUERINNEN UND BAUERN IM FADEN-KREUZ

Fälle wie diese in Uganda sind keine Ausnahmen, sondern mittlerweile fast die Regel. Dass die Menschenrechtsverletzungen durch die Wildhüter*innen mit zunehmender Ausrüstung und Ausstattung ansteigen, wird vor allem in der DR Kongo deutlich. Der Virunga-Nationalpark gilt nicht ohne Grund als einer der bestausgerüsteten Parks, denn er liegt mitten in einem der brutalsten Kriegsgebiete des Kontinents. Doch das aktive Vorgehen der Ranger*innen gegen Rebell*innen und Wilder*innen führt immer häufiger zu Kollateralschäden bei Zivilist*innen.

Die Übergriffe rund um den Virunga-Park haben jedoch mit den kriegsähnlichen Zuständen im Ostkongo wenig zu tun. Das Problem sind vielmehr die ungeklärten Grenzen des Parks. Die Verträge sind mittlerweile fast einhundert Jahre alt, zum Teil verschoben sich die Grenzen im Laufe der Zeit gewaltig.

Laut den Verträgen von 1925 zwischen den Gemeindevertretern und der damaligen Kolonialverwaltung sind sämtliche Landflächen, die von Lava des aktiven Nyiragongo-Vulkans bedeckt sind, Teil des Virunga-Parks. Nur die Grünflächen dürfen von den Bewohner*innen besiedelt und beackert werden. Doch in den Jahren 1977 und 2002 war der Vulkan erneut ausgebrochen, hatte große Flächen mit Lava überspült und Dörfer und Äcker zerstört. Diese wurden dann wieder an gleicher Stelle auf der Lava aufgebaut. Seit rund einem Jahr beansprucht der Virunga-Park jedoch nicht nur diese Lavagebiete für sich, sondern ist mithilfe der verstärkten Rangereinheiten auch in der Lage, die Parkgrenzen beinhart zu verteidigen. Kongoles*innen nennen den Virunga-Park mittlerweile eine «Festung».

Mit schmerzverzerrtem Gesicht hebt Maurice Kasereka seine verbundene Hand. Eine Kugel hat dem kongolesischen Fischer die Daumensehne durchtrennt, jetzt kann er nicht mehr arbeiten und sieht verzweifelt aus. «Meine vier Kinder sind hungrig», klagt er. ²¹⁴ Kasereka hatte Glück. Als Einziger, so sagt er, habe er den Zwischenfall auf dem Eduardsee am 23. Mai 2019 überlebt. Er habe mit seinen vier Fischerkollegen gerade die

²⁰⁹ Ebd. ²¹⁰ Interview mit Jean Bosco Byamurama und dessen Vater, Bauern, Kyema, Uganda, 23.1.2019. ²¹¹ Interview mit Jean Bosco Byamurama und dessen Vater, Bauern, Kyema, Uganda, 23.1.2019. ²¹² Interview mit Eduard Asalu, Direktor des Queen-Elisabeth-Parks, Uganda, 22.1.2019. ²¹³ Ebd. ²¹⁴ Interview mit Maurice Kasereka, Fischer, Visthumbi, DR Kongo, 18.6.2019.

Netze ausgeworfen, als ein Motorboot mit zwei bewaffneten Milizionären an Bord auftauchte, die sie überfielen und als Geisel nahmen. Zunächst hatten die Fischer noch Hoffnung: Ein Patrouillenboot der Naturschutzbehörde ICCN näherte sich. Die Ranger*innen bewachen die Gewässer, damit die Fischer*innen nur in den vorgeschriebenen Zonen angeln, um die Fischbestände zu schützen. «Ich dachte, die Ranger würden uns helfen», sagt er. «Doch sie eröffneten direkt das Feuer.» Seine vier Kameraden sowie die beiden Geiselnahmer starben im Kugelhagel. Er selbst sei ins Wasser gefallen und habe sich am Bootsrand festhalten können. Da traf ihn die Kugel in die Hand und er sei fast untergegangen.

Die Fischer*innen des kleinen Ortes Vitshumbi am südlichen Ufer des Eduardsees, der den Ostkongo von Uganda trennt, haben kein leichtes Leben. Denn laut Kolonialverträgen von 1925, als die Grenzen des Nationalparks von den Belgiern am Reißbrett gezogen wurden, gehören die Savanne und die sandigen Ufer von Vitshumbi zum Virunga-Park. Kongos Naturschutzgesetz zufolge sollte es hier weder die knapp hundert verfallenen Hütten noch die rund 700 Einwohner*innen geben. In Vitshumbi haben Löwen ihr Revier, Büffel und Nilpferde sollten sich am Ufer suhlen.

Dass der 36-jährige Fischer dennoch in Vitshumbi geboren und aufgewachsen ist, verdankt er einem Kompromiss der Geschichte: Als der Park gegründet wurde, wurden die Bewohner*innen von 13 Gemeinden, die sich innerhalb der Parkgrenzen befanden, vertrieben. So auch die von Kaserekas Vorfahren. Sie schleppten ihre Habseligkeiten bis an den Strand von Vitshumbi, wo die Belgier für Jagdzwecke Häuser errichtet hatten. In diese zogen die Leute ein. Kaserekas Großvater ernährte seine Familie noch von der Jagd, die später ebenso wie der Ackerbau streng untersagt wurde. So lernte Kaserekas Vater als Junge das Fischen – und bis Mai 2019 tauschte Kasereka selbst jeden Morgen seinen Fang gegen Seife, Streichhölzer, Bohnen und Reis.

Die Situation in Vitshumbi ist ein Dilemma: Die Parkverwaltung klagt über sinkende Fischbestände und steigende Bevölkerungszahlen. Die Einwohner*innen beschwerten sich über den Mangel an alternativen Einkommensquellen und die Bedrohung durch die Milizen, die sich im Park verstecken und den Fischer*innen ihr Geld abknöpfen. Offiziell ist es Aufgabe der Ranger*innen, gegen die Milizen vorzugehen. Doch in Wirklichkeit geraten die Fischer*innen in die Schusslinie.

Die Schießerei auf dem See war der Höhepunkt eines Konflikts, der sich seit November 2018 zugespitzt hatte. Damals, während der heißen Wahlkampfzeit, war Provinzgouverneur Julien Paluku an den Eduardsee gekommen. Die Leute klagten über verfallene Häuser und mangelnde Baumaterialien. Denn die alten Kolonialvillen sind reparaturbedürftig. Bei einigen ist das Dach eingebrochen, Wände sind eingestürzt. Viele Familien hausen in Ruinen, einige unter freiem Himmel. Immer wieder hatten die Parkranger*innen Lastwagen mit Wellblech, Zement und Holz nicht durch ihre Stra-

ßensperre gelassen – laut Naturschutzgesetz darf hier nicht gebaut werden. Da versprach Gouverneur Paluku den Einwohner*innen die benötigten Baustoffe und erhoffte sich im Gegenzug ihre Wählerstimmen. Die Einwohner*innen applaudierten. Als elf Tage nach Palukus Besuch erneut ein Lkw mit Ziegeln und Zement von den Ranger*innen aufgehalten wurde, kam es zum Eklat. Laut den Angaben von Natalus Makuta, Vertreter der kongolesischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation CREDDHO, hatten am 28. November 2018 Schüler*innen der Oberstufe einen Protestmarsch organisiert. Auf dem Weg zur ICCN-Station am See hatten sich ihnen Eltern und Fischer*innen angeschlossen. «Dann fielen plötzlich Schüsse», so Makuta. Am Wegrand liegen zwei Gräber, auf den Holzkreuzen stehen mit blauer Farbe zwei Namen: Adam und Ezeziel Mumbere, beide nicht einmal 40 Jahre alt. Todestag: 28. November 2018.

Auf der Internetseite des Virunga-Parks gedenkt man allerdings nur einem Toten: «Ranger Ezeziel Masumbuko killed in action», heißt es dort.²¹⁵ Von Schülerprotesten und zwei toten Fischern steht da nichts. Auf Anfrage erklärt der Sprecher der Virunga-Parkleitung: «Das war ein gewaltsamer Angriff auf einen Rangerposten von Mayi-Mayi-Rebellen, kein Protest.» Die Ranger*innen hätten sich «angemessen verhalten». Es werde ermittelt.²¹⁶

Das, was in Vitshumbi passiert, ist kein Einzelfall, sondern Alltag in vielen Gemeinden rund um den Park. Ein Großteil der Übergriffe ereignet sich nicht wie zu vermuten im Kriegsgebiet, wo Milizen sich aufhalten, sondern in relativ befriedeten Gegenden: Im Dorf Nzulo am Ufer des Kivusees steht Abdoul Shamamba, Vater von sechs Kindern, auf einem Haufen verkohlter Bretter und guckt verzweifelt. Sein ganzes Ersparnis hatte er in das kleine Haus investiert. Dann seien am 11. Juni 2019 Wildhüter*innen gekommen und hätten es abgefackelt. Er zeigt auf frische Wunden am Arm und Schienbein: «Als ich mich geweigert habe, das Haus zu verlassen, haben sie mich mit Gewalt herausgezerrt», berichtet Shamamba.²¹⁷ Er konnte nicht einmal die Matratzen und Kleidung seiner Kinder retten. «Was ich heute am Leib trage, haben mir meine Nachbarn geliehen.» Die Parkleitung erklärt auf Anfrage, sie habe keine Informationen zu dem Vorfall.²¹⁸

Im Dorf Mugunga gleich nebenan: Die fast 60-jährige Miriam Nyamulemba wurde 2018 auf ihrem Maniokacker am Seeufer von Parkranger*innen vertrieben, die ihr die Ernte stahlen – mit dem Argument, ihr Feld, das sie seit Jahrzehnten bestellt, liege innerhalb des Parks: «Ohne die Ernte wusste ich monatelang nicht, wie ich meine Kinder und Enkel sattbekommen sollte», klagt die Alte.²¹⁹ Auch davon wisse die Parkverwaltung nichts.

²¹⁵ Vgl. Virunga-Internetseite unter: <https://virunga.org/news/ranger-kasereka-killed-in-action>. ²¹⁶ E-Mail vom Virunga-Presseteam, 7.7.2019. ²¹⁷ Interview mit Abdoul Shamamba, Nzulo, DR Kongo, 15.6.2019. ²¹⁸ Ebd. ²¹⁹ Interview mit Miriam Nyamulemba, Bäuerin, Mugunga, DR Kongo, 15.6.2019.

Als Esperance Kabekaty, die Tochter von Miriam Nyamulemba, im September ihre Bohnenernte einholen wollte, sei sie von Rangern festgehalten worden, erzählt die 38-jährige Mutter von fünf Kindern: «Sie haben mir die Kleider vom Leib gerissen. Ich hatte Angst, sie würden mich vergewaltigen – ich bin davongerannt.»²²⁰ Als sie sich am Tag danach erneut mutig aufs Feld gewagt habe, «fingen die Ranger direkt an zu schießen, eine Kugel verfehlte mich nur knapp. Von allen Rebellen und Milizen, die wir hier haben, sind die Ranger meine größten Feinde.» Im Interview bittet sie, eine Botschaft an die EU richten zu dürfen: «Mithilfe von EU-Geldern ist der Park sehr mächtig geworden. Doch wenn sie uns weiter so behandeln, werde ich zur Waffe greifen und gegen sie rebellieren!»²²¹

4.3 EIN UMFELD DER STRAFLOSIGKEIT

Die extreme Straflosigkeit ist die Hauptursache für den mittlerweile 25 Jahre andauernden Krieg in der DR Kongo. Nicht nur Milizen und Rebell*innen erwarten kaum strafrechtliche Verfolgung, auch Militärangehörige werden nur selten wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt. Dasselbe gilt nun auch für die Ranger*innen, die mutmaßliche Menschenrechtsverbrechen begehen. Im Juli 2019 war in Goma ein Verfahren im Zusammenhang mit dem Virunga-Nationalpark fallen gelassen worden. Eine Kugel hatte am 23. Mai 2019, kurz nach Einbruch der Dunkelheit, die 20-jährige Denise Serubongo ins Bein getroffen, direkt an der Eingangspforte des Virunga-Hauptquartiers in Rumangabo. Die andere verfehlte sie nur knapp am Kopf.²²² Abgefeuert wurden sie mutmaßlich aus der Pistole von Innocent Mburanumwe, dem damaligen Vizedirektor des Virunga-Parks und dem «Helden» des Naturschutzes in der DR Kongo: 2018 hatte die EU ihm den Schuman-Preis für Biodiversität verliehen, eine der wichtigsten internationalen Auszeichnungen für Naturschützer*innen.

Denise Serubongo überlebte den Durchschuss durch ihre Wade nur knapp. Im Interview berichtet sie, wie sie seit Jahren von Mburanumwe mehrfach vergewaltigt worden war, sogar als Minderjährige schon. Sie wurde schwanger. Nach den Schüssen hatte sie im Juni 2019 endlich eine Klage eingereicht. Die Schwangerschaft habe ihre Schulkarriere unterbrochen, argumentiert Serubongos Anwalt Sosthene Mashagiro in der Anzeige bei der Militärstaatsanwaltschaft. Mburanumwe habe «ihr Leben terrorisiert, sie eingeschüchtert und ihr mit dem Tod gedroht, jedes Mal, wenn es möglich war».²²³

Ihre Klage hat eine Lawine losgetreten. Denn sie ist nicht die einzige Frau und das einzige minderjährige Mädchen, das von Mburanumwe sexuell missbraucht wurde, bestätigen Recherchen vor Ort. Auch sind bereits vorher Menschen von Mburanumwe angeschossen und bedroht worden.²²⁴ Kaum erschien das Interview mit der jungen Denise in den internationalen Medien, wurde ihre Familie bedroht, Zeug*innen und Journalist*innen, die an dem Fall arbeiteten, einge-

schüchtert und verhaftet.²²⁵ Letztlich war es Parkleiter de Merode, der sich dafür einsetzte, dass Mburanumwe suspendiert wurde. Das Verfahren vor dem Militärgericht in Goma wurde jedoch innerhalb einer Woche eingestellt. Die Familie des Opfers erklärte, man habe sich mit dem stellvertretenden Parkdirektor außergerichtlich geeinigt. Mburanumwe wurde freigelassen und vom ICCN in den benachbarten Kahuzi-Biéga-Nationalpark versetzt. Die GIZ, welche sich rund um den Kahuzi-Biéga-Nationalpark engagiert, erklärt, die Militärjustiz habe ihn freigesprochen und daraufhin habe ICCN die Klage zurückgezogen und die Suspendierung aufgehoben.²²⁶

Opfer wie Denise Serubongo fühlen sich der Übermacht des Parks hilflos ausgeliefert, denn der Virunga-Park hat die Gelder, um sich gute Anwält*innen leisten oder die Militärjustiz beeinflussen zu können, wie die Kongoles*innen vermuten. In ihrem Fall wurden nicht nur die junge Frau und ihre Familie eingeschüchtert, damit sie die Klage fallen lässt, sondern auch Anwält*innen und Journalist*innen. Die für die DR Kongo typische Straflosigkeit setzt sich also auch im Fall gegen die Wildhüter*innen fort.

Die Virunga-Stiftung sowie der WWF haben Gelder in Schulungen der Justiz investiert, um die Strafverfolgung von Vergehen gegen das 2014 erlassene Artenschutzgesetz auszubauen. Christof Schenck, Geschäftsführer der ZGF, argumentiert, die derzeitige Debatte würde nicht zwischen legalen und illegalen Ansätzen unterscheiden. «Die Nationalparks zu schützen ist ein legaler Ansatz. Da gibt es Gesetze, die müssen befolgt werden, und da gibt es eine Verhältnismäßigkeit der Mittel.»²²⁷

In ostkongolesischen Bezirk Rutshuru, der vom Virunga-Nationalpark umgeben ist, leben rund 1,5 Millionen Menschen vom Ackerbau wie auf einer Insel. Jeden Morgen kurz nach Sonnenaufgang passieren Tausende von Frauen, Männern und Kindern vollgepackt mit Körben, Hacken und Macheten die vom ICCN errichtete Straßensperre, um einige Kilometer außerhalb der Stadt ihre Äcker zu bestellen. In einem 1925 formulierten Vertrag wurde dieser Abschnitt als «Jagdzone» definiert, eine Art Pufferzone für den Park, in der keine Landwirtschaft betrieben werden sollte. Doch unterzeichnet wurde das Abkommen nie – und sei damit «null und nichtig», so Faustus Kalwahali, Justiziar im örtlichen Bauernverband Sencicat d'Alliance Paysanne (SAP).²²⁸ Dennoch beansprucht die Parkbehörde dieses Gebiet bis heute für sich. Regelmäßig

²²⁰ Interview mit Esperance Kabekaty, Bäuerin, Mugunga, DR Kongo, 15.6.2019.

²²¹ Ebd. ²²² Interview mit Denise Serubongo, Goma, DR Kongo, 14.6.2019.

²²³ Anzeige Nr. 037/CAB/KAL/SM/D1001/19, angestrengt von Cabinet Kalinda: Betreff: Plainte à charge de Monsieur le Conservateur Mburanumwe Nzabonimpla Innocent, Goma, 10.6.2019. ²²⁴ Schlindwein, Simone: Der Fall des Gorilla-Rettlers, in: die tageszeitung, 24.6.2019, unter: <https://taz.de/Skandal-im-Kongo/15602228/>.

²²⁵ Schlindwein, Simone: Angst vor der Presse, in: die tageszeitung, 30.6.2019, unter: <https://taz.de/Drohungen-wegen-Skandal-im-Kongo/15603745/>.

²²⁶ E-Mail von GIZ-Pressesprecherin Katharina Klein, 20.8.2019. ²²⁷ Interview mit Christof Schenck, Geschäftsführer ZGF, Frankfurt a. M., 9.4.2019. ²²⁸ Interview mit Faustus Kalwahali, Justiziar im örtlichen Bauernverband SAP, Kiwanja, DR Kongo, 19.6.2019.

patrouillieren Ranger*innen auf den Feldern und verhaften Bäuerinnen und Bauern mit dem Vorwurf des «illegalen Eintritts in den Park». ²²⁹ Mit EU-Geldern wurde eine eigene Justizpolizei für das ICCN aufgestellt. Sie darf Menschen festnehmen und verhören, sie sammelt Beweise, formuliert Anzeigen und muss die Festgenommenen laut Gesetz innerhalb von 48 Stunden an die Justiz überstellen. Soweit die Theorie. Die Praxis sieht allerdings anders aus: «Oft dauert es viele Tage, bis das ICCN die Leute dem Haftrichter vorführt», klagt der Anwalt. «Oft wollen sie mir gar nicht sagen, wo sie die Leute unterbringen. Das grenzt schon fast an Geiselnahme», so der Anwalt des Bauernverbandes. ²³⁰

Zuständig ist der Staatsanwalt von Rutshuru, Mirindi Mushagalusa. Er sitzt in seinem Büro hinter hohen, handgeschriebenen Aktenbergen. Computer, Telefon – Fehlanzeige. Auf die Frage nach den verhafteten Bäuerinnen und Bauern seufzt er: «Ich bin mit den ICCN-Fällen so überfordert, dass ich gar keine Zeit mehr habe für all die Mörder und Vergewaltiger hier.» ²³¹ Durchschnittlich überstelle das ICCN 20 Menschen pro Monat. Manchmal nähmen deren Justizpolizist*innen Dutzende Bäuerinnen und Bauern oder Fischer*innen auf einmal fest. Mit den Ermittlungen komme der Staatsanwalt dann nicht hinterher, die Untersuchungshaft verlängere sich dadurch. Die Haftbedingungen in Kongos maroden Gefängnissen, wo es weder Verpflegung noch Hygiene gibt, sind unmenschlich. Gefangene riskieren, sich mit tödlichen Krankheiten anzustecken. Jeder Tag im Gefängnis sei daher lebensgefährlich. Staatsanwalt Mushagalusa nennt die Strafverfolgung von Vergehen gegen den Naturschutz in Anbetracht der übrigen Verbrechen in seinem Land «unverhältnismäßig». ²³²

Oft seien die Anzeigen der Justizpolizei zweifelhaft, sagt er. Manchmal würden die Ranger*innen sogar Beweismittel zerstören: den Fischfang, das Holzboot, die Ernte. «Wie soll ich ins Kriegsgebiet reisen und dort prüfen, ob der Fischer jenseits der erlaubten Fanggebiete tätig war?», fragt sich der Staatsanwalt. Problematisch seien vor allem die Festnahmen in dem umstrittenen Jagdrevier, wo die Bäuerinnen und Bauern ihre Felder haben. «Die Parkgrenzen müssen definiert werden, bevor wir urteilen können, was illegal ist», fordert er. ²³³

In der Regel lasse er die Fischer*innen, Bäuerinnen und Bauern dann laufen – allerdings gegen eine Entlassungsgebühr von umgerechnet rund 90 Euro. Das ist mehr, als eine Bauernfamilie im Monat zum Leben hat. «Die Bevölkerung wird damit systematisch in die Armut getrieben», sagt dazu der Anwalt des Bauernverbandes. Die Freilassungsgebühr sei noch dazu illegal, so Festus Munyihata von der Menschenrechtsorganisation CREDDHO. Er verfolgt die ICCN-Verfahren genau. Das Geld werde verlangt, um die Leute zu entmutigen, in den Park zu gehen, ist er überzeugt. Das ICCN überstelle jetzt zunehmend mehr Fälle an die Militärjustiz, «um noch mehr Abschreckung zu erzeugen», so Munyihata. ²³⁴

Bei der Militärstaatsanwaltschaft ist die Entlassungsgebühr doppelt so teuer. In den dortigen Gefängnissen dürfen selbst Zivilist*innen bis zu zwölf Monaten festgehalten werden, bis sie einem Richter oder einer Richterin vorgeführt werden müssen. Dies mag mitunter der Grund sein, gibt Militärstaatsanwalt William Mulaja in Rutshuru offen zu, warum mittlerweile deutlich mehr ICCN-Fälle auf seinem Schreibtisch landen. 2018 wurden ihm über einhundert Zivilist*innen vom ICCN vorgeführt – im April 2019 waren es beispielsweise 168, darunter Frauen und Kinder. Der Vorwurf laute meist: «Zusammenarbeit oder Teilnahme an einer bewaffneten Gruppe» – dafür ist in der DR Kongo automatisch die Militärjustiz zuständig. «Wenn Milizen Fischern das Geld abknöpfen, dann ist das per Gesetz schon «Unterstützung» der Miliz», erklärt der Militärstaatsanwalt. ²³⁵ Wenn Frauen im Wald Feuerholz sammeln, dann sei dies laut Gesetz «Kollaboration mit terroristischen Gruppen», weil Milizen den Holzkohlehandel dominieren. Dass er mittlerweile mehr Fischer*innen, Bäuerinnen und Bauern als bewaffnete Rebell*innen anklagen muss, das sei nicht Sinn der Sache, kritisiert er. ²³⁶

Auf Anfrage erklärt der Sprecher der Parkleitung: «Virunga ist strikt gegen jegliche, willkürliche Verhaftungen.» ²³⁷ Die Untersuchungshaft in den Gefängnissen der Parkverwaltung überschreite niemals die vorgeschriebene 48-Stunden-Frist. Seinen Angaben zufolge würden Ranger*innen durchschnittlich 1.000 Menschen jährlich festnehmen. Davon seien im Jahr 2018 genau 423 an die verschiedenen Bezirksgerichte rund um den Park überstellt worden, 21 seien verurteilt worden. «Das Gesetz verlangt von uns, diejenigen an die Militärgerichte zu überstellen, die als Mitglieder einer Miliz verdächtigt werden oder mit ihr zusammenarbeiten», erklärt die Parkverwaltung. ²³⁸

Fakt ist: In der Statistik der Staatsanwaltschaft in Rutshuru prangen Vergehen gegen das Naturschutzgesetz ganz oben auf der Verbrechenliste. Im Jahr 2018 wurden allein in diesem Bezirk 213 Personen dem Zivilgericht und 102 dem Militärgericht überstellt. Letzteres widerspricht internationalen Konventionen, denn kein Einziger auf dieser Liste trug eine Waffe. Dass in einem Kriegsgebiet Vergehen gegen das Naturschutzgesetz mehr Beachtung durch die Strafverfolgungsbehörden erfahren als Mord und Vergewaltigung – ist das verhältnismäßig?

4.4 DER WWF DEUTSCHLAND UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM SALONGA-NATIONALPARK

Ähnliche Vorgehensweisen der Parkwächter*innen werden auch aus dem Salonga-Nationalpark im Westen der DR Kongo gemeldet, wo es weder Milizen gibt noch Krieg herrscht. Von Mord, Folter und Vergewal-

²²⁹ Ebd. ²³⁰ Ebd. ²³¹ Interview mit Staatsanwalt Mirindi Mushagalusa, Rutshuru, DR Kongo, 19.6.2019. ²³² Ebd. ²³³ Ebd. ²³⁴ Interview mit Festus Munyihata, CREDDHO, Kiwanja, DR Kongo, 18.6.2019. ²³⁵ Interview mit Militärstaatsanwalt William Mulaja, Goma, DR Kongo, 22.6.2019. ²³⁶ Ebd. ²³⁷ E-Mail vom Virunga-Presseteam, 7.7.2019. ²³⁸ Ebd.

tigung durch Parkwächter*innen ist in einem internen Untersuchungsbericht der Rainforest Foundation UK und der kongolesischen NGO Protection des Peuples et Espèces Menacés (APEM) vom November 2018 die Rede, der im Februar 2019 auch dem WWF in Berlin und der KfW zugesandt wurde.²³⁹

Der WWF veranlasste daraufhin gemeinsam mit ICCN eine Untersuchung vor Ort. In dem daraus resultierenden Bericht vom März 2019 ist die Rede von vergewaltigten Frauen und Fischer*innen, deren Genitalien mutmaßlich von Ecoguards verstümmelt wurden.²⁴⁰ Noch bevor die Anschuldigungen öffentlich wurden, wurde einer der Berichtersteller, Willy Elua von APEM, einer lokalen Partnerorganisation von RFUK, von Parkwächter*innen mit dem Tode bedroht und musste fliehen.²⁴¹ Das US-amerikanische Onlinemagazin BuzzFeed berichtete im Verlauf des Jahres 2019 ausführlich über die Vorwürfe gegen die Wildhüter*innen im Salonga-Nationalpark, die mit deutschen Geldern bezahlt werden. Im April 2019 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Vorwürfen und lud WWF-Deutschland Präsident Christoph Heinrich ein, sich den Fragen der Abgeordneten zu stellen. Er machte deutlich: «Für den WWF hat die Achtung der Menschenrechte oberste Priorität. Wir sind entsetzt, dass von uns unterstützten staatlichen Nationalparkmitarbeitern Vergewaltigungen, schwere Körperverletzungen und Tötungen vorgeworfen werden. Wir empfinden tiefes Mitgefühl mit den Betroffenen und lassen alle Vorwürfe unabhängig untersuchen.»²⁴² Heinrich erläuterte: In krisengeschüttelten Regionen, wo solche Übergriffe an der Tagesordnung seien, fehle es häufig an staatlichen Strukturen zur effektiven Strafverfolgung.²⁴³ In der verfassten Stellungnahme bleibt der WWF jedoch zunächst uneinsichtig: Erneut wird argumentiert, die Wildhüter*innen seien Bedrohungen ausgesetzt, die ein Mindestmaß an Bewaffnung rechtfertigen, auch wenn dies keine Entschuldigung für Menschenrechtsverbrechen sein dürfe. «Einige der Vorwürfe können wir zum aktuellen Zeitpunkt trotz Recherche nicht nachvollziehen. Andere Vorkommnisse können wir bestätigen; bewerten diese aber hinsichtlich der Rolle und Verantwortung des WWF anders als es durch die BuzzFeed-Vorwürfe unterstellt wird.»²⁴⁴ Der WWF versichert, dass Beschwerdemechanismen eingerichtet werden. Ilka Herbinger, bei WWF für den Salonga-Park zuständig, erklärt, der WWF habe eine Handreichung entworfen, die den Parkwächter*innen die Menschenrechtsprinzipien nahebringen soll. «Wir sind sehr darum bemüht, dass alle Ranger diese Trainings erhalten, und in Zukunft wird das systematisch verbessert werden müssen. Die Standards müssen eingehalten werden, damit Ranger nicht zu Tätern werden.»²⁴⁵

In Deutschland betraute der WWF den ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Markus Löning, mit dem Fall. Sein Abschlussbericht wurde vom WWF im April 2019 stillschweigend online veröffentlicht. Of-

fenbar sollte nicht viel Aufmerksamkeit provoziert werden, denn die Ergebnisse sind nicht ohne Tadel. Auch wenn Naturschutzaktivitäten im Kongobecken aufgrund der Konfliktlage in einem allgemein schwierigen Umfeld unternommen würden, so habe der WWF die Verantwortung, sich und seine Partner – in dem Fall das ICCN – zur Einhaltung von strikten Menschenrechtsstandards zu verpflichten, kommt Löning zum Schluss.²⁴⁶

Markus Löning sagte bei der Übergabe des Berichts in Berlin: «Die 2011 etablierten UN-Prinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sprechen Organisationen eine erweiterte Sorgfaltspflicht zu. Ihre Verantwortung erstreckt sich damit nicht mehr nur auf das eigene Handeln, sondern auch auf das der Partner.» Er gibt zu: «Diese neue Situation fordert aktuell viele Organisationen heraus.»²⁴⁷

Konkret kritisiert Löning die Militarisierung des Naturschutzes: «WWF Deutschland befindet sich in dem Dilemma, dass derartige Ansätze seiner ursprünglichen Zielsetzung entgegenstehen, nämlich an einer Zukunft zu arbeiten, in der Menschen in Einklang mit der Natur leben. Die Arbeit in «militarisierten» Umgebungen kann zu einer tieferen Verwicklung in Konflikt-dynamiken führen, die den Naturschutz gefährden. Beispielsweise können die Ausrüstung und entsprechende Trainings der Ranger zweckentfremdet und gegen Wildtiere und lokale Gemeinschaften gerichtet werden. Die Entwicklung dieser «militarisierten» Ansätze können daher zu einer negativeren Wahrnehmung der Arbeit der Ranger führen und die Spannungen zwischen ihnen und lokalen Gemeinschaften verschärfen. Die Notwendigkeit, in diesen Regionen mit Partnern (darunter Justiz, Polizei und je nach Lage Militär) zusammenzuarbeiten, die in der Vergangenheit möglicherweise für Menschenrechtsverstöße verantwortlich waren, kann zu einem erheblichen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führen und dadurch die internationale Unterstützung für Naturschutzbemühungen untergraben.»²⁴⁸

Der WWF versicherte, er habe gemeinsam mit ICCN «alle Informationen zu untersuchten Fällen an die zuständige Staatsanwaltschaft [Militaire Auditeur] zur Einleitung von Gerichtsverfahren übergeben». Auf Empfehlung des WWF habe ICCN zudem alle Ranger,

239 RUFUK/APEM, Graves Abus des Droits Humains Rapportés dans et aus Autor du Parc National de la Salonga, Briefing, November 2018. **240** Warren, Tom/Baker, Kathie/Engert, Marcus: Leaked Report: WWF-Backed Guards Raped Pregnant Women And Tortured Villagers At A Wildlife Park Funded By The US Government, BuzzFeed, 11.7.2019, unter: www.buzzfeednews.com/amphtml/tomwarren/leaked-report-wwf-backed-guards-raped-pregnant-women. **241** Telefoninterview mit Willy Elua, APEM, 13.8.2019. **242** WWF, WWF im Bundestag: Herausforderungen in Naturschutz und Entwicklungszusammenarbeit, 10.4.2019, unter: www.wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/. **243** Ebd. **244** WWF, Stellungnahme für den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 30. Sitzung des Ausschusses am 10.4.2019, Berlin, S. 4. **245** Interview mit Ilka Herbinger, WWF Deutschland, Berlin, 2.5.2019. **246** Löning, Markus: Untersuchung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse beim WWF Deutschland, Berlin 2019, S. 16, unter: https://mobil.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Loening_WWF-Bericht_DE.pdf. **247** WWF, Für Mensch und Natur – WWF Deutschland veröffentlicht externe Analyse und legt Maßnahmenpaket vor, 1.5.2019, unter: www.wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/loening-bericht/. **248** Löning: Untersuchung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse beim WWF Deutschland, 2019, S. 16.

die der Teilhabe an den Übergriffen verdächtigt werden, «bis zur Klärung der Vorwürfe suspendiert».²⁴⁹

Auch dem WWF International war die Aufklärung wichtig: «Jede Form von Misshandlung und deren tragische Folgen für die Menschen ist extrem beunruhigend und verstörend – der Respekt der Menschenrechte ist der Kern unserer Mission und wir nehmen die Anschuldigungen ernst», so WWF-International Präsident Pavan Sukhdev.²⁵⁰ WWF International mit Sitz in Genf beauftragte im April 2019 ein unabhängiges Untersuchungskomitee, den Anschuldigungen nachzugehen. Es wird von der Richterin Navi Pillay angeführt, einer ehemaligen UN-Menschenrechtsbeauftragten.²⁵¹ Im Juli 2019 bestätigte die Bundesregierung, sie habe in Absprache mit der KfW und dem BMZ zunächst alle Projektmittel für den WWF im Salonga-Park eingefroren, bis die Ermittlungen abgeschlossen seien.²⁵² Der WWF konkretisierte: Die erste Projektphase im Salonga-Nationalpark sei Ende April 2019 ausgelaufen. «Wie nach dem Ende einer Phase üblich, evaluieren KfW und WWF gerade gemeinsam, wie die neue Projektphase aufgesetzt und eingeleitet werden kann.»²⁵³

Am 10. August 2019 begann in Boende, im Westen der DR Kongo, der Prozess gegen sechs Wildhüter des Salonga-Parks, die beschuldigt wurden, 2018 eine Frau vergewaltigt zu haben. Das Ergebnis sei ernüchternd, so die Mitarbeiter*innen von APEM, die vor Ort das Verfahren begleiten und den Schutz der Opfer und Zeug*innen gewährleisten. In Telefongesprächen berichtet APEM von den Schwierigkeiten, das Verfahren überhaupt anzustrengen. Das Problem sei vor allem die Logistik: Das für das ICCN in der Provinz Tshuapa zuständige Militärgericht in Boende befindet sich Hunderte Kilometer vom Tatort entfernt. Zeug*innen und Opfer mussten eingeflogen, Transport- und Hotelkosten von RFUK und Amnesty International angefragt werden. Der Präsident des Militärgerichtshofs musste aus Kinshasa einfliegen. Doch es gibt nur einen einzigen Flug pro Woche. Im Vorfeld sei vonseiten des ICCN der Versuch unternommen worden, Zeug*innen zu beeinflussen, so APEM. Zudem seien von den zwölf mutmaßlichen Tätern nur sechs angeklagt, davon befinde sich ein einziger in Untersuchungshaft, die übrigen fünf seien noch frei und seien nach wie vor beim ICCN beschäftigt, obwohl der WWF deren Suspendierung versichert habe. Es stellte sich zudem heraus, dass der Hauptangeklagte bereits 2016 wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war, er diese wegen angeblicher Überfüllung des Gefängnisses jedoch nicht antreten musste. Er war bis zuletzt vom ICCN im Park angestellt. «Das ist alles nicht normal», kommentiert APEM-Direktor Blaize Mutodosi das Verfahren.²⁵⁴

Am dritten Verhandlungstag wurde der Prozess vertagt, nachdem gerade einmal zwei Zeug*innen gehört worden waren. Der Grund: Der Militärstaatsanwalt meldete sich krank. Doch statt sich auszukurieren, wurde er von APEM-Mitarbeiter*innen in der örtlichen

Kneipe beim Alkoholtrinken angetroffen. Nachdem der Ankläger nicht mehr auftauchte, reiste der Vorsitzende des Militärgerichts wieder ab. «Das ICCN wird von Politikern und Militärs beschützt.» Für Mutodosi wirkt das alles wie eine Manipulation der zuständigen Militärjustiz durch hohe Generäle des Verteidigungsministeriums, welchem das ICCN untersteht – eine weitere Folge der Militarisierung der Naturschutzbehörde, so APEM-Direktor Mutodosi: «Sie agieren in einem Umfeld der Straflosigkeit.»

Der WWF in Berlin versichert auf Anfrage: «Wir setzen uns dafür ein, dass auch die übrigen Fälle geklärt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden, indem wir darauf drängen, dass es schnellstmöglich zu weiteren Untersuchungen und Verhandlungen kommt.»²⁵⁵ Vonseiten der GIZ und des BMZ heißt es: «Als Durchführungsorganisation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kann die GIZ keinen Einfluss auf juristische Verfahren in der DR Kongo nehmen. Kritische Beobachtungen bringen wir über Botschaft und BMZ in den politischen Dialog ein.»²⁵⁶

Im November 2019 bestätigte der kongolesische Direktor des Salonga-Parks, Pierre Kafando, gegenüber APEM den Fund einer Leiche in einem Fluss entlang der Grenze des Parks. Kurz zuvor hatte ICCN vermeldet, acht Fischer*innen innerhalb des Parks nach einer Auseinandersetzung verhaftet zu haben. APEM vermutete, dass diese Vorfälle im Zusammenhang stehen.²⁵⁷ Während der Untersuchung des Falls durch die örtlichen Polizeibehörden wird der WWF seine Unterstützung für die Patrouillen der staatlichen Ranger*innen ruhen lassen. Über eine Wiederaufnahme soll entschieden werden, «sobald deutlich wird, dass die Behörden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Fall aufzuklären und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen», so die WWF-Pressemitteilung.²⁵⁸

²⁴⁹ WWF, Update: Wie der WWF die Wahrung der Menschenrechte sicherstellt und Vorwürfe aufklärt, 10.7.2019, unter: www.wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/. ²⁵⁰ WWF, Chair appointed to lead independent review panel, 8.4.2019, unter: http://www.panda.org/wwf_news/press_releases/?345534/Chair-appointed-to-lead-independent-review-panel. ²⁵¹ WWF, Panel of Experts of the Independent Review Invites Submissions for the Investigative Stage of its Work, 16.8.2019, unter: http://www.panda.org/wwf_news/wwf_independent_review/?351652. ²⁵² Merlot, Julia: Deutschland stoppt Zahlungen für umstrittenes WWF-Projekt im Kongo, Spiegel online, 24.7.2019, unter: www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/salonga-nationalpark-deutschland-stoppt-zahlungen-fuer-wwf-projekt-a-1278710.html. ²⁵³ WWF, Falschmeldung bei BuzzFeed, WWF-Projekte laufen weiter, 25.7.2019, unter: www.wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/. ²⁵⁴ Telefoninterview mit Blaize Mutodosi, APEM-Direktor, 7.8.2019. ²⁵⁵ E-Mail von WWF-Pressesprecher Immo Fischer, 15.8.2019. ²⁵⁶ E-Mail von GIZ-Pressesprecherin Katharina Klein, 20.8.2019. ²⁵⁷ APEM, Conservation: Un mort de plus dans la Salonga, WWF retire son soutien aux patrouilles, Newsblog, 13.12.2019, unter: www.wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/. ²⁵⁸ WWF, Salonga: WWF setzt Unterstützung für Ranger-Patrouillen vorübergehend aus, 11.12.2019, unter: www.wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/.

FAZIT

Dank internationaler Gelder ist der Naturschutz in weiten Teilen Afrikas wehrhaft geworden. Er wurde mit militärischen Methoden hochgerüstet. In vielen Ländern sind aus einfachen Wildhüter*innen, die die Tiere schützen sollen, paramilitärische Akteur*innen geworden, deren primäre Aufgabe es nicht mehr nur ist, Tiere zu zählen oder Schutzgebiete zu verwalten, sondern aktiv gegen Menschen vorzugehen, weil ihnen beigebracht wurde, in ihnen ihre «Feinde» zu sehen.

Doch damit unterminiert der militarisierte Naturschutz seine eigenen Ziele. Wenn die örtlichen Gemeinden den Park und deren Behörden als Aggressoren wahrnehmen, dann verhindert dies jegliche Basis des Vertrauens und der Zusammenarbeit – und nicht zuletzt den Naturschutz selbst.

Um in den von ihnen verwalteten oder finanzierten afrikanischen Schutzgebieten halbwegs robuste und funktionierende Systeme herzustellen, gehen viele Anstrengungen westlicher Geber und NGOs weit über die Ziele des reinen Naturschutzes hinaus: Es sollen Arbeitsplätze geschaffen, Industrien aufgebaut, Grenzen verteidigt, Sicherheit gewährleistet und Vergehen strafrechtlich verfolgt werden. Die Parks und die ihnen nahestehenden Stiftungen und NGOs investieren in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Sicherheit, Strafverfolgung und andere staatliche Aufgaben. Sie unterminieren damit nicht nur die staatlichen Funktionen, indem sie sie dort ersetzen, wo sie nicht hinreichen, sondern werden selbst zu sogenannten Staaten im Staat. Afrikanische Gemeinden nehmen diese Entwicklung zu Recht als neokoloniale Strukturen wahr.

Die Militarisierung des Naturschutzes ist eine langfristige Folge der Kommerzialisierung und Kommodifizierung der Natur. Die Idee, die Natur und deren Artenvielfalt durch Tourismus zu «verkaufen», ist fragwürdig. Denn sobald es darum geht, Profite zu erwirtschaften, müssen die Investitionen und Anlagen internationaler Geber oder Philanthrop*innen auch geschützt werden – vor allem in den Regionen Afrikas, in denen das Umfeld unsicher ist. Tourismus in instabilen Regionen entwickeln zu wollen führt automatisch zur Militarisierung von diesen Gebieten, da nun nicht mehr nur die Tiere und Pflanzen, sondern auch die Tourist*innen als Kund*innen geschützt werden müssen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich im Natur- und Artenschutz vor allem auf das Kongobecken im Herzen Afrikas. Hier haben wir es mit zahlreichen schwachen Staaten und korrupten Regierungsakteuren zu tun, die von sich aus gar nicht in den Naturschutz investieren wollen oder können. Mit ihren Institutionen zusammenzuarbeiten ist immer mit Risiken verbunden – besonders dann, wenn deren Akteur*innen Waffen tragen. Im Kongo untersteht die Naturschutzbehörde ICCN mittlerweile dem Verteidigungsministerium, das für die Duldung systematischer Menschenrechtsverbrechen bekannt ist und dessen

Militärjustiz zutiefst korrupt und instrumentalisiert ist. In den hohen Rängen der kongolesischen Armee und des Verteidigungsministeriums befinden sich zahlreiche Generäle in aktiven Ämtern, die wegen Kriegsverbrechen und Nichteinhaltung des Waffenembargos auf der internationalen UN-Sanktionsliste stehen.

Klar ist: In Ländern wie der DR Kongo müssen die Wildhüter*innen bewaffnet sein, um selbst nicht zum Opfer von Milizen oder Wilder*innen zu werden. Dadurch besteht jedoch stetig die Gefahr, dass, auch wenn die Absicht, die Natur zu schützen, gut gemeint ist, dessen Umsetzung an der Wirklichkeit vor Ort scheitert.

Selbst wenn die deutsche Bundesregierung ihre Zuwendungen für den Natur- und Artenschutz in Afrika erhöht, kann dennoch jeder Euro nur einmal ausgegeben werden. Die zunehmend verbreitete Hightechausrüstung ist kostspielig und beansprucht immer mehr finanzielle Ressourcen, die dann beispielsweise für Gemeindeprojekte fehlen. Immerhin: Deutsche Naturschutzorganisationen und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit investieren im Vergleich zu anderen Gebern noch relativ viel in Gemeindeprojekte und in die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Naturschutzmaßnahmen. Doch obwohl es in Berlin stetig heißt, es würden mit deutschen Geldern keine Waffen gekauft und man entsende keine Bundeswehrsoldat*innen, so spielt der deutsche Naturschutz das Spiel «Krieg gegen die Wilderei», das von anderen Akteuren ausgerufen wurde, dennoch mit.

Der Krieg gegen die Wilderei ist eine Ausgeburt des internationalen Krieges gegen den Terror, der von US-amerikanischen, britischen und israelischen Akteuren in Ost- und Zentralafrika zum Teil unter fadenscheinigen Motiven geführt wird. Der Artenschutz wurde für zahlreiche militärische Akteure zum Feigenblatt, um globale Sicherheitsstrategien und ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Sie sind die großen Profiteure dieses Spiels.

Afrikaweit ist ein Rückgang der Elfenbeinjagd und der Wilderei festzustellen. Das ist zu Recht eine Erfolgsmeldung. Die Zahl der Elefanten nimmt, ähnlich wie die der Gorillas, wieder zu, das freut Tierschützer*innen und -Liebhaber*innen weltweit – auch wenn zahlreiche afrikanische Gemeinden die Elefantenherden zunehmend als Bedrohung ihrer Lebensgrundlage empfinden. Ob die steigende Elefantenpopulation aber tatsächlich als Folge der Militarisierung betrachtet werden kann, ist fraglich. Denn die wahren Ursachen der Elfenbeinwilderei liegen oftmals woanders: in der enormen Korruption, in den egoistischen Interessen politischer und militärischer Entscheidungsträger*innen sowie in der lukrativen Nachfrage aus Asien. Es zeigt sich immer mehr, dass Korruptionsbekämpfung wesentlich wichtiger ist im sogenannten Kampf gegen die Wilderei als militärische und geheimdienstliche Ausrüstung.

Und: Dass die Korruption meist von denjenigen Akteuren begangen wird, die von westlichen Gebern als Partner angesehen werden.

Verlierer der Militarisierung sind die lokalen Gemeinden innerhalb der Nationalparks und um sie herum. Beginnend bei der meist unrechtmäßigen Gründung der Schutzgebiete werden sie bis heute nur selten in Entscheidungen einbezogen. Mittlerweile sind sie mehr Opfer als Gewinner des Naturschutzes. Die Bundesregierung beharrt darauf, die von den Wildhüter*innen begangenen Menschenrechtsverbrechen seien bedauerliche Einzelfälle. Die vorliegende Recherche beweist jedoch: Dahinter steckt ein strukturelles Problem. Denn da, wo es Waffen gibt, können sie auch eingesetzt werden – Leitfäden und Trainings zur Einhaltung der Menschenrechte hin oder her. Das Risiko besteht immer.

Die lokale Bevölkerung wird wie schon zu Kolonialzeiten als «Feind» der Natur betrachtet, die in den

Parks nichts zu suchen hat. Dabei wären sie vielleicht genau diejenigen, die die Schutzgebiete kostengünstiger und der afrikanischen Tradition von Konservierung angemessener unterhalten könnten. Doch dafür müssten sich auch deutsche Akteure mit ihrer kolonialen Vergangenheit in Afrika beschäftigen und den Naturschutz dekolonialisieren – ähnlich wie es in der Diskussion um den Kunstraub versucht wird. Der derzeitige Umgang mit der Debatte um die Menschenrechtsverletzungen und die Verantwortung des WWF zeugt jedoch davon, dass die Bereitschaft zu dieser Selbstreflexion begrenzt ist. Der Wissenschaftler Francis Massé, der sich hinlänglich mit den Folgen der Militarisierung beschäftigt hat, sagt zu Recht, er mache sich manchmal Gedanken, wie der Naturschutz in 50 Jahren aussehen wird. «Welchen Schaden richtet die Militarisierung hinsichtlich der Anständigkeit an?»²⁵⁹

259 Telefoninterview mit Francis Massé, BioSec, 18.8.2019.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

B

Brockington, Dan/Duffy, Rosaleen: Capitalism and conservation: the production and reproduction of biodiversity conservation, in: *Antipode* 42, 2010, S. 469–484.

Bronkhorst, Kevin Van: *Waging War for Wildlife: Green Militarization in Sub-Saharan Anti-poaching Strategies*, Leiden 2016.

Büscher, Bram/Dressler, Wolfgang/Fletcher, Robert: *Nature Inc. Environmental conservation in the neoliberal age*, Tuscon 2014.

Büscher, Bram/Ramutsindela, Maano: Green Violence: Rhino Poaching and the War to Save Southern Africa's Peace Parks, in: *African Affairs* 458, 2015, S. 1–22.

C

Cylke, Owen: The Militarization of Africa's Animal Poachers, in: *The Atlantic*, 31.7.2012, unter: www.theatlantic.com/international/archive/2012/07/the-militarization-of-africas-animal-poachers/260534/.

D

Duffy, Rosaleen: Waging a War to Save Biodiversity: the Rise of Militarized Conservation, in: *International Affairs* 4/2014, S. 819–834.

Duffy, Rosaleen u. a.: The militarization of anti-poaching: undermining long term goals?, in: *Environmental Conservation* 4/2015, S. 345–348.

E

Elliott, Lorraine: The Securitization of Transnational Environmental Crime and the Militarization of Conservation, in: Elliott, Lorraine/Schaedla, William H. (Hrsg.): *Handbook of Transnational Environmental Crime* 4/2015, S. 68–87.

G

Garland, Elisabeth: The elephant in the room: confronting the colonial character of wildlife conservation in Africa, in: *African Studies Review* 3/2008, S. 51–74.

Gettleman, Jeffrey: Elephants dying in epic frenzy as ivory fuels wars and profits, in: *The New York Times*, 3.9.2012, unter: www.nytimes.com/2012/09/04/world/africa/africas-elephants-are-being-slaughtered-in-poaching-frenzy.html.

Gissibl, Bernhard: *The Nature of German Imperialism – Conservation and the Politics of Wildlife in Colonial East Africa*, New York 2016.

H

Haenlein, Cathy (Hrsg.): *Poaching, Wildlife Trafficking, and Security in Africa: Myths and Realities*, in: *Whitehall Paper* 86, London 2016.

Hammer, Joshua: The Fight Against Elephants is Going Commando, in: *Smithsonian Magazine*, Juni 2016, unter: www.smithsonianmag.com/science-nature/fight-against-elephant-poaching-going-commando-180959071/.

Henk, Dan: Biodiversity and the Military in Botswana, in: *Armed Forces & Society* 2/2010, S. 273–291.

Holmes, George: Exploring the relationship between local support and the success of protected Areas, in: *Conservation and Society* 11/2013, S. 72–82.

Huisman, Wilfried: *Schwarzbuch WWF. Dunkle Geschäfte im Zeichen des Panda*, Gütersloh 2012.

L

Lunstrum, Elisabeth: Green Militarization: Anti-Poaching Efforts and the Spatial Contours of Kruger National Park, in: *Annals of the Association of American Geographers* 10/2014, S. 1–17.

Lunstrum, Elisabeth: Feed Them to the Lions: Conservation Violence Goes Online, in: *Geoforum* 79, 2017, S. 134–143.

Lunstrum, Elisebath: Capitalism, Wealth, and Conservation in the Age of Security: The Vitalization of the State, in: *Annals of the American Association of Geographers* 4/2018, S. 1–16.

Lunstrum, Elisabeth/Ybarra, Megan: Deploying Difference: Security Threat Narratives and State. Displacement from Protected Areas, in: *Conservation and Society* 2/2018, S. 114–124.

M

Maguire, Thomas/Haenlein Cathy: *An Illusion of Complicity: Terrorism and the Illegal Ivory Trade in East Africa*, RUSI Occasional Papers 2015.

Marijnen, Ester: The «green militarization» of development aid: the European Commission and the Virunga National Park, DR Congo, in: *Third World Quarterly* 38, 2017, S. 1.566–1.582.

Marijnen, Ester: Public authority and conservation in areas of armed conflict: Virunga National Park as a «state within a state» in eastern Congo, in: *Development and Change* 3/2018, S. 790–814.

Marijnen, Ester/Verweijen, Judith: Selling green militarization: The discursive (re)production of militarized conservation in the Virunga National Park, Democratic Republic of the Congo, in: *Geoforum* 75, 2016, S. 274–285.

Massé, Francis/Lunstrum, Elisabeth: Accumulation by securitization: Commercial poaching, neoliberal conservation, and the creation of new wildlife frontiers, in: *Geoforum* 69, 2015, S. 227–237.

Massé, Francis: Anti-poaching's politics of (in)visibility: representing nature and conservation amidst a poaching crisis, in: *Geoforum*, 2018, S. 1–14.

Mbaria, John/Ogada, Mordecai: *The Big Conservation Lie*, Auburn 2017.

S

Shaw, Mark/Rademeyer, Julian: A Flawed War: Rethinking «Green Militarisation» in the Kruger National Park, in: *Politikon* 2/2016, S. 173–192.

Somerville, Keith: *Ivory – Power and Poaching in Africa*, London 2016.

Steinhart, Edward: *Black Poachers, White Hunters – A social History of Hunting in Colonial Kenya*, Ohio 2006.

V

Verweijen, Judith/Marijnen, Ester: The counterinsurgency/conservation nexus: guerrilla livelihoods and the dynamics of conflict and violence in the Virunga National Park, Democratic Republic of the Congo, in: *The Journal of Peasant Studies* 2/2018, S. 300–320.

W

White, Natasha: The «White Gold of Jihad»: violence, legitimisation and contestation in anti-poaching strategies, in: *Journal of Political Ecology* 1/2014, S. 452–474.

ABKÜRZUNGEN

ADF	Allied Democratic Forces; Alliierte Demokratische Kräfte (ugandische Rebellen­gruppe im Ostkongo)	FOCON	Fonds Okapi pour la Conservation de la Nature; Fonds für Schutzgebiete in der DR Kongo
AFRICOM	United States Africa Command; Afrikanisches Kommando der Vereinigten Staaten	FODE	Front Opérationnelle de Défenseurs des Écosystème Écologique; kongol­esische Umweltschutzorganisation
APEM	Actions pour la Promotion et Protection des Peuples et Espèces Menacés; kongol­esische NGO	FPIC	free, prior and informed consent; Recht auf freie, vorherige, informierte Zustimmung
AU	Afrikanische Union	FTNS	Fondation pour le Tri-National de la Sangha; Umweltstiftung für den trinationalen Sangha-Park
BIOFIN	Biodiversity Finance Initiative; Biodiversitätsfinanzierungsinitiative	GDN	Global Deal for Nature; globale Vereinbarung für die Natur
BIP	Bruttoinlandsprodukt	GFW	Global Forest Watch; Waldbeobachtungs- und Warnsystem
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	ICCN	Institut Congolais pour la Conservation de la Nature, kongol­esisches Institut für den Schutz der Natur
CBD	Convention on Biological Diversity; UN-Konvention über die biologische Vielfalt	ISAF	International Security Assistance Force, Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora; Washingtoner Artenschutzübereinkommen	IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
CMI	Chieftraining of Military Intelligence; Ungandas Militärgeheimdienst	IUCN	International Union for Conservation of Nature, Weltnaturschutzunion
CREDDHO	Centre de Recherche sur l'Environnement, la Démocratie et les Droits de l' Homme; kongol­esische Umwelt- und Menschenrechtsorganisation	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
DAC	Development Assistance Committee; OECD-Entwicklungsausschuss	KWS	Kenia Wildlife Services; kenianische Wildtierschutzbehörde
DEFRA	Department for Environment, Food & Rural Affairs; britisches Umweltministerium	LRA	Lord Resistance Army; ugandische Rebellen­gruppe
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo	M23	Mouvement du 23-Mars; Bewegung des 23. März (Tutsi-geführte Rebellenbewegung im Ostkongo)
EAGLE	Eco Activists for Governance and Law Enforcement	MdB	Mitglied des deutschen Bundestages
EIA	Environmental Investigation Agency; britische Naturschutzorganisation	MIKE	Monitoring the Illegal Killing of Elephants; CITES-Projekt zur Überwachung der illegalen Tötung von Elefanten
ELI	Earth League International; internationale Naturschutzorganisation	MONUSCO	Mission de l'Organisation des Nations unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo; Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der DR Kongo
ESO	Elephant Survival Organisation; internationale Naturschutzorganisation	NATO	North Atlantic Treaty Organization; Nordatlantikpakt
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	NGO	Nichtregierungsorganisation
FBI	Federal Bureau of Investigation; zentrale Sicherheitsbehörde der Vereinigten Staaten	ODA	Official Development Assistance; Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
FDLR	Forces Démocratiques de la Libération du Rwanda; Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas (Hutu-geführte Rebellenbewegung im Kongo seit 1999/2000)	PPP	Public-private-Partnership; öffentlich-private Partnerschaft

PTBS	Posttraumatische Belastungsstörung
QRU	Quick Response Unit; aus britischen, belgischen und französischen Soldat*innen bestehende Spezialtruppe
RDB	Rwanda Development Board; ruandische Investmentbehörde
RFUK	Rainforest Foundation UK; britische Naturschutzorganisation
TAWA	Tansania Wildlife Management Agency; tansanische Wildtierschutzbehörde
UCF	Uganda Conservation Foundation; ugandische Naturschutzstiftung
UN	United Nations; Vereinte Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme; Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime; Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNWTO	World Tourism Organization; Weltorganisation für Tourismus
UPDF	Uganda People's Defense Force; Ugandas Streitmacht
USAID	United States Agency for International Development; Behörde der Vereinigten Staaten für Entwicklungszusammenarbeit
UWA	Uganda Wildlife Authority; ugandische Wildtierbehörde
VETPAW	Veterans Empowered to Protect African Wildlife; Veteranenorganisation zum Schutz afrikanischer Wildtiere
WCS	Wildlife Conservation Society; US-amerikanische Naturschutzstiftung
WWF	World Wide Fund For Nature; Natur- und Umweltschutzorganisation
ZGF	Zoologische Gesellschaft Frankfurt

